<36607384490013
<36607384490013
Bayer. Staatsbibliothek
Digitized by Google

<36607384490013

<36607384490013

Bayer. Staatsbibliothek

Digitized by Google

<36607384490013
<36607384490013
Bayer. Staatsbibliothek
Digitized by Google

Digitized by Google

BAYERISCHE STAATS-BIBLIOTHEK MUENCHEN

Probe-Blatt.

Diese Zeitung erscheint täglich Nachmittags 2 Uhr, und kostet in ganz Bayern vierteljährig 1 fl. 30 kr. Bestellungen werden bei den kgl. Postämtern, sowie in der Expedition bei Hrn. Buchhändler K. Strecker in der Eichhorngasse gemacht.

Neue Fränkische Zeitung.

Inserate jeder Art werden zu 3 Kreuzer die dreispaltige Petitzeile berechnet, ausgenommen bei Abonnenten, deren Anzeigen bis zum Betrag der Hälfte des Blattpreises frei gehen. Briefe und Gelder werden portofrei erbeten.

BIBLIOTHECA REGIA MONACENSIS.

Ein grundrechtliches Staatsbürgerblatt.

№ 1. Würzburg, Samstag den 23. Dezember 1848.

*** Gut Weihnachten!

Gruß Allen, so die frohe Botschaft kündet,
Die von Geschlechtern zu Geschlechtern bringt,
Daß den Messias, den ein März verkündet,
Bald ein Weihnachten seinen Jüngern bringt;
Daß Jerichos geschloss'ne Rose
Aus ihrem Traum in Blüthe schießt,
Daß in der Völker dunklem Loose
Der Freiheit Knospe sich erschließt!

Gruß Allen, die im frommen Glauben harren,
Daß die Verheißung nicht ein öder Wahn!
Wenn sie auch Winter, Schlaf und Angst umstarren,
Einst bricht der Feiertag der Freiheit an.
O! zaget nicht ob neuem Ringen,
Wenn rückwärts auch die Hoffnung sinkt;
Es kann, es wird, es muß gelingen,
Was in der Zeit, der Menschheit ringt!

Nicht ein Nachwintersturm enteist't die Teiche,
Ein Lenzeshauch ruft nicht die Blume wach;
Ein Blümlein lockt noch nicht zum Wuchs die Eiche,
Auch uns're Freiheit reifet nicht ein Tag.
Doch zaget nicht, wenn auch noch träge
Der Strom die Eisesschlacken hebt,
Wenn auch noch Stürme allerwege,
Die Frühlingskraft, sie treibt, sie lebt!

Noch schwankt der Kampf. Wie von Gebirges Nacken
Der Nebel tiefer in die Thale weicht,
Wie Strahlen irren um die Felsenzacken,
Wenn jung im Ost herauf der Morgen steigt:
So seht der Freiheit Lichtglanz sprühen
Schon um die Höh'n! Es wogt das Thal,
Die Luft erbebt, die Gletscher glühen
Und purpurn glänzt der Morgenstrahl.

Und wenn die Nacht, die Nebel sich verzogen,
Dann lacht verklärt der milde Tag euch an;
So wird, um die der Wahn euch lang betrogen,
Die man gefloh'n, die Freiheit euch umfah'n!
Licht, Wahrheit, Recht wird die Parole
Der Zukunft, Lieb' und Menschlichkeit,
Nicht mehr der Kampf um die Idole,
Nein Frieden und Zufriedenheit.

Noch steh'n wir kämpfend an der Zukunft Pforte,
Doch nicht um Formen, um der Formen Haft
Währt uns der Kampf, um Hüllen nicht, um Worte,
Nein um den Geist, der in den Formen schafft.
Nicht die Gewalt, das Recht entscheidet,
Vernunft, Gesetz und Menschlichkeit,
Und wer für diese Zukunft streitet,
Der zagt, der weicht zu keiner Zeit.

Wenn noch Befangenheit die Mehrzahl blendet,
Wenn auch Verläumdung höhnt, verzaget nicht;
Die Palme winkt erst wenn der Kampf vollendet,
Verzaget nicht, wo Recht und Wahrheit ficht!
Verkündet durch das Wahngetriebe
— Propheten künftigen Geschlechts —
Das Evangelium der Liebe,
Das Evangelium des Rechts!

Und wenn dereinst verstanden euer Trachten,
Wie jetzt verlästert von dem schwanken Troß,
Wenn ihm der Sieg dereinst, wenn ein Weihnachten
Der Freiheitsrose Wunderkelch erschloß,
Wenn dann der Mensch dem Wahn entrungen,
Wenn er erlost vom schweren Streit,
Dann Eintracht Völkern aller Zungen,
Dann Frieden und die bess're Zeit!

Was wir wollen.

Wie man die kleinen Kinder gewöhnlich durch den Niklaus und den Schlotfeger im Zaume hält, damit sie nicht zu viel lärmen und nicht zu viel begehren, so macht man den großen irgend einen politischen Popanz vor, und hält sie mit fürchterlichen Wörtern, als da sind: demokratische, anarchische Bestrebungen, Umsturz der bestehenden Ordnung, versteckte republikanische Tendenzen, Wühlerei und wie nun alle diese gewöhnlichen Schlag- und Schreckwörter lauten, in ihren Wiegen fest. Nichts gelingt sicherer, als die gedanken- und begriffslosere Menge durch dergleichen Nebelbilder einzuschüchtern und von tieferer Betrachtung der Dinge und Verhältnisse abzuhalten. Wenn auch wirklich hie und da falsche und verderbliche Bestrebungen gegen Staat und Ordnung ꝛc. vorkommen, so werden gewiß unendlich öfter jene Stichwörter als Bogeischenchen und Wauwau's von den Verworrenen und Verwirrenden nur vorgehalten, um schon von fern jede Neugierde und jedes Belehrungsstreben zu verhindern.

Wir halten die Trennung der politischen Ansichten unserer Tage für weniger gefährlich und verderblich, als die einreißende babylonische Wortverwirrung, nach welcher jede Partei sich die Wahrheit, das Recht, das Volkswohl und alle guten Principien zuschreibt und blindlings ohne Prüfung jedes Bestreben, jedes Wort der Gegenpartei zu erniedrigen und zu verketzern strebt. Es ist nichts leichter, als den Unkundigen das Bestreben jedes Absolutismus unter dem Schilde der Ordnung und des Gesetzes angenehm zu machen, das Streben des Jesuitismus religiöse und kirchliche Freiheit zu taufen, zu jeder verderblichen Erhaltung des unhaltbar Gewordenen eine wohllautende Stütze zu finden; daneben auch nichts leichter, als jedes Streben der Neuzeit mit persönlichen Verzerrungen zu entstellen, Allem die falschesten Absichten unterzuschieben, jeder anderen Ueberzeugung das Brandmal des Verbrechers auf die Stirne zu drücken; wir aber verachten eine solche unheilvolle Kriegslist, welche nie zu einem guten, dauerhaften Siege, sondern nur zur Verlängerung und Verwirrung des Kampfes beitragen könnte.

Unsere Waffe sei die Oeffentlichkeit der Ansichten und der Absichten, das Darlegen der Gründe für unsere Meinung und eine entsprechende Handlungsweise ohne Vergunst der Neigung oder der Personen. Uns gilt als Sieger nicht der Zufall, nicht die Menge, sondern nur die auf Beweisen ruhende Wahrheit.

Wenn wir nur in dem Fortschritte, in der vollsten, redlichen Durchführung der Anforderungen unserer Zeit das Heil unserer Zeitgenossen und der nächsten Generationen erblicken, so leitet diese unsere Ueberzeugung weder irgend ein Vortheil, noch irgend eine Gehässigkeit oder Befangenheit. Wir lesen es aus der Geschichte, aus der Bildungsstufe unserer Zeit, wie aus dem Drange der eigenen Brust, daß sich die einmal erregten Ideen der Fortentwicklung so wenig durch irgend eine List oder Gewalt aufhalten lassen, als früher das Christenthum, die Wiedergeburt der

Digitized by Google

BAYERISCHE STAATS-BIBLIOTHEK MUENCHEN

Wissenschaften, die Reformation u. s. w. Opfer und Märtyrer kann man hervorrufen, nie aber ein Anhalten und Zurückfließen des Zeitstroms erreichen.

Nur in der redlichen Theilnahme aller Stände an diesem Fortschritte, nicht in dem thörichten Widerstreben erblicken wir ihr eigenes Wohl. Noch bewegt sich der Kampf mehr in den Principien, als gegen die Einrichtungen und Personen, mehr in Reformen, als im Umsturze der Gesellschaft; der hartnäckige Widerstand würde ihn aber allein über die Grenzen treiben. Der Gegendruck gegen vernünftige Anforderungen macht die Revolutionen, nicht die Böswilligkeit der Völker, und nur ein Thor würde im Glück und in der Freiheit der Völker den Stoff zu ihrer Empörung suchen. Nicht die Schlechtigkeit des Pöbels führt zu kommunistischen Tendenzen, sondern das schreiende Mißverhältniß zwischen Armuth und Reichthum, zwischen Elend und Luxus. Nicht die Religion macht Widersacher und Ketzer, sondern ihre Abweichungen und Mißbräuche. Nicht der Beamtenstand als solcher macht verhaßt, sondern der Kastengeist und die Brutalität einzelner Beamteter. Nicht die Wissenschaft ruft das rohe Begehren ihrer Zerstörung hervor, sondern der Cathederstolz, die vornehme Zurückgezogenheit ihrer Pfleger von der Zeitbewegung und den Bedürfnissen der Volksmasse. Nicht an dieser liegt es, von ihren Forderungen der Freiheit und des Menschenrechts zurückzutreten, sondern an jenen Ständen, dieses Recht anzuerkennen, dessen Vorkämpfer zu sein. Wir hassen keinen Stand, wir finden aber sein Unrecht und sein Verderben, so wie seine wahre Würde und seine Anerkennung nur von seinem eigenen Verfahren abhängig. Würde unsere Aristokratie, wie die magyarische, für die Volksrechte kämpfen, wie ein Theil der englischen zu rechter Zeit Opfer bringen für Volks-Erleichterung, Volksbeglückung oder Nationalgröße — würden die Regenten mit den Völkern stehen und nie gegen sie — würde der Reichthum mehr gemeinnützige Unternehmen fördern, und in diesem Ab- und Zuflusse die Quelle seines Ueberflusses suchen — würde das Wissen auch dessen Verbreitung für Pflicht halten — würden die Glaubenslehrer auch in der Sittenlehre sich auszeichnen — würden die Beamten keinen anderen Stolz, als ihre Berufstreue erkennen — ja würden alle Stände und Körperschaften zur Einsicht gelangen, daß sie nur durch das Volk und für das Volk bestehen, daß unter dem Ordenssterne wie unter der Blouse dasselbe Menschenherz schlägt, welches im Gefühl der Menschenwürde und des Menschenrechts für „unsers Gleichen" Gleiches wünscht und fordert — dann wäre der lange Kampf unserer Zeit beendet und Eintracht überall. Noch aber herrscht das Vorurtheil vor und streitet um, das traurige Recht, Andere und sich selbst zu verderben.

Wir werden in diesem Kampfe nicht zurückstehen, und wenn wir auch nie die Gewalt und den Umsturz begehren, so werden wir doch die erkannte Wahrheit nie verläugnen. Nicht Mißgunst der Sachen oder Personen wird uns leiten, wohl aber überall das allgemeine Beste, wie es dem uneigennützigen Urtheil und der Liebe zur Gerechtigkeit erscheinen muß. Daher halten wir in Bezug auf die politische Frage nicht den Kampf um die Staatsform für den eigentlichen, sondern jenen um das Wesen, um die Fähigkeit und die Heranbildung des Volks, jede Form würdig auszufüllen. Monarchien und Republiken können gut oder schlecht sein, aber ein gutes Volk kann jede Form gut machen. — In socialer Beziehung halten wir die kommunistischen Ideen für unheilbringende Phantasien, wir glauben aber, daß jedes Mitglied des Staats, Fürst wie Bauer, das Recht des gleichen Anspruchs auf persönliche und geistige Freiheit, auf Achtung und sein Wohlbefinden auf dieser Erde besitze. — In religiöser Beziehung halten wir die volle Glaubensfreiheit für maßgebend; da der Glaube nicht ein willkührliches Ab- und Zugeben, sondern ein Resultat der innersten Ueberzeugung ist, welche sich nicht durch Vorschrift geben oder nehmen läßt. In allen Fragen aber, den politischen, den socialen, den religiösen erkennen und verfechten wir die volle Freiheit der Ueberzeugung und ihrer Aeußerung. Vor allem wird unser Streben auf die politische und moralische Bildung des Volkes gerichtet sein, so wie wir überhaupt in allen Angelegenheiten unseres Umkreises ein kräftiges Organ für die Volksbedürfnisse und das wahre Volkswohl zu bilden wünschen. Unsere Zeit mag manches redliche Streben noch verkennen; die Zukunft wird es würdigen! Unser Wahlspruch ist: Durch Kampf zur Wahrheit, durch Wahrheit zum Frieden!

§* Was hat Deutschland im Jahre 1848 errungen? Was hat es noch zu erkämpfen? —

(Mit besonderer Rücksicht auf bayerische Zustände.)

Ein allgemeines und ewiges Gesetz in der physischen, wie in der moralischen und geistigen Welt will, daß jede Bildung einer desto längeren Zeit und größeren Sorgfalt zu ihrer Entwicklung bedürfe, je vollkommener sie ist oder werden soll. Die Eiche bedarf Jahrhunderte, um zu einem mächtigen und gewaltigen Baume zu erstarken, während das am Boden wuchernde Unkraut in einem Sommer keimt und verdorrt. Die höhern Thiere bedürfen längere Zeit der mütterlichen Ernährung und Pflege, ehe sie sich selbst zu erhalten vermögen, während die niedern Organismen mit ihrer Geburt aus dem Ei ihr selbstständiges Leben beginnen. Der Mensch, das höchste und edelste Wesen der ganzen Schöpfung, braucht auch die längste Zeit zu seiner körperlichen Vollendung und geistigen Durchbildung; — und die Freiheit, im schönsten Sinne des oft mißbrauchten Wortes, sollte, nachdem sie sich aus der Nacht der Knechtschaft und Unterdrückung empor gearbeitet, das Werk eines Augenblickes sein, in wenigen Monden zum kräftigen Baume erstarken?

Diejenigen, welche also gedacht, welche geglaubt haben, mit den Märzerrungenschaften habe der Aufschwung der in der Freiheit wiedergebornen Menschenwürde sein Ziel erreicht, haben sich gröblich geirrt, weil sie die Natur aller Dinge nicht begriffen. Noch Mehrere aber haben sich an der Freiheit gröblich versündiget, weil sie dem eröffneten Fortschritte Stillstand gebieten zu müssen glaubten, in der Meinung, der neue Gang der Dinge werde keinen Widerstand, keine sich ihm entgegenstrebenden Kräfte zu bekämpfen haben; denn diese haben weder die Menschen, noch die Geschichte verstanden und in unheilvoller Selbstverblendung die beiden gewaltigen Hebel der historischen Ereignisse, das Geld und den Ehrgeiz, gar nicht in Anschlag gebracht.

So mußte kommen, was gekommen ist, und die verhängnißvolle Katastrophe, in welche das deutsche Volksleben und die deutsche Wiedergeburt in den jüngsten Tagen getreten, ist eine nothwendige Stufe in dem Entwicklungsgange derselben; sie war vorauszusehen; sie mußte kommen, weil die Menschen eben noch Menschen sind und keine fehlerfreien unsterblichen Götter. Der Mangel an politischer Bildung, eine unvermeidliche Folge des langen Geistesdruckes, unter welchem das deutsche Volk schmachtete, hat sich nie peinlicher fühlbar gemacht, als seit dem glorreichen März, nie in seiner bejammernswerthen Nichtigkeit so klar und offenbar zur Schau gestellt, als in der Wahl seiner Vertreter. Hier zeigte sich bei den Wahlen nach Frankfurt wie bei den letzten nach München eine solche Unmündigkeit der Masse des Volks, eine so gänzliche Unkenntniß der Sachlage, der Zwecke und der Mittel, daß jeder Freund der vernünftigen und gesetzlichen Freiheit mit Kummer und Betrübniß den Sieg der Wahrheit und des Friedens, den Sieg der ächt humanen Freiheit noch in weite Fernen entrückt finden muß.

Es wäre jedoch zu weitläufig und zu spät, auf die Wahlen und ihre vernunftgemäßen Anforderungen hier weiter einzugehen. Wir werden leider Gelegenheit genug finden, die begangenen Fehler bald zu beklagen.

So lange die Interessen der Krone und die des Volkes sich bis auf einen gewissen Grad feindlich gegenüberstehen, — und das ist leider noch der Fall, denn bisher hat noch kaum Ein deutscher Herrscher begriffen, daß, aufrichtig mit dem Volke vorwärts zu gehen, die einzige und sicherste Stütze der Throne sei, — so lange werden sich auch die Männer der alten Zeit um den Thron schaaren, seine Vorrechte und Interessen verfechten und dem Volke jeden Schritt weiter auf der Bahn der Freiheit streitig machen. Ihnen gegenüber eine feste, in sich einige Phalanx, eine beherrschende Majorität oder wenigstens eine compakte und imponirende Minorität zu bilden, ist Aufgabe der Vertreter des eigentlichen Volkes, dem die bisher bevorzugten und privilegirten Stände feindselig entgegen treten. (Fortsetzung folgt.)

Redaktions-Anmerkung. Um bei vorliegender Stoffesfülle Raum zu lassen für dringende, wichtige Tagesberichte, waren wir genöthigt, hier abzubrechen, besonders da wir heute ausnahmsweise (in diesem Probeblatte, als solchem) auch einige Originalberichte mittheilen wollten. Künftig aber gedenken wir uns (in der Regel) täglich auf Einen Leitungsartikel zu beschränken, unsere verehrlichen Mitarbeiter bittend, ihre schätzbaren Mittheilungen immer so viel als thunlich in gegliederten, kurzen Absätzen ausarbeiten zu wollen, oder die Abschnitte selbst anzudeuten, um unsern Lesern in jeder Fortsetzung etwas in sich Abgeschlossenes vorbringen zu können.

M Würzburg, 22. Dez. Die Vortheile, welche durch die neuen Jagdeinrichtungen erreicht werden sollen, lassen sich noch immer nicht recht einsehen. Auch aus unserer Umgegend lassen sich Stimmen vernehmen, welche in der Abänderung, daß nun die Gemeinden statt der Regierung die Jagd in Pacht geben, keinen wesentlichen Unterschied gegen die alten Mißstände erkennen. Der Pachterlös macht für die Wohlhabenheit der Gemeinden wenig aus, die einzelnen Ortsnachbarn aber unterliegen den alten Vexationen, müssen sich, besonders auf ungünstig gelegenen Feldern, ihre sauere Arbeit geduldig abäsen lassen, und behalten dieselben Scherereien hinsichtlich der Entschädigung. Könnte denn das Jagdrechtsgesetz vom 4. Juni, welches im Paragraph 1. ausspricht: „Das Jagdrecht auf fremdem Boden ist aufgehoben, und geht mit dem ersten Februar 1849 an die betreffenden Grundeigenthümer über" und der seit zwei Tagen bestehende deutsche Grundrechtssatz: „Im Grundeigenthum liegt die Berechtigung der Jagd auf eigenem Grund und Boden" nicht zu einer besseren, jedem Bodenbesitzer billigeren Auslegung gelangen können? Wenn auch nicht die Jagd in so weit frei sein soll, daß Jedem auch gehört, was auf seinem Boden und von seinem Boden lebt, könnte nicht, auch zu noch größerem Gewinn für die Gemeinden, das französische Porte d'armes, das persönliche Jagdrecht gegen Erlegung einer bestimmten Summe, eingeführt werden, wodurch das männliche Vergnügen der Jagd noch Vorschub erhält, der Wildstand, doch immer von zweifelhaftem Nutzen, verringert wird, und jeder Bauer auf seinem Boden auch seinen Hasen schießen darf? Der Idee der Freiheit und der

Gleichberechtigung dürfte eine solche Einrichtung gewiß angemessener sein, als die neue zwitterhafte Mißvergnügensanstalt.

* Am 17. und 21. d. M. versammelte sich der größte Theil der hier anwesenden Rechtspraktikanten, um sich über die Verbesserung ihrer Lage zu berathen. Nach mannigfaltigen Debatten kam man zu dem Resultate, daß an die Regierung und an die zusammentretende Ständeversammlung eine Vorstellung zu richten sei, in welcher für die geprüften Rechtspraktikanten eine geeignete Verwendung und Remuneration beantragt werde. Hiebei wurde zugleich die Art und Weise besprochen, auf welche es, ohne dem Staate neue Opfer zu kosten, bewerkstelligt werden könnte, daß die Verwendung der Rechtspraktikanten sogleich nach erstandenem praktischen Concurs-Examen bethätigt werde, und daß hiedurch nur schon bestehende Gesetze, welche das Wohl des Staates und seiner Unterthanen beziehungsweise die Rechtssicherheit derselben bezwecken, realisirt werden. Zur Abfassung der Petition und zur umfassenden Bethätigung und Aufforderung zur Theilnahme ist ein definitives Comite gewählt worden, das seiner Zeit die Adresse veröffentlichen wird.

× Würzburg, 22. Dec. In einer gestrigen Abendversammlung berieth der Würzburger Volksverein eine Petition gegen die allgemein, aber wohl grundlos befürchtete Gewerbe- und Handelsfreiheit, und einige innere Angelegenheiten, besonders über Anschluß und Nichtanschluß an einen künftigen Kreismärzverein. Auch wurde für gut befunden, im Falle daß Eisenmann wirklich einen Sturmpetitionskreuzzug unternehmen sollte, sich in einer vorhergehenden Versammlung noch genauer über das zu befolgende Verhalten zu besprechen, was allerdings gerathen sein möchte, um nicht, wie gewöhnlich, die Massenversammlungen jedem Dialektiker zum Benefice zufallen zu lassen. Ferner wurde die Errichtung eines Leselokals beschlossen; das wäre — gottlob — unter den vielen theoretischen Fehden der politischen Vereine einmal etwas Praktisches! —

— Dem allmächtigen Schicksal hat es gefallen, unseren constitutionellen Verein nach seiner zweiten Erschöpfung unter Assistenz von nur — 40 Mitgliedern aus 600 sanft und mit allen Hilfsmitteln der stummen Resignation gestärkt, aufzulösen. Zweimal flackerte bei den Wahlagitation eine hektische Röthe auf seinen Wangen, sie trug aber nur zu seiner schnelleren Erschöpfung bei, so daß er mehrere Wochen vor seinem Tode schon nicht mehr lebte. Wenn nicht manchmal Censur- und Inquisitionsangelegenheiten ihn aus der Fried- und Schlaffertigkeit geweckt hätten, seine Vegetationskraft wäre nicht so schnell aufgerieben worden. Die Anatomen sind noch uneinig, ob er mehr an Herzverengerung, pekuniärer Herzbeutelverschrumpfung oder ungeheurer Rechtseitigkeit verschieden sei; jedenfalls lag das verkleinerte Herz ganz hoch oben auf der rechten Seite. Ueber seine Beerdigung sprach ein Mitglied schon vor seinem definitiven Auslöschen den Zweifel aus, ob er nach der alten oder nach der neuen Leichenvereinsordnung die Bestattung verdiene. — Ruhe seiner Asche, und möge sein Geist nicht durch die verfluchte Wiederheraufbeschwörung unter die wandelnden Gespenster versetzt werden!

München, 20. Dec. Das Gefürchtete ist also eingetroffen. Lerchenfeld, der Mann, den das Volk im März, mit seltener Einstimmigkeit, als den einzigen, den Ideen der Zeit gewachsenen Minister bezeichnete, ist nicht mehr Minister des Innern und auch Heintz muß ihm folgen. Was sind die Ursachen seiner Entlassung und wer soll ihn ersetzen? Mangel an Vertrauen von höchster Seite, wo es vollkommen gelang, den Samen des Mißtrauens gegen ihn zu säen, und unmittelbar die nicht erfolgte Genehmigung der von Lerchenfeld beabsichtigten Gesetzesvorlagen sind die Ursache seines Austritts. Ein volksthümliches, freisinniges Ministerium wird ihn nicht ersetzen; denn wäre ein solches noch möglich, so würde das seine nicht aufgelöst sein. Wohl aber nennt man Namen wie v. Zwehl, v. Schrenk, hinter denen, besonders letzterem, Abel hervorsieht. Soll gleich der König geäußert haben, man möge in der Entlassung Lerchenfelds keine Maßregel der Reaktion sehen, so sprechen doch Handlungen deutlicher als Worte.

Es steht uns also, sagt der Courier, — ein baierisches „Ministerium Brandenburg" in Aussicht, vielleicht mit einem großen Theile jener traurigen Folgen und Verwicklungen, die es in Preußen zur Folge gehabt. Doch, wir wollen deßhalb nicht verzweifeln! In der Stimme des Volkes, in der öffentlichen Meinung, die sich in gesetzlicher Weise, aber allenthalben, und bei jeder Gelegenheit, in Rede und Schrift, sowie durch den Mund der Volksvertreter kund gibt, liegt eine solche Macht, daß ihr nicht lange Widerstand geleistet werden kann. Und so traurig auch der Blick in die nächste Zukunft sein mag, uns trösten die Worte des Dichters: „die künftigen Zeiten brauchen auch Männer." Möge es dann nicht zu spät sein!

Schließlich bemerken wir noch, daß Lerchenfeld auf seine Pension von 3000 fl. verzichtet hat.

E Berlin, 20. Dez. Die Geschicke fangen an, sich in Frankfurt zu vollenden. Heinrich von Gagern hat den Vorsitz im Rathe des Reichsverwesers übernommen und seinem Genius vertraut das Vaterland, daß er dem Sehnen unseres Volkes gerecht werde und das theure Werk deutscher Einheit, Macht und Größe zu Ende führe. Verhehlen wir uns nicht die Schwierigkeiten, welche sich dieser Aufgabe entgegen stellen. An dem Ziele unserer Wünsche, an dem Vorabende des Friedens nach hundertjährigem Kampfe, an der Schwelle unseres Glücks nach langen unseligen Irrfahrten angelangt, gewinnt es den Anschein, als wollten deutscher Hader, deutsche Selbstsucht und Mangel an ächter Vaterlandsliebe und Aufopferungsfähigkeit für das Ganze und Allgemeine von Neuem ihr blasses Haupt erheben, als gelte es, ehe die Sonne der Freiheit über Deutschlands Fluren heraufzieht, die Gespenster des Bruderzwistes noch einmal zu wilden Orgien zu versammeln. In Kremsier erklärte vor wenigen Tagen das Ministerium Schwarzenberg-Stadion, man habe beschlossen, an der Donau den deutschen Einheitsbestrebungen gegenüber eine abwartende Stellung einzunehmen. Erst, wenn das verjüngte Oesterreich und das verjüngte Deutschland zu neuen und festen Formen gelangt seien, werde es möglich sein, ihre gegenseitigen Beziehungen staatlich zu bestimmen; bis dahin werde Oesterreich fortfahren, seine Bundespflichten treulichst zu erfüllen. Man konnte erwarten, daß nach einer so offnen und freimüthigen Erklärung die österreichische Regierung ihre Hand von der Wiedergeburt Deutschlands zurückziehen und es in ihrem eigenen Interesse finden würde, wenn Deutschland selbstständig ordnete und mit kühnem Entschlusse zu dem Ziele führte, was uns die Rücksichten auf unseres Vaterlandes Macht und Sicherheit und innere Nothwendigkeit vorschreiben. Statt dessen hören wir von Conferenzen, die zu Olmütz gepflogen werden und welche zum Zwecke haben, der Mißstimmung, welche sich von gewisser Seite her gegen eine preußische Hegemonie geltend macht, eine bestimmte Richtung zu geben. Wie es heißt, ist man auch an der Isar diesen Conferenzen nicht fremd und es würden deshalb die Besorgnisse gegründet sein, welche gegen das Erwachen dynastischer Interessen in einer Frage, wo nur die Wohlfahrt unseres Volkes entscheiden sollte, laut geworden sind. Dem kühnen Steurer im Rathe des Reichsverwesers müssen wir vertrauen, daß er gestützt auf den Willen des deutschen Volkes unpatriotische Selbstsucht, von welcher Seite sie auch sich geltend mache, zurückdränge und das ersehnte Einheitswerk zum Heile des Vaterlandes vollende.

Berlin, 19. Dez. Jemehr man einen Hund prügelt, desto treuer und schmeichelnder wird er. Das haben wir in Wien in den hündischen Adressen der Bourgeoisie an die k. k. Henker gesehen, das erleben wir jetzt hier unter dem Richterstande, der gerade in Preußen immer mit ganz besonderer Prätension das Prädikat „ehrenhaft" in Anspruch nahm. Mitglieder des Obertribunals und der Obergerichte Münster, Ratibor und Bromberg protestirten gegen den Wiedereintritt Waldeck's, Temme's, Kirchmann's und Gierke's, weil sie ihrer Pflicht als Volksvertreter treu geblieben waren. Sie versteckten ihre hündische Kriecherei unter abgedroschenen Phrasen von Treue und Pflicht gegen den König. Ein Advokat am Obertribunal, Hr. Jung (nicht zu verwechseln mit dem Abgeordneten), setzte eine Adresse gegen den Wiedereintritt Waldecks' in Umlauf, in der es wörtlich heißt: „Es wäre zu wünschen, daß die leider gesetzlich feststehende Unabsetzbarkeit der Richter in diesem Falle einer Ausnahme unterläge." Selbst ganz konservative Männer, wie Krelinger, sind entrüstet über diese hündische Speichelleckerei, welche sich nicht scheut, eine der wichtigsten Garantien der Justiz zu opfern, um ein Lächeln der rachedurstigen Kamarilla zu gewinnen. Der „Staatsanzeiger" hatte freilich bei der Anzeige der Schritte jener Kollegien deutlich genug merken lassen, wie wohlgefällig er dieses schmachvolle Verfahren aufgenommen hatte.

(D. Z.)

L Frankfurt, 22. Dezember. 142. Sitzung der deutschen constituirenden National-Versammlung. Die heutige Sitzung eröffnet der neue Präsident Simson mit einigen Worten des Dankes für die auf ihn gefallene Wahl zur Ersetzung eines so Hochgeehrten. Er erwähnt selbst den frohen Muth, mit dem er zurückgekehrt sei (dies ist uns etwas zu stark!), und fügt gute Wünsche für das neue Jahr bei. Arndt (der alte, würdige Sänger) berichtet über einen Antrag Esterles auf Aufhebung der Militärherrschaft im österreichischen Italien mit einigen Bemerkungen, von denen wir gewünscht hätten, er möchte sie weggelassen haben. Die harten Maßregeln seien nach neueren Nachrichten (!?) zurückgenommen. Der Ausschuß beantragt Uebergang zur Tagesordnung! (Der bequemste Weg, um's gehen zu lassen, wie's gehen will!) — Tagesordnung: Berathung des vom Finanzausschusse erstatteten Berichtes über das Budget der Reichsversammlung und der provisorischen Centralgewalt für die Periode vom 1. September bis zum 31. Dezember 1848. Der Antrag der Majorität beantragt eine umfassende Revision des Ausgabenbudgets für die Nationalversammlung; die Nichtgenehmigung zweier Posten, nämlich 1400 fl. für Deputationen, Feierlichkeiten und 10000 fl. für die Untersuchung der September-Ereignisse in Frankfurt, außer die Kosten für die vom Reichsminister veranlaßte Beziehung von Hilfsbeamten (die Minorität will den Posten ganz gestrichen haben); dagegen Genehmigung der übrigen Ausgabeposten, bis auf die Gehalte der Minister und Unterstaatssecretäre, welche sie für jene auf monatlich 1000 fl., für letztere auf 500 fl. verschlägt. Der Abschluß des Budgets würde sich danach auf 10,518,622 fl. 32 kr. stellen, wovon bereits 10,301,166 fl. vorgesehen sind, so daß 217,456 fl. 32 kr. übrigbleiben, welche die National-Versammlung, als durch Matricularbeiträge beizubringen, genehmigen solle. — Weitere Anträge von Heubner, Nauwerck, Schoder gehen auf mehr oder weniger Herabsetzung verschiedener Positionen, so der Gehalte des Präsidenten der National-Versammlung (1200 fl. statt 2000 fl. monatlich),

Digitized by Google

der Minister, der Reichscommissäre (von 29 fl. auf 12 fl. täglich). Schulz von Darmstadt will nur 400 fl. für einen Minister monatlich angesetzt haben. Wiesner beantragt in Bezug auf die österreichische Frage, daß die National-Versammlung erst nach der definitiven Lösung der Lebensfrage, ob der gemachte Voranschlag einem einigen oder in sich zerrissenen Deutschland gelten solle, zur Beschlußfassung über das Budget gehe. Als Berichterstatter für die Majorität und Minorität sprechen von Salzwedell und Wichmann, letzterer scharf und ziemlich bitter bei Gelegenheit, daß der Posten für die Untersuchung der September-Ereignisse ganz zu streichen sei, über Frankfurt und seine Bürgerwehr.

Es hätte die Sache hindern können, also möge es jetzt seine Beutel aufthun, statt daß es, als reiche Stadt in ganz Europa bekannt, bei dem armen deutschen Volke um lumpige 25000 fl. bettle! Die Bemerkungen erregen manche Unruhe; der Justizminister vertheidigt später die Frankfurter, so wie auch Jucho, ihr Abgeordneter, seine Vaterstadt. Der durch seine langen Anträge bekannte Grävell eifert gegen den Luxus der Unterstaatssekretäre: es seien keine nöthig; wogegen sie später der Ministerpräsident von Gagern in Schutz nimmt. Herr v. Bally spricht von der Würde des deutschen Reichs und daß ein Reichsminister doch nicht weniger haben könne, als ein Minister in den einzelnen Staaten. In seinem Schlesien gebe es Maschinenmeister, welche 6000 fl. hätten! Eisenstuck greift, in dem drückenden Gefühle, daß sie heute zum erstenmal ein Reichsbudget decretiren sollten, ohne ein Reich zu haben, und heute eine neue Last beschlößen, mehre Positionen scharf und gründlich an, namentlich die Posten für das Handelsministerium nach seinem leider! beschränkten Wirkungskreise, so wie für die Reichskommissäre, deren Wirksamkeit bekannt sei (Bombardement einer Stadt und Oktroyirung einer Verfassung in ihrer Anwesenheit.) Bassermann nimmt sich der armen Reichskommissäre an und ebenso nach einander die Minister, Beckerath, R. Mohl, Duckwitz, jeder seines Departements, schließlich H. v. Gagern. Jucho rechtfertigt die Ausgaben für das Bureau. Der Schluß der Debatte wird angenommen. Mehre der Linken, Roßmäßler, Dieskau, Titus u. A. verwahren sich in einer Erklärung, daß sie ihrer Pflicht, für die Erleichterung des Volkes zu sprechen, nicht Geltung verschaffen konnten, da ihnen das Wort abgeschnitten worden sei. Es werden hierauf die einzelnen Positionen, so wie die Anträge der Majorität des Ausschusses angenommen, die andern Amendements verworfen, einige zurückgezogen. Der Finanzminister legt hierauf noch das Finanzgesetz vor, welches gleichfalls angenommen wird. — Hierauf Berathung über den „Reichstag". Es werden mit Verwerfung der Minoritätserachten und so wie auch die übrigen Anträge, die beiden Paragraphen 20 bis 23 nach dem Entwurfe angenommen; sie lauten also: §. 20. Der Reichstag versammelt sich jedes Jahr am Sitze der Reichsregierung. Die Zeit der Zusammenkunft wird vom Reichsoberhaupte bei der Einberufung angegeben, insofern nicht ein Reichsgesetz dieselbe festsetzt. Außerdem kann der Reichstag zu außerordentlichen Sitzungen jeder Zeit vom Reichsoberhaupt einberufen werden. §. 21. Das Volkshaus kann durch das Reichsoberhaupt aufgelöst werden. In dem Falle der Auflösung ist der Reichstag binnen drei Monaten wieder einzuberufen. §. 22. Die Auflösung des Volkshauses hat die gleichzeitige Vertagung des Staatenhauses bis zur Wiederberufung des Reichstages zur Folge. Die Sitzungsperioden beider Häuser sind dieselben. §. 23. Das Reichsoberhaupt bestimmt das Ende der Sitzungsperiode des Reichstags.

Schließlich verliest Golz v. Brieg noch einen Antrag auf den Entwurf eines Reichsgesetzes bei der täglich wachsenden Zahl politischer Prozesse in allen Theilen Deutschlands.

Krakau, 16. Dec. Das Generalcommando macht unter heutigem Datum Folgendes bekannt: „Ein heute Nacht aus dem Hauptquartier des Feldmarschalls Schlik angekommener Courier hat folgende amtliche Depesche überbracht: In der bis zum 11. d. M. sich hinziehenden Schlacht bei Budamier, nicht weit von Koszyce, neigte sich der Sieg nach einem heftigen sechsstündigen Kampfe mit einem 25,000 Mann starken Feinde auf der Seite der kaiserlichen Armee, und wendete der geschlagene Feind den Rücken. Der General zog hierauf als Sieger in Koszyce ein. Außerdem haben die Sieger reiche Beute gemacht.

Paris, 21. Dec., 7½ Uhr Morgens. Ludwig Napoleon Bonaparte, durch die absolute Stimmenmehrheit zum Präsidenten der franz. Republik gewählt, ist als solcher von der Nat.-Vers. in der gestrigen Sitzung ausgerufen worden. Die Einsetzungsfeier ging in der vollkommensten Ruhe vor sich.

F Malta im December. Die jüngsten Ereignisse in Sicilien wirkten nur vorübergehend auf uns, und der Verkehr mit diesem Lande ist nun beinahe wieder so belebt, als er vor der Einnahme von Messina gewesen. — Catania wurde von der provisorischen Regierung Siziliens zum Freihafen erklärt und hat nun den früheren Verkehr Messinas zum großen Theile an sich gezogen. Seit dem Aufhören der Cholera haben wir auch wieder mit Alexandrien und der Levante lebhafte Geschäfte. — Die Erzeugnisse deutscher Fabriken gewinnen bei uns immer größere Verbreitung, und es wäre nur zu wünschen, daß von der deutschen Regierung energische Schritte gethan würden, um diesen Verkehr mehr zu beleben. So dürften z. B. Eisen-, Messing-, Stahl- und Horn-Waaren, sowie Schirme, Musik-Instrumente und dergleichen besser vertreten sein, um so mehr als Fabrikate dieser Gattungen im Stande sind, jeder Concurrenz zu begegnen. Zudem haben sich die Fabrikate Deutschlands bei uns die rühmlichste Anerkennung verschafft. — In jüngster Zeit wurden eine Menge Schießgewehre von allen Kalibern hier aufgekauft. —

Bekanntmachung.

Auf Antrag eines Hypothek-Gläubigers wird das dem Fischer Georg Schwarz, jetzt Bartel Scheuermann gehörige Wohnhaus Nr. 273 im Klingenviertel dahier nebst Wurzgarten tarirt auf 980 fl., am

Freitag den 19. Januar künftigen Jahrs
Vormittags 11 Uhr

auf dem Rathhause dahier verkauft; es werden besitz- und zahlungsfähige Kaufsliebhaber hiezu mit dem Bemerken eingeladen, daß die Bedingungen im Termine bekannt gemacht werden.

Ochsenfurt, den 15. Dezember 1848.

Königliches Landgericht.
Heldreich.

Gewerbeverein.

Plenarversammlung, Sonntag den 24. d. Mts., früh 10 Uhr im kleinen Saale des Theaterhauses.

Tagesordnung: Berathung und Schlußfassung über die Bestimmungen der vom Gewerbeverein zu gründenden Unterstützungs- u. Vorlehens-Anstalt.

Die Versammlung ist nach §. 7 der Vereinsstatuten öffentlich. Die verehrlichen Mitglieder werden auf die Wichtigkeit der Handlung besonders aufmerksam gemacht mit dem Ersuchen, recht zahlreich zu erscheinen.

Würzburg, den 22. Dez. 1848.

Der Vorstand des Gewerbevereins.

Mit dem neuen Jahre beginnt ein neues Quartal für die Aufnahme in den Gewerbeverein; sämmtliche Handwerksmeister und Gewerbtreibende hiesiger Stadt werden zum Beitritt eingeladen. Zu diesem Zwecke liegen Einzeichnungslisten offen bei den HH. Stephan Barth, Wachszieher Schwarz, Uhrmacher Böschl und Spenglermeister Sohn, ferner in der Gewerbeausstellung, bei der Verloosung und in der oben angekündigten Plenarversammlung.

Toiletten-Cartonagen u. Etuis,

welche, mit den feinsten Seifen, Oelen und Parfümerien gefüllt, sich in ihrer Eleganz passend zu Weihnachts- und Neujahrs-Geschenken eignen, sind wieder gleich den Vorjahren, in reicher Auswahl bei mir vorräthig und werden ihrer Billigkeit wegen gewiß Anerkennung finden.

J. Köhl.

Fremden-Anzeige.

Vom 22. Dezember 1848:

(Adler.) Becker, Kfm. v. Chemnitz. Hausberg, Kfm. v. Remscheid. Pagenstecher, Kfm. v. Bremen. — (Rieebaum.) Weisenborn, Mechanikus v. Waldshut. — (Kronprinz.) Bilchof, Gutsbesitzer v. Mähren. Fischer, Cadet v. Mainz. Perrin, Kfm. v. Lyon. Weising, Kfm. v. München. — (Russischer Hof.) Clericus, Kfm. v. Nürnberg. Hartmann, Regger. v. Nürnberg. Kreitmayer, Consulent v. Nürnberg. Kreitmayer, Kfm v. Liverpool. Zehmüller, Schauspieler v. Bamberg. — (Wittelsb. Hof.) Buchner, Kfm. v. Scheßlitz. Eichhorn, Kfm. v. Rothenfels. Dr. Fabricius v. Gotha. Winter, Ingenieur v. Nürnberg. — (Würtemb. Hof.) Baron Artek v. Breslau. Frank, Kfm. v. Stuttgart. Schad, Kfm. v. Schweinfurt. Schmitt, Privatier v. Frankfurt.

Benefice-Anzeige.

Samstag den 23. Dezember 1848:
(Bei aufgehobenem Abonnement.)
Zum Benefice und zur letzten Gastrolle des Hrn. Börner, vom k. Hoftheater in St. Petersburg,

Großjährig,

Lustspiel in 2 Akten von Bauernfeld.

Hierauf:

Das Fest der Handwerker,

komisches Gemälde in 1 Akt von Angely.
Hr. Börner „Schmerl und Kluck" als letzte Gastrollen.
Letzte Vorstellung vor Weihnacht.

Einladung.

Zu diesem seinen Benefice, wozu ich gern gesehene, bekannte Stücke gewählt, ladet die Freunde der heiteren Muse höflichst ein Dero ergebenster

Bernhard Börner.

Alle königlichen Postämter

werden hiemit ersucht, den bisherigen Abonnenten des fränkischen Vörsenblattes, des [illegible] und der Fränkischen Zeitung von heute an diese

Neue Fränkische Zeitung

täglich zukommen zu lassen, und auf gütige Verbreitung dieser ersten Nummer der neuen Zeitung als Probeblatt Bedacht zu nehmen, zu welchem Zweck jeder Zeit eine beliebige Anzahl von Exemplaren vom königl. Oberpostamte Würzburg verlangt werden kann, so wie deren auch in der Expedition bei Herrn Buchhändler Strecker in der Eichhorngasse stets vorräthig sind, um auf Verlangen durch Amtsboten oder andere Versendungsgelegenheiten nach Wunsch befördert werden zu können, wo nur immer die genannte Expedition in portofreien Briefen darum ersucht werden wird. Mißverständnissen vorzubeugen, bemerken wir zugleich, daß am Sonntag wie bei anderen Zeitungen, nur ein halber Bogen, am ersten Weihnachtstage gar keine Zeitung, vom zweiten an aber täglich eine Nummer, gleich der vorliegenden, erscheinen wird. Unverzügliche Bestellung entgegensehend, um vom neuen Jahre an die Auflage darnach bemessen und vollständige Exemplare liefern zu können, wird sich durch regelmäßige Mittheilung der Schrannenpreise, der Wechselcurse, der Gezogenen-Listen, der Schifffahrts-Anzeigen, der Lotto-Ziehungen — und alles Wissenswürdigen, gleich den besten Zeitungen angelegentlichst bestreben, allen billigen Wünschen verehrlicher Abonnenten möglichst zu entsprechen

Die Redaktion der Neuen Fränkischen Zeitung.

Redaktion: A. Oestreicher. St. Gätschenberger. Druck von F. E. Thein.

Digitized by Google

Diese Zeitung erscheint täglich Nachmittags 2 Uhr, und kostet in ganz Bayern vierteljährig 1 fl. 30 kr. Bestellungen werden bei den kgl. Postämtern sowie in der Expedition bei Hrn. Buchhändler K. Strecker in der Eichhorngasse gemacht.

Neue Fränkische Zeitung.

Ein grundrechtliches Staatsbürgerblatt.

Inserate jeder Art werden zu 3 Kreuzer die dreispaltige Petitzeile berechnet, ausgenommen bei Abonnenten, deren Anzeigen bis zum Betrag der Hälfte des Blattpreises frei gehen. Briefe und Gelder werden portofrei erbeten.

№ 2. Würzburg, Sonntag den 24. Dezember 1848.

Inland.

Würzburg, 24. Dez. Aus dem gestern in der Würzburger Zeitung eingelegten Märzvereins-Programme und aus dem unserer Zeitung beigegebenen ersehen wir, wie gewiß auch der größere Theil des Publikums mit Befremden, daß in Würzburg zwei Märzvereine zur Zeit bestehen oder gar fortbestehen sollen. Das wäre doch auf einmal zu viel politisches Leben für eine Stadt, besonders da beide Vereine in Wesen und Tendenz doch ganz dieselben sind. Wenn auch sonst manchmal die Linke nicht weiß, was die Rechte thut, so bestehen doch hier gewiß keine solchen Gegensätze, um nicht eine Vereinigung möglich zu machen, und sie allseitig wünschen zu lassen.

München, 21. Dec. Wie wir so eben vernehmen, hat die Uebergabe des Portefeuilles des Innern an den mit der interimistischen Führung dieses Ministeriums beauftragten Finanzminister Weigand bereits stattgefunden. Die gleichzeitig erfolgte Hieherberufung des Mitgliedes der Frankfurter Rechten v. Schrenk spricht gegen eine erfolggekrönte Ministerkandidatur Armannsperg's; zudem sollen seit Abgang der Estaffette an v. Schrenk wieder mehrere Ministerstühle leer geworden sein, indem wie man uns versichert, sämmtliche Minister, mit der für die Natur dieser Krisis bezeichnenden Ausnahme des Kriegsministers v. Lesuire um Enthebung von ihren Stellen nachgesucht haben. (K. Z.)

— Ueber die Veranlassung des Rücktritts des Ministers Lerchenfeld gibt die allgemeine Zeitung folgende Andeutung mit interessanten Bemerkungen zur Frage über die Selbstständigkeit der Gemeinden. „Lerchenfeld soll in seinen Gesetzentwürfen den Grundsatz möglichster Autonomie durch das ganze Verwaltungsleben der Provinzen und Gemeinden durchzuführen gesucht haben, diesem Wagniß aber seien höhere Bedenken entgegengetreten. Diese Bedenken erklären sich bei den mancherlei Ueberstürzungen, die unsere Zeit gesehen. Aber welches sind die Staaten, die inmitten der kreisenden Welt vollständige Ruhe gezeigt, und so die Festigkeit ihres politischen Gefüges bewährt haben? Eben nur die, welche die selbstständige Gestaltung des Provinzial- und Gemeindewesens besitzen: die Schweiz, Belgien, Holland, England, die Vereinigten Staaten. Jemehr ein Staat alle Kräfte und Thätigkeiten des Volkslebens in den Schreibstuben der Regierung und in den Pulsadern der Hauptstadt vereinigen will, mit desto heftigerem Wühlen sehen wir, wenn ein Sturm erwacht, diesen über die dammlose Sandwüste fahren. Lebt dagegen das Gefühl der Selbstständigkeit in allen Korporationen und Gemeinden, so ist jedes Haus eine Burg der alten Sitte, des alten Rechts, der alten Freiheit. Der Municipalgeist schützte Griechenland vor der zerstörenden Macht zweitausendjähriger Tyrannei und Barbarei, er rettete die Niederlande vor der Ueberwältigung durch die größte Monarchie der Welt, er deckte Belgien gegen die revolutionäre Ueberfluthung durch Frankreich, er beruhigte die Schweiz als ihr zur Seite Deutschland und Italien in Zuckungen fielen, er macht in den Hinterwäldern des „fernen Westens“ in wenigen Wochen aus einer einsamen Ansiedlung eine regelmäßig sich entwickelnde Gemeinde und gibt den Vereinigten Staaten, trotz ihrer dünnen Bevölkerung und ihrer getheilten Interessen, den sichern Sieg über das gesammte spanische Amerika. Eines vor allem aber ist, gegenüber dem natürlichen Egoismus der Gemeinden, dem Staatsbürger zu wahren: die Freizügigkeit. Sie ist in die deutschen Grundrechte aufgenommen, und wir hoffen, daß die grimmige Befehdung durch mißverstandene Handwerksinteressen sie nicht daraus verdrängen wird. Man hat in München dem Mittelalter mehr als gut war und mehr als in irgend einer andern Stadt Deutschlands gehuldigt, und alle Künste haben sich bei dieser Huldigung betheiligt; man wird dort nicht verkennen wollen, aus welch tiefen Wurzeln allein ein so reiches mannigfaltiges Leben emporsprossen konnte.“

Prag, 18. Dez. Das Ministerium erließ ein Dekret in alle Provinzen des Reichs, welches sämmtlichen Staatsdienern unbedingt das Recht zur Theilnahme an politischen Klubs verwehrt. — Hält man also das Assoziationsrecht überhaupt für einen Auswuchs am Staatskörper, jeden politischen Klub für eine Krankheit desselben? Benimmt man demnach dem Beamten die beste Quelle seines Studiums, Wünsche und Bedürfnisse des Volkes kennen zu lernen, was doch das Ministerium in seinem Programme ausdrücklich verlangt? Entzieht man ihm endlich die Gelegenheit — ihm, dem Mann des Gesetzes und der Rechtskunde, den Fluß der Debatte auf den Rechtsboden zu leiten, ihm die förderliche Stimmung und Richtung zu geben? (C. B. a. B.)

Berlin, 19. Dez. Das in Spandau stehende 10. Regiment hat gestern Befehl erhalten, sich für den 1. Januar zum Abmarsch nach Hamburg bereit zu machen; ob diese Truppen zum „Reichs-Aufsehen“ in Holstein gegen dänische Uebergriffe bestimmt sind, oder ob sie nur dazu dienen sollen die Linke der Hamburger constituirenden Versammlung in Schach zu halten, läßt sich für den Augenblick noch nicht bestimmen. — Der Buchhändler Zawitz, in der Königsstraße, hatte einige Exemplare des Kladderadatsch in seinem Auslegekasten zum Verkauf ausgestellt. Zwei Constabler kamen alsbald in den Laden, forderten und nahmen eine aufliegende Anzahl dieser Blätter hinweg. Als der Buchhändler, nach Mittheilung, daß das Blatt wieder erlaubt sei, das Päckchen zurückforderte und zurücknehmen wollte, packten ihn die Häscher, zerrissen ihm die Kleidungsstücke, warfen ihn zu Boden, stießen ihn mit Füßen und schleppten ihn dann nach der Stadtvogtei. (N. R. Z.)

Berlin, 19. Dez. Gestern (berichtet man der Weserzeitung) haben sämmtliche Minister nach einer langen Conferenz beschlossen, noch vor den Wahlen zurückzutreten und von diesem Entschlusse Sr. Maj. sofort Anzeige zu machen. Die Nachricht steht fest, nur über den Zeitpunkt des Rücktritts scheint Genaueres noch nicht festgestellt. Man glaubt, die Minister werden Hrn. v. **Vincke** dem Könige als Nachfolger empfehlen.

— **Aus dem Kreise Grevenbroich.** Jeder Tag hat seine Freuden. Die Hetzjagd auf Demokraten, Viertels- und Achtelsdemokraten beginnt auch hier. Auf der rechten Rheinseite, Düsseldorf, Münster etc. geht die Sache ja ohne Aufruhr oder sonst unangenehme Ereignisse von statten. Warum sollten die civilversorgten Getreuen des linken Ufers hinter ihren Kollegen zurückbleiben? Warum sollten sie nicht konkurriren? Schon der gute Wille wird ja sicher anerkannt und belohnt, wenn nicht in klingender Münze, so doch wenigstens mit einem Orden, und sollte selbst ein neuer „pour les mouchards“ gestiftet werden. (N. R. Z.)

Stuttgart, 21. Dez. Dr. Strauß, Verfasser des „Lebens Jesu,“ bisher Abgeordneter der Stadt Ludwigsburg, ist aus der Würtembergischen Volkskammer ausgetreten, weil er einen wohlverdienten **Ordnungsruf** nicht vertragen konnte, nachdem er dem Abgeordneten Seeger „Eskamotage“ vorgeworfen hatte. Seeger hatte nämlich den Antrag gestellt, „die Regierung um **unverweilte** Einbringung eines Wahlgesetzes zu **Berufung** einer **verfassunggebenden** Versammlung zu bitten.“ Dr. Strauß behauptete nun, Seeger habe sich des Ausdruckes bedient, die konstituirende Versammlung sollte im **Einklang**, aber nicht in **Vereinbarung** mit der Regierung wirken. Dieser Satz sei entweder ungeschickt oder hinterlistig: „dieser zweideutige Ausdruck ist eine Falle, und in eine Falle gehe ich nicht ein.“ Da Dr. Strauß die Ausdrücke „Eskamotage etc.“ nicht zurücknehmen wollte, so wurde er zur Ordnung gerufen, und **verließ** den **Saal**. Oben erwähnter Antrag wurde mit der Abänderung, daß statt „**unverweilte**“ — „**rechtzeitige**“ Vorlage gesetzt werde, mit 59 gegen 20 Stimmen angenommen.

Braunschweig, 19. Dez. Die Versammlung der Abgeordneten unseres Landes ist heute mit einer kurzen, wenigsagenden Rede des Herzogs eröffnet worden.

L **Frankfurt**, 23. Dec. 143. Sitzung der deutschen constituirenden National-Versammlung. **Hönninger** interpellirt den Kriegsminister wegen fortdauernder unnöthiger Besetzung des Fürstenthums

Digitized by Google

Schwarzburg-Rudolstadt durch Reichstruppen. Ueber die Wiedereintritts-erklärung des Abgeordneten Thinnes von Eichstädt, welcher am 19. erklärt hatte, daß er zu Ende dieses Monats austreten werde, kommt es zu einer Debatte. H. Thinnes hatte offenbar formell Unrecht; denn es kann nichts daran liegen, ob sich die Umstände, welche ihn zum Austritte bewogen haben, andern Tages ändern oder nicht. Mit seiner Erklärung, welche doch offenbar den Zweck hat, die Versammlung sogleich Schritte thun zu lassen, damit seine Stelle nicht unbesetzt bleibe, tritt die Versammlung zu den nöthigen Schritten. Kann sein Ersatzmann auch nicht eintreten, so wird eine Neuwahl vorgenommen. Was gehen die Versammlung die Umstände an, welche einen Abgeordneten zum Bleiben oder Gehen bestimmen? Auf diese Weise könne es Einem heute einfallen, auszutreten; morgen wieder einzutreten. Die Sache ist gewiß so einfach als möglich und kann keinem Zweifel unterliegen, so daß man sich wundern muß, daß dem gelehrten Herrn diese ganz einfache Rechtsposition nicht eingehen will und er sich so wehrte. Roßmäßler hat gan Recht, wenn er sagte: es dürfe mit dem Austritte kein Spaß getrieben werden. Gleichwohl beschließt die Versammlung, daß das Reichsministerium die etwa zur Einberufung des Ersatzmanns oder einer Neuwahl in München gethanene Schritte zurücknehme! — Ein sehr zweckmäßiger Antrag wird von Reitter, Venedey u. A. eingebracht, dahin lautend: daß von dem Reichsgesetzblatte, welches die Grundrechte enthält, 100000 Exemplare auf Reichskosten abgedruckt und zur Vertheilung für die Wähler an die Abgeordneten abgegeben werden sollten. In manche Bezirke kommen die Reichsgesetzblätter vielleicht gar nicht und wahrlich, die Einzelregierungen sind nicht diejenigen, welche sich große Mühe geben werden, um die Kenntniß der Grundrechte nach Kräften zu verbreiten, damit — wie Rösler bemerkte, — das Volk sich dieselben nicht mehr nehmen lasse. Auch ist die Ausgabe, welche hier zum Besten des Volkes gemacht werden soll, eine gegen den Zweck gar nicht in Betracht kommende und eine unbedeutende gegen das, was man z. B. gestern so schnell dem Volke aufzulegen bereit war. Aber Herr Buß spricht dagegen und Graf Schwerin meint, wer es wolle, solle es auf seine Kosten thun! Indeß wird der Antrag — so einfach und zweckmäßig an sich — doch mit 153 gegen 147 Stimmen angenommen. Rösler v. Oels bemerkt noch ebenso passend, daß man auch für die slavischen Stämme Deutschlands an eine authentische Uebersetzung der Gesetze denke, wofür er sich einen Antrag vorbehält. Dieß nennt Graf Deym Befassen mit der Exekutive; da müßten sie erst ihren Namen ändern und sich Convent nennen! Das Haus ist mit der Angelegenheit überrascht worden. Also, wenn das Haus selbst möglichst besorgt ist, daß seine Beschlüsse auch wirklich zur Kenntniß derer kommen, für welche sie vorzugsweise bestimmt sind, das nennen diese Herren gleich Eingriffe in die Exekutivgewalt! und dieß sind Volksvertreter! Wir glaubten diese Angelegenheit zum Nutzen und Frommen derer, welche noch gesunde Augen und Ohren haben, hier näher angeben zu müssen, da sie uns wichtiger scheint, als die über Bausch und Bogen gehende Berathung des „Reichstags," welche hierauf folgte. — Die noch übrigen §§. werden fast unverändert nach dem Entwurfe mit Verwerfung der Minoritätserachten und einiger Anträge angenommen, welche wir in der nächsten Nummer bringen werden. — Von Graf Deym und Consorten kommt schließlich noch eine Verwahrung ein gegen den obigen Beschluß auf Reitters Antrag, worin selbst die Behandlung eine geschäftsordnungswidrige genannt wird, was aber Präsident Simson mit Recht zurückweist. Die Vertagung der Sitzung wird gegen 12 Uhr angenommen und die nächste auf Donnerstag den 28. d. anberaumt.

Frankfurt, 21. Dez. Ich beeile mich, Ihnen in der Kürze zu melden, daß der berüchtigte Polizeiagent Dr. Stieber aus Berlin, bekannt durch sein Auftreten im Riesengebirge als Maler Schmidt, sich in der Gegend von Frankfurt unter dem Deckmantel demokratischer Gesinnungen eingefunden hat, um, wie verlautet, den hiesigen Septemberereignissen auf den Grund zu kommen. N. D. Z.

Ausland.

Rom, 13. Dez. Die Abfassung des Kammerbeschlusses, durch welchen die Giunta eingesetzt ward, ist nach dem übereinstimmenden Urtheil aller Vorurtheilsfreien meisterhaft. Bevor es den Großmächten gelingen wird, alles das wegzuprotokolliren, was in diesen Tagen geschieht und geschehen ist, wird es Zeit haben. Der Klerus aber wird bei seiner Rückkehr das Terrain so umgepflügt finden, daß man das Unkraut wohl wird müssen stehen lassen, um nicht den Weizen, der unterdessen aufgeschossen sein wird, mit auszuraufen. Die Beförderungen nehmen kein Ende, und Mamiani hat gestern einen Preis für das beste Volksbuch ausgeschrieben, welches in katechetischer Form die beim gemeinen Mann verbreiteten Irrthümer über nationalökonomische Fragen widerlegt. Auf diesem Wege läßt sich hier zu Lande noch eine gewaltige Erschütterung der öffentlichen Meinung erwirken, und der Einsturz des alten Verwaltungssystems, welches in den bisherigen Stürmen immer noch angehalten hatte, wird in Folge davon nicht ausbleiben. (A. Z.)

Die Nachricht, daß der König Karl Albert von Sardinien zu Gunsten seines ältesten Sohnes abgedankt habe, war ungegründet, da die uns heute zugekommenen Turiner Blätter, die amtliche Gazzetta Piemonte und Il Risorgimento v. 18, kein Wort davon sagen. Hingegen bringen sie ein Programm des Ministeriums Gioberti, welches die Unabhängigkeit und Einigung (unione) Italiens, und sofort auch die Wiederaufnahme des Kriegs voranstellt, jedoch beifügt: der Zeitpunkt der Kriegserneuerung lasse sich noch nicht genau bestimmen, sondern müsse von den militärischen Rüstungen abhängen, denen die Regierung ihre lebhafteste Sorge zuwenden werde. Nach innen bezeichnet sich das Ministerium als ein demokratisches — un ministerio democratico. —

Ueber den italienischen Congreß in Brüssel berichtet das „Chronicle," daß er nach der offiziellen Proklamation des Präsidenten der französischen Republik hätte beginnen sollen, daß aber bis jetzt erst drei Mächte, nämlich Frankreich, England und Sardinien Bevollmächtigte ernannt haben. Ridolfi, der Toskana vertreten sollte, ist nach Florenz zurückgekehrt; der Papst und der König von Neapel haben noch keine Bevollmächtigte ernannt. Schwerlich werden also die Conferenzen vor Mitte Januar beginnen können.

Altkirch (Oberelsaß,) 21. Dez. Die Früchte der Napoleonischen Propaganda zeigen sich. Das Landvolk weigert die fernere Entrichtung von Abgaben, weil ihnen der neue Präsident Steuerfreiheit zugesagt habe. Was diese vermeintliche Steuerfreiheit betrifft, so wurzelt sie nicht im bösen Willen, sondern im guten Glauben dieser Leute; längs der Vogesen kann man sogar von Mairen und Adjunkten in Bauerndörfern mit Freude erzählen hören, jetzt müßten doch bald bessere Zeiten kommen, weil man wenigstens 4 Jahre lang nichts mehr zu zahlen brauche. Mit Recht bemerkte einer Ihrer Correspondenten, daß Napoleon der siegreiche Candidat der zahllosen Armen sei: wird er nun auch der gehoffte Crösus werden, und wenn nicht? Wird der hinausgeworfene Entschuldigungsgrund: „die Nationalversammlung hindert ihn", Glauben finden, und was dann? (F. J.)

Ankündigungen.

Bekanntmachung.

Der mit Ausarbeitung eines Entwurfes von Vereinsstatuten am 17. d. Mts. beauftragte Ausschuß wird diesen Entwurf

am Dienstag den 26. d. Mts. Vormittags 10 Uhr

in einer öffentlichen Volksversammlung

im Rathhaussaale dahier

zur Prüfung und Genehmigung vorlegen, — und ladet deshalb alle diejenigen, welche sich für diese Sache interessiren, zu zahlreichem Besuche dieser Versammlung ein.

Würzburg, am 23. Dezember 1848.

Der provisorische Ausschuß.

Fremden-Anzeige.

Vom 23. Dezember 1848:

(Kronprinz.) Frhr. v. Tucher mit Familie v. Nürnberg. Sitz, Kfm. v. Mainz. Metzner, Kfm. v. Crefeld. — (Wittelsbacher Hof.) Schwarzmann, Kfm. v. Schopfheim. Aßmann, Posterpeditor v. Kaufbeuern. Brauer, Architekt v. Bilau. Clemens, Kfm. v. Bielefeld. Dachauer, Kaufmann v. Fürth.

Erlaubte Frage an Gültholz-Bezieher in Kitzingen.

(Eingesandt.)

Wie kommts, daß man von Seite der Gültholz-Einnehmer so ruhig zusehen kann, wie die Holzmacher jeden Abend in ganzen Familien zu 3 und 4 aus einer Haushaltung, jedes mit einem Bündel Holz, ja mit halben Heeg-Reisern beladen, nach Hause ziehn? Wohl ist man allgemein darüber entrüstet, aber niemand geht zur rechten Stelle, und führt Klage. Trete man schnell zusammen, um zu verabreden, wie dem Uebel, das jährlich schreiender und verheerender wird, begegnet werden kann; denn die sogenannte Gültholz-Verwaltung scheint in tiefen Schlaf versunken. Bei dieser Art von Verwaltung kann's leicht so weit kommen, daß wir die bedeutenden Lasten, und den Holzmacherlohn bezahlen, und die Holzmacher alles Holz für sich heimschleppen.

Mehrere betheiligte Bürger Kitzingens.

Theater-Anzeige.

Dinstag den 26. Dezember:

Muttersegen,

oder:

Die neue Fanchon.

Schauspiel mit Gesang in 5 Akten von W. Friedrich. Musik von Schäffer.

(Hiezu eine Beilage.)

Redaktion: A. Oestreicher. St. Gätschenberger. Druck von F. E. Thein.

Digitized by Google

Diese Zeitung erscheint täglich Nachmittags 2 Uhr, und kostet in ganz Bayern vierteljährig 1 fl. 30 kr. Bestellungen werden bei den kgl. Postämtern, sowie in der Expedition bei Hrn. Buchhändler K. Stecker in der Eichhorngasse gemacht.

Neue Fränkische Zeitung.

Inserate jeder Art werden zu 3 Kreuzer die dreispaltige Petitzeile berechnet, ausgenommen bei Abonnenten, deren Anzeigen bis zum Betrag der Hälfte des Blattpreises frei gehen. Briefe und Gelder werden portofrei erbeten.

Ein grundrechtliches Staatsbürgerblatt.

№ 3. Würzburg, Dienstag den 26. Dezember 1848.

‡ Minister Lerchenfeld

hat seine Entlassung verlangt und erhalten, dieses ist die Trauerbotschaft, welche in ganz Bayern alle Guten erschüttert, und ihnen eine fröhliche Feier der Weihnachten vergällt hat, selbst wenn gerade dieses Ereignisses wegen um so feierlicher nur das Glockengeläute unserer Kirchen die frostige Nacht durchschallt hätte. Wer ist denn aber dieser Lerchenfeld? und warum wird er entlassen? und warum trauern die Guten in Bayern bei seinem Rücktritte? so fragt ein Jeder mit Recht, und wir erlauben uns, diese Fragen nach der Stimmung unseres Herzens und von dem Gesichtspunkte aus, von welchem wir die politischen Ereignisse der Gegenwart zu beurtheilen pflegen, zu beantworten.

Dieser Lerchenfeld, obschon von Geburt einem privilegirten Stande angehörig, ist doch ein wahrer, allen Privilegien mit Entschiedenheit entgegentretender, in Wort und That, in Wahrheit und Aufrichtigkeit die Sache des Volkes verfechtender politischer Charakter geworden, gewiß eine seltene Erscheinung unter unsern verdorbenen Zuständen in Bayern! — Dieser Lerchenfeld ist schon früher, schon damals nämlich, als das Gewaltministerium Abel, welches auf's Neue für uns in drohende Aussicht gestellt wird, mit eiserner Schwere, mit zermalmender Wucht auf den Geist und den materiellen Wohlstand der Gesammtbevölkerung Bayerns drückte, ein entschiedener und geschäftskundiger Vertreter der geknechteten Volksrechte gewesen. Dieser Lerchenfeld hat es nicht nur verstanden, die volksfeindlichen Winkelzüge unserer Ministerien Abel und Wallerstein (traurigsten Andenkens und voraussichtlichen Erwartens!) zu durchschauen, sondern hat auch den Muth gehabt, das Erkannte mit männlichem Freimuthe auszusprechen, seinen Worten als Mitglied der Ständekammer Nachdruck zu geben, und ganz insbesondere unsere heillose Geldwirthschaft im wahren Lichte darzustellen, um eine Abstellung der aussaugenden Mißstände in dieser Sphäre als eine länger gar nicht mehr abweisbare Nothwendigkeit zu verlangen. Derselbe Lerchenfeld wurde deshalb zu einer Zeit, als die Kronen wankten und die Throne bebten, und als man ehrliche und männliche Charaktere nothwendig zu haben glaubte, in den Ministerrath Bayerns berufen, hat dort Gelegenheit gefunden, oder sich vielmehr genommen, freisinnige, wahrhaft volksthümliche und zeitgemäße Gesetzesvorlagen auszuarbeiten, dieselben gegen alle volksfeindlichen Gegenbestrebungen zu vertheidigen und nach Kräften aufrecht zu erhalten. So athmen z. B. unsere jüngsten Gesetze über Preßfreiheit und Ministerverantwortlichkeit rein Lerchenfeldischen Geist, während die Karrikaturen auf eine Volksthümlichkeit im Sinne des Jahres 1848, wir meinen z. B. das Initiativgesetz und die Geschworenenwahlordnung, rein Lerchenfeld feindliche Produkte genannt werden müssen. Derselbe Lerchenfeld besitzt aber ferner die ganz seltene und ihn gerade vor so vielen andern, welche schon vor und gleichzeitig mit ihm einen Ministersitz einnahmen, so äußerst rühmlich auszeichnende Tugend, daß er ein Volksmann geblieben ist, obschon er zum Minister gemacht worden war, daß er in der blendenden, so leicht bethörenden Nähe des Hoflebens seinen männlichen Charakter bewahrte, daß er auch als nächster Rathgeber seines Königes die frühere, wohlbegründete Ueberzeugungen festhielt und gegen seine in der Nähe der Hofluft schwindelnd und schwankend und volksabtrünnig gewordenen Amtsgenossen fortwährend geltend machte, wie es eben einem Manne auch dann noch wohl ansteht, selbst wenn er Minister geworden ist. Lerchenfeld's Geist ist übrigens so stark und thatkräftig, daß er bereits anfing trotz den vielen entgegenstrebenden Elementen die schönsten Früchte in noch viel reichlicherem Maße zu tragen. Bei Besetzung der Beamtenstellen fingen die früher eitlen, in der Wirklichkeit tagtäglich Lügen gestraften Versprechungen, daß nur nach Fähigkeiten und ehrenhaftem Verdienste, nicht nach Gunst und höchst zweideutigen Empfehlungen die Anstellungsdekrete ausgefertigt werden sollen, zur Wahrheit zu werden, und selbst ein durchgreifendes Anstellungsregulativ war in Aussicht gestellt; — die Gemeinden sollten zu einer volksthümlichen und zeitgemäßen Selbstständigkeit erhoben, der verhaßten, nur Geld, Zeit und Kräfte vergeudenden Bevormundung durch geschäftsunkundige, nur überall Polizei spielende Bürcaukraten entzogen, und noch gar manche Einrichtungen verwirklicht werden, welche Lerchenfeld'schen Geist bekundet, und im ganzen Lande bei allen Guten dankbarste Anerkennung gefunden hatten. Allein solche männliche Handlungen eines Ministers der Gegenwart standen zu vereinzelt da, und solche schöne Hoffnungen auf die nächste Zukunft sind zu erhaben und zu rein, als daß sie ungehindert und ungetrübt hätten bleiben, hätten erfüllt werden sollen. Dagegen sträubt sich alles, was aus verjährtem Vorurtheile gewohnt ist, sich selbst den Staat (l'etat c'est moi) zu nennen, um derentwillen das arbeitende Volk nur zur Steuerzahlung, zur geisttödtenden Knechtschaft, zur Wohlstand vernichtenden Bevormundung, zur Verläugnung der innewohnenden edleren Menschennatur geschaffen worden ist! — dagegen sträubt sich Alles, was zur Hofschranzenschaft gehört, was die brutale Gewalt über das vernünftige Recht was das üble Herkommen über den lebensfrischen, gesunden Geist der neuen Zeit, was die wortheuchlerische Finsterniß über das sonnenklare Licht, was überhaupt das gleißnerische Schlechte über das schlichte Gute gesetzt wissen will: und deßhalb mußte ein Lerchenfeld, der männlich charakterfeste und auch unter geänderten Umständen stets ungeändert gebliebene Volksmann von dem hohen Posten herabsteigen, welchen er würdiger auszufüllen befähigt ist und bestrebt war, als dieses von irgend einem Andern in gleichem Maße gesagt werden kann: denn dort ist der Platz nicht länger für ihn, der unter solchen Umständen sein Amt niederlegt, und jene paar tausend Gulden, um seine volle Unabhängigkeit zu wahren, mit Stolz von sich wirft, auch in diesem Stücke gerade das Gegentheil von seinen offenen und versteckten Gegnern Abel und Berks und allen jenen Consorten, welche als Staatsräthe im ordentlichen oder außerordentlichen Dienste, d. h. in Unthätigkeit oder im Kampfe gegen volksthümliche Institutionen das Mark des Volkes verzehren. — Nachdem wir sonach angedeutet haben, wer der Mann war, dessen Entfernung das Land beklagt, und nachdem die Gründe dieser Entfernung offenbar nur in einer volksfeindlichen Tendenz gelegen sein können, ist es an sich klar, warum das Volk trauert bei solchen lautsprechenden Ereignissen, welche den in nächsten Tagen (wenn nicht offenbare Verfassungsverletzungen eintreten) nothwendig zusammentretenden Landtagsabgeordneten Veranlassung geben werden, in ihrer Adresse vor dem konstitutionellen Throne ein unverholenes Mißtrauensvotum darüber auszusprechen, daß es verantwortliche Minister gewagt haben, das Reich und das Volk in der sturmbewegten Gegenwart einer so herrlichen Stütze zu berauben, als beide an dem wahren Volksmanne Lerchenfeld zu besitzen sich rühmen konnten.

§* Was hat Deutschland im Jahre 1848 errungen? Was hat es noch zu erkämpfen? —

(Mit besonderer Rücksicht auf bayerische Zustände.)

(Fortsetzung von Nr. 1.)

Will man aber das, was man Reaktion nennt, richtig beurtheilen, so muß man nicht bloß die Thatsachen, sondern auch ihre Beweggründe beurtheilen und sich so viel möglich selbst in die Lage derjenigen versetzen, denen man die Reaktion zum Vorwurfe macht. Jeder suche seinen Besitz zu behaupten, selbst in der Regel dann, wenn er weiß, daß er unrechtmäßig besitzt — diese Wahrheit ist so tief im menschlichen Egoismus und in dem instinktmäßigen Bedürfniß der Selbsterhaltung begründet, daß es wohl Niemanden ernstlich einfallen wird, sie zu bestreiten. Um so mehr ist dieses der Fall, wenn der Besitz auf einer historischen Basis beruht, wenn ihm ein nebelgraues Alter, die unvordenkliche Verjährung und eine in den Volksglauben übergegangene, seit Jahrhunderten genährte und gepflegte Meinung von seiner Unantastbarkeit und Heiligkeit, selbst von sel-

Digitized by Google

nem göttlichen Ursprunge zur Seite stehen. Der Nimbus, welcher die Throne verklärt und die Altäre umstrahlt, ist nicht erst von gestern her; er wurzelt in dem fernsten Kindesalter der Menschheit; und wie in dem einzelnen Menschen die Eindrücke und Erinnerungen, die er aus dem Rosenalter seiner Kindheit in das reifere Alter mit hinüber genommen, unverwüstlich sind, so werden sich auch die Ueberlieferungen aus dem Kindesalter der Menschheit, auf die sich jene Einrichtungen stützen, nie oder nur nach langen Zeitläufen ganz verwischen lassen. Wir kämpfen mit den Waffen der Vernunft gegen den frommen Glauben, der nicht immer blinder Wahn und Aberglaube ist, mit der nackten Wahrheit gegen die tiefgewurzelte Tradition, mit der kalten Reflexion des nüchternen Verstandes gegen die unauslöschliche Gluth jugendlicher Erinnerungen — die Wahrheit wird endlich aus dem Kampfe ungetrübt hervorgehen, das ist nicht zweifelhaft, aber nicht Ein Jahr, nicht Eine Kammersitzung, nicht Eine Generation wird den endlichen Sieg herbeiführen, der nur mit großen Anstrengungen, nach schweren und blutigen Wechselfällen errungen werden kann, und von einem hartnäckigen und gewandten Gegner oft zweifelhaft gemacht werden wird.

Klagen wir indeß nicht die Fürsten und die Könige, nicht den Adel, die Geistlichkeit und die Beamten, deren Interessen und Lebensfragen mit denen der Herrscher unzertrennlich verschmolzen sind, deßhalb an, wenn wir gerecht sein wollen; — uns selbst, die Völker müssen wir anklagen, weil durch ihre Schuld die Könige in eine falsche Stellung, in eine Lage gebracht worden sind, daß sie nicht anders wollen können, als sie wirklich thun.

Sehen wir ab von den sklavischen, demüthigenden, aller Menschenwürde Hohn sprechenden Huldigungen, die früher gekrönten Häuptern erwiesen wurden, von den Menschenopfern, die in barbarischen Staaten beim Tode eines Königs gebracht werden, wie von den Vergötterungen der römischen Kaiser, — die neuere und neueste Geschichte bieten uns Beispiele genug von Kriechereien und Speichelleckereien, deren sich die Menschheit zu schämen hat. Die Könige wurden als Prinzen geboren und als Herrscher erzogen; umgeben von dem Glanze und der Ueppigkeit der Höfe, auf den Händen getragen von feilen Hofschranzen, denen selbst verbrecherische Wünsche und lasterhafte Neigungen ihrer Gebieter zu befriedigen eine Pflicht zu sein schien, im Besitze unermeßlicher Reichthümer und unbedingte Herren über das Einkommen ganzer Länder und Völker, stand ihnen gleichsam die Welt zu Gebote und die Befriedigung aller erdenkbaren sinnlichen Lüste war das unausbleibliche Resultat ihres Machtgebotes — und sie sollten sich aller dieser Vorrechte und höchsten Lebensgüter ohne allen Widerstand gutwillig entäußern? Welche Stadt hat nicht enorme Summen aufgewendet, sich selbst in Schulden gesteckt, um den Landesvater, wenn er sie mit einem Besuche, selbst nur mit einer Durchreise beglückt, mit allem möglichen Pomp und Glanz zu empfangen? Welche eckelhafte, die Menschheit entwürdigende Lobhudeleien wurden nicht bei solchen Gelegenheiten verschwendet? Man hat die Herrscher bei jeder Veranlassung vergöttert, und man wundert sich, daß sie sich selbst für Halbgötter halten, aus einem bessern Stoffe, als gewöhnliche Menschen gebildet! Man hat überall die schönsten und blühendsten Mädchen ausgewählt, um sie mit Anreden und Gedichten zu empfangen und ihren Weg mit Blumen zu bestreuen, und jeder Vater fühlte sich hochgeehrt und geschmeichelt, wenn der Herrscher seine Augen auf sein hübsches Töchterchen warf — und man wundert sich, wenn dieser jede Schönheit, die seine Sinnenlüste reizt, als seine sichere Beute betrachtet! Welche Leidenschaften, große und edle, wie niedrige und gemeine, hat ein Monarch nicht befriedigt, wenn er sich nicht selbst beherrschte, zu welchen fand er nicht Helfershelfer und feile Werkzeuge ohne Zahl? — Welche Verschwendung ist so grenzenlos, welcher Geiz und welche Bereicherungssucht eines Monarchen so ungemessen, daß ihm selbst diejenigen nicht hülfreiche Hand geboten hätten, deren Pflicht es war, ihn darin zu beschränken? Wie hat man selbst die unbedeutendsten, die allergewöhnlichsten Handlungen als die wichtigsten Ereignisse dargestellt, weil sie von einem Monarchen ausgingen?*) — Wie kann man sich noch wundern, daß die Herrscher ihre Unterthanen als bloße Werkzeuge zur Durchsetzung ihrer Absichten und Pläne betrachteten, ja daß sie, weil sich doch die Menschen zu allem, selbst dem Schlechtesten, brauchen ließen, die Menschheit selbst verachteten?

(Schluß folgt.)

*) So machte ein bekanntes Sonnet, als hochwichtiger und inhaltschwerer Ausdruck allerhöchster Gesinnungen, die Runde durch alle Zeitungen, während dadurch der Verfasser nur sich selbst blamirte.

** Würzburg den 25. Dez. Nachdem nun das Ministerium Lerchenfeld abgetreten ist, ergreifen wir die Gelegenheit, um einen Blick zurückzuwerfen auf sein Wirken und auf die Verhältnisse, in denen es ein- und abtrat. Wie bekannt, waren Lerchenfeld, Heintz und Thon-Dittmar diejenigen, nach welchen im März die Stimme des Volks in Folge ihres Wirkens in der zweiten Kammer am lautesten verlangte, gleichzeitig mit Erlassung der königlichen Proklamation, die für Bayern die Errungenschaften der Revolution positiv zusagte, wurden sie ins Ministerium berufen. Thon-Dittmar hatte sich bald abgenützt und sowohl in seinem geschäftlichen, wie in seinem politischen Wirken gezeigt, daß er nur seiner günstigen Stellung in der Opposition, nicht aber seinen Talenten oder seinen wahren politischen Ansichten seinen Ruf verdankte.

Heintz trat als Minister weniger in den Vordergrund; aber jeder mit den Verhältnissen nur einigermaßen Vertraute wird an ihm die immense Thätigkeit und die Umsicht zu schätzen wissen, mit welcher er gleichsam aus einem Nichts die Reorganisation des Gerichtswesens in einer Weise förderte, wie es der gleichlangen Thätigkeit eines Maurer, den jahrelangen, nutzlos und unbeachtet gebliebenen Arbeiten der Gesetzgebungs-Commission nicht gelungen war.

Die ungleich bedeutendste Persönlichkeit des Ministeriums finden wir jedoch in Lerchenfeld, der ohne Unterstützung aus seiner frühern Laufbahn als Staatsdiener (er wirkte nur im Richteramte) das im Augenblicke überwiegend schwierigste Portefeuille übernahm. Die Liebhabereien des Monarchen hatten die Cassen geleert, welche noch überdies in Uebermaß von erst kurz vorübergegangenen Nothjahren und von beträchtlichen Eisenbahnbauten mehr als genug in Anspruch genommen waren. Zu diesem ohnehin nicht geringen Nothstande kamen die Bedrängnisse des Jahres 1848, die ungeheuren Ausgaben für das Heer, das fast auf die doppelte Stärke gebracht wurde, dessen Material so ziemlich neu geschaffen werden mußte, das in vielfachen Expeditionen in und außer Bayern bedeutende Summen verschlang; dazu kam noch, daß die regelmäßigen Einnahmen, fast auf Null herabgesunken. Diesem allen mußte Lerchenfeld abhelfen; und er half ab, wenn auch auf Kosten des Eisenbahnbaues, wenn auch mit Verletzung vielfacher Interessen; aber vor allem that Energie Noth, um nur dem drohenden Staats-Bankerott zu entgehen, und diese zeigte er in bewunderungswürdiger Weise, gepaart mit ungeheurer Thätigkeit. Ohne alle Vorarbeiten schuf er ein neues Abgabensystem. Er brachte die Ablösung der Grundlasten in den Gang, deren Principien sicher als gut anerkannt werden müssen, so sehr auch die, übrigens nicht von Lerchenfeld, stammende Redaction des betr. Gesetzes angefochten werden mag. Er führte endlich unter den schwierigsten Verhältnissen die freiwillige Anleihe durch. Kurz, er leistete mehr als man erwarten konnte. Als er endlich Thon Dittmar ins Ministerium des Innern nachfolgte, zeigte die allgemeine Zufriedenheit, daß das Vertrauen nicht von ihm gewichen war. Nebst Allem diesem ist aber noch vorzüglich anzuerkennen, daß er und Heintz im Rathe der Krone die hauptsächlichsten, ja die einzigen aufrichtigen Verfechter der neuen Gestaltung der Dinge waren, und nur den maßlosen Angriffen und Verdächtigungen aller Art, die er von Seite der bisher Bevorrechteten und von der Bureaukratie, welchen beiden er freilich oft zu nahe treten mußte, zu erdulden hatte, sowie dem ganzen rückwärts gehenden Strome der Entwicklung ist es zuzuschreiben, wenn Zwiespalt zwischen ihm und der Krone entstanden und er endlich Angriffen erlag, denen er bis jetzt mannhaft wiederstanden hatte.

Ja, trotz aller Versicherungen von Oben, können wir in dem Austritt aller liberalen Glider des Ministeriums Lerchenfeld nur einen Sieg der Reaction sehen, dem bald weitere Schritte folgen werden. Die Nachfolger, die das allgemeine Gerücht designirt, die Majorität der demnächst zu eröffnenden Kammer, einen Abel an der Spitze, sprechen genug aus, welche Zukunft uns bevorsteht, welcher gegenüber jedoch hoffentlich die Anhänger der guten Sache den Muth nicht verlieren werden. Mit dem Rechte wird endlich auch der Sieg sein.

Lerchenfeld tritt aber ebenso ehrenvoll aus dem Ministerium, als er in dasselbe getreten ist, und der Ruf des Volkes wird ihn, den Necker Bayerns, dahin zurückführen in einer bessern Zeit.

München, 23. Dezember. Es bestätigt sich nicht, daß außer Lerchenfeld noch einer der übrigen Minister seine Entlassung verlangt oder beim König auf den Wiedereintritt Lerchenfelds gedrungen hätte. Es widerlegt sich dies auch theilweise dadurch, daß dem Finanzminister v. Weigand interimistisch die Führung des Portefeuille des Innern übertragen ist bis zur Ernennung des neuen Ministers, und daß Lerchenfeld München bereits verlassen hat, was seine Collegen gewiß widerrathen hätten, wenn an seinen Wiedereintritt gedacht werden könnte. Sie können sich denken, daß man den Justizminister Heintz jetzt namentlich als den Mann betrachtet, an dessen Bleiben oder Gehen die Erwartungen und Befürchtungen aller derer sich knüpfen, welche in dem Rücktritt Lerchenfelds einen ersten Schritt zur Reaction sehen. Nach den Mittheilungen, die mir aus verläßiger Quelle zukommen, soll der König fest entschlossen sein, Heintz die Entlassung nicht zu gewähren, selbst wenn dieser sie verlangen sollte, eben weil man entschieden festhalten will an der hauptsächlich auch durch ihn repräsentirten Politik zeitgemäßer freisinniger Reformen. Es ist freilich schwer einzusehen, wie hiemit die Berufung des Freiherrn von Schrenk zusammenstimmt, und noch schwerer warum, wenn man aufrichtig obiger Richtung treu bleiben will, nicht auch der Schein der Hinneigung zu einer andern vermieden wird; denn es kann doch gewiß kein Vertrauen einflößen, wenn man hört, daß Hr. v. Abel schon mehrmals in Nymphenburg war und selbst schon zur königlichen Tafel gezogen wurde. Freilich wäre Hr. v. Schrenk nur Ein Mann gegenüber den andern dem Fortschritt geneigten Ministern.

München, 23. Dezember. Ich kann Sie aus bester Quelle versichern, daß Fürst Wallerstein an die Uebernahme eines Portefeuilles, namentlich bei gegenwärtigen Verhältnissen, nicht denkt, ja seit seiner Rückkehr vom Schlosse Reimlingen sich vom Hofe ganz fern gehalten und wie es scheint aus dem politischen Getriebe zurückgezogen hat und nur noch in

Digitized by Google

einzelnen Aufsätzen „in der deutschen konstitutionellen Zeitung“ seine Ansichten veröffentlichen zu müssen glaubt. Ein anderes Gerücht, daß Fürst Wallerstein mit „seinem Erzfeind“ v. Abel in engere Verbindung getreten, ist gleichfalls unbegründet. Uebrigens gilt Abel sehr viel bei Hofe und soll nicht ohne Einfluß auf die gegenwärtige Lage der Dinge sein.

München, 23. Dez. Das Reg.-Bl. Nr. 68 enthält unter andern Dienstesnachrichten folgende: Bis zu anderweitiger Bestimmung wurde dem Staatsminister der Finanzen v. Weigand die Leitung des Staatsministeriums des Innern übertragen und der Direktor der Regierung von Mittelfranken, Dr. J. E. v. Wanner „aus besonderem allerhöchsten Vertrauen“ zum Ministerialrathe im Staatsministerium der Finanzen ernannt.

Cham, 20. Dez. Mein letzter Brief vor 3 Wochen hat Ihnen die Rüstungen des Ultramontanismus im hiesigen Wahlbezirke berichtet. Indessen ist die Wahlschlacht geschlagen worden und der prägnanteste Ausdruck des Ultramontanismus, Herr Staatsrath v. **Abel** ist als Sieger aus ihr hervorgegangen. Diesen Erfolg kennen Ihre Leser; weniger bekannt aber möchte es sein, wie heiß es beim Treffen zugegangen ist. Trotz der förmlichen Rundreisen, welche die Geistlichen gemacht hatten, um als Wahlmänner gewählt zu werden, schien ihnen der Erfolg doch noch nicht gesichert und die emsigste Propaganda für **Abel** entwickelte sich allseitig. Er wurde als das Rüstzeug **zum Schutz der bedrohten Kirche** gepriesen: der Kandidat der liberalen Partei, Tuchfabrikant **Hineck** von Waldmünchen, als „luth'risch (**Hineck** ist katholisch. Anm. d. Eins.) Atheist, Rother“ verschrieen, je nachdem eben die eine oder die andere Bezeichnung schauderhafter in den Ohren des Pfarrkindes klang. Wehe dem Ungehorsamen, dessen Wahlzettel nicht Abels Namen trug! Erlebten wir doch, daß solche Wahlzettel, von frommer Hand in heiligem Feuereifer zerrissen, in die Lüfte flatterten! Bezeichnend möchte sein, daß Abel von den Wahlmännern Stamsried's selbst nur 1 Stimme erhielt, und zwar jene seines Revierjägers; von sämmtlichen Wahlmännern des Waldmünchner Distriktes keine. — Daß Herr v. **Abel** schon jetzt sich bei Ihnen befindet, ist aber, da die Einberufungsschreiben den Abgeordneten noch nicht zugekommen sind, keine Folge seiner hiesigen Erwählung, sondern eines **königlichen Handschreibens**, welches ihn schon am 4. Dez. nach München **berief**. E. Z.

Wien, 21. Dez. Ein Brief von der karpatischen Grenze liegt mir vor. Ich theile Ihnen denselben im Auszuge mit. Das Armeekorps, welches unter dem Feldmarschalllieutenant Schlick Eperies besetzt hatte, wurde überfallen und auseinandergesprengt. Die Dörfer leeren sich; ihre Bewohner flüchten sich in den Teschner Kreis, um den Insulten der Ungarn sowohl als der kaiserlichen Truppen zu entgehen. Der **Jablonitzer** Paß, der auch schon in den Händen des Militärs gewesen, wurde ebenfalls von den Aufständischen wieder erobert und derart den Truppen jeder Weg, sich zu retten, abgeschnitten. Man erzählt sich von Plünderungen, welche die zur Herstellung des Friedens, der Ordnung und Sicherheit bestellten Truppen anrichten. (D. C. Z.)

Wien, 21. Dez. Man weiß jetzt, daß der Belagerungszustand nicht vor Ostern gehoben werden soll, wodurch an die Stelle des berühmten Wiener Carnevals ein eben so lange währender Aschermittwoch treten wird. Es ist wunderlich, daß man das Volk zwar in die Geleise alter Plagen und früherer Uebel zurückdrängen möchte, ohne ihm jedoch zur Entschädigung die sinnlichen Belustigungen zu gestatten, welche so reichlich aus dem Füllhorn des früheren Systems flossen. Das Verbot öffentlicher Tanzunterhaltungen wird den großen Theil des Volkes, der die Carnevalszeit mit südlicher Lebhaftigkeit zu feiern pflegte, noch grimmiger in den harten Zügel knirschen lassen, um so mehr, als dadurch auch viele Erwerbsquellen verschlossen gehalten werden, die nur um diese Zeit flossen. (D. C. Z.)

Wien, 18. Dez. Der Wahlbezirk Josephstadt hielt heute eine Berathung über die Stellung Oesterreichs zu Deutschland, in der beschlossen wurde, eine Adresse an den Kaiser, so wie eine Zuschrift an den Abgeordneten Hrn. v. Würth zu erlassen, welche eine Verwahrung gegen die einer Trennung gleichkommende reine Personalunion enthält. (W. Z.)

Wien, 19. Dez. Eine neue Ministerkombination bildet seit gestern ein neues Gerücht. Schmerling soll diesem nach Justizminister Oesterreichs werden, Herr Bach das Portefeuille des Innern, Graf Stadion aber jenes der Finanzen übernehmen. Mit diesem Gerüchte scheint die gestern gemachte Mittheilung von Abdankung des Finanzministers Kraus zusammenzuhängen. (A. A. Z.)

Berlin, 21. Dez. Dem Vernehmen nach beabsichtigt auch General v. Wrangel, sich um eine Stelle in einer der künftigen preußischen Kammern zu bewerben. Die Partei, um welche Hr. v. Wrangel sich unläugbare Verdienste erworben hat, wird ohne Zweifel nicht anstehen, diese durch eine Wahl anzuerkennen. (F. J.)

Freiburg, 22. Dez. Der hiesige Gemeinderath, welcher die Universität Freiburg wieder zu ihrer frühern Blüthe zurückgeführt sehen möchte, hat in einer vor kurzem an das Ministerium gerichteten Eingabe dasselbe gebeten, es möge mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln auf die Hebung dieser wissenschaftlichen Anstalt hinwirken. Drei Wünsche sind es besonders, um deren Erfüllung der Gemeinderath nachsucht. Erstens sieht er in der Wiederherstellung des philosophischen Lehrcursus ein Hauptmittel zur Hebung der Frequenz der Universität; der zweite Wunsch geht dahin, daß die Lehrkanzel der Chirurgie wieder durch einen tüchtigen Mann besetzt werden möge, und drittens, worauf er ganz besonderes Gewicht legt, bittet der Gemeinderath, um **Entfernung des Hofraths** Dr. **Buß**, denn die Wirksamkeit desselben sei ein wahrhafter Krebsschaden für die Universität, indem sich die für Wahrheit, Licht und Recht erglühte akademische Jugend von einem Manne, der in der badischen Kammer selbst erklärt habe, er sei Apostat geworden, mit tiefster Entrüstung abwende. (F. J.)

L **Frankfurt**, 23. Dez. Die in unserm letzten Blatte aus Mangel an Raum nicht mitgetheilte Paragraphen 24—38 des Reichstags lauten: Art. VII. §. 24. Jedes der beiden Häuser wählt seinen Präsidenten und die Vicepräsidenten für sich, ebenso die Schriftführer. §. 25. Die Sitzungen beider Häuser sind öffentlich. Die Geschäftsordnung eines jeden Hauses bestimmt, unter welchen Bedingungen vertrauliche Sitzungen stattfinden können. §. 26. Jedes Haus prüft die Vollmachten seiner Mitglieder und entscheidet über ihre Zulassung. §. 27. Jedes Mitglied leistet bei seinem Eintritt den Eid: „Ich schwöre, die deutsche Reichsverfassung getreulich zu beobachten und aufrecht zu erhalten, so wahr mir Gott helfe.“ §. 28. Jedes Haus hat das Recht, seine Mitglieder wegen unwürdigen Verhaltens im Hause zu bestrafen und äußersten Falls auszuschließen. Das Nähere bestimmt die Geschäftsordnung jedes Hauses; eine Ausschließung kann nur dann ausgesprochen werden, wenn die Hälfte sämmtlicher Mitglieder an der Abstimmung Theil nimmt, und eine Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen sich dafür entscheidet. §. 29. Weder Ueberbringer von Bittschriften, noch überhaupt Deputationen sollen in den Häusern zugelassen werden. §. 30. Jedes Haus hat das Recht, sich seine Geschäftsordnung selbst zu geben, mit Ausnahme derjenigen Punkte, welche die geschäftlichen Beziehungen beider Häuser zu einander betreffen. Diese werden durch Uebereinkunft beider Häuser geordnet. Art. VIII. §. 31. Ein Mitglied des Reichstages darf während der Dauer der Sitzungsperiode ohne Zustimmung des Hauses, zu welchem es gehört, wegen strafrechtlicher Anschuldigungen weder verhaftet, noch in Untersuchung gezogen werden, mit alleiniger Ausnahme der Ergreifung auf frischer That. §. 32. In diesem letzteren Fall ist dem betreffenden Hause von der angeordneten Maßregel sofort Kenntniß zu geben. Es steht demselben zu, die Aufhebung der Haft oder Untersuchung bis zum Schluß der Sitzungsperiode zu verfügen. §. 33. Dieselbe Befugniß steht jedem Hause in Betreff einer Verhaftung oder Untersuchung zu, welche über ein Mitglied desselben zur Zeit seiner Wahl verhängt gewesen, oder nach dieser bis zu Eröffnung der Sitzungen verhängt worden ist. §. 34. Kein Mitglied des Reichtages darf zu irgend einer Zeit wegen seiner Abstimmung oder wegen der in Ausübung seines Berufes gethanen Aeußerungen gerichtlich oder disciplinarisch verfolgt oder sonst außerhalb der Versammlung zur Verantwortung gezogen werden. Art. IX. §. 35. Die Reichsminister haben das Recht, den Verhandlungen beider Häuser des Reichstages beizuwohnen, und von denselben gehört zu werden. §. 36. Die Reichsminister haben die Verpflichtung, auf Verlangen jedes der Häuser des Reichstages in demselben zu erscheinen und Auskunft zu ertheilen. §. 37. Die Reichsminister können nicht Mitglieder des Staatenhauses sein. §. 38. Wenn ein Mitglied des Volkshauses im Reichsdienst ein Amt oder eine Beförderung annimmt, so muß es sich einer neuen Wahl unterwerfen; es behält jedenfalls seinen Sitz im Hause, bis die neue Wahl stattgefunden hat.

Paris, 21. Dez. Gestern Abend um sechs Uhr, unmittelbar nach der Einführung des Präsidenten der Republik in die für ihn bestimmte Wohnung im Elysee National, empfing der Präsident der Nationalversammlung, Herr Marrast, folgende Botschaft: „Elysee National, 20. Dez. Herr Präsident! Ich bitte Sie, der Nationalversammlung anzuzeigen, daß ich in Gemäßheit des Artikels 64 der Verfassung durch Decret vom heutigen Tage ernannt habe: 1) Herrn **Odilon-Barrot**, Volksvertreter, zum Minister der Justiz mit dem Auftrage, dem Ministerrath zu präsidiren, wenn der Präsident der Republik behindert ist; 2) Herrn **Drouyn de Lhuys**, Volksvertreter, zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten; 3) Herrn **Leon de Maleville**, Volksvertreter, Minister des Innern; 4) Herrn **Rulhieres**, Volksvertreter und Divisionsgeneral, zum Minister des Kriegs; 5) Herrn **von Tracy**, Volksvertreter, zum Minister der Marine und Colonien; 6) Herrn **von Falloux**, Volksvertreter, zum Minister des öffentlichen Unterrichts und der Cultur; 7) Herrn **Leo Faucher**, Volksvertreter, zum Minister der Staatsbauten; 8) Herrn **Bixio**, Vicepräsident der Nationalversammlung, zum Minister des Ackerbaues und Handels; 9) Herrn **Hippolyt Passy**, Glied des Instituts, zum Minister der Finanzen. Empfangen Sie, Herr Präsident, die Versicherung meiner hohen Achtung. (gez.) **Louis Napoleon Bonaparte**. (gegengez. **Odilon Barrot**, Justizminister.“

* **Die französischen Blätter** bringen alle Abdrücke der Bonapartischen Antrittsrede, über die sie sich fast alle (selbst frühere Gegner Bonaparte's, wie der National) günstig äußern. Der Präsident ist ihnen nicht mehr der beschränkte Kopf, für den sie Louis Bonaparte ausgaben. Der National lobt auch die ungemein würdige, fast altrömische Art, mit der die Installirung des Präsidenten vor sich ging und zieht Parallelen

Digitized by Google

zwischen dem Pompe des Königthums und der Einfachheit der Republik, die nicht zu Gunsten des ersteren ausfallen. Auch enthält es eine Apologie der direkten Wahlen (obgleich es dazu keine Ursache hätte, da es Cavaignac empfohlen!) Dieser wird der neuen Regierung keine Opposition machen. Er zeigt viel Selbstüberwindung, die angebotene Hand des Präsidenten hat er tüchtig gedrückt und ihm seine Karte geschickt. Louis Bonaparte soll für seine kleinen Ausgaben 5 Millionen Frcs. verlangen; das riecht etwas monarchisch, obgleich man jetzt allerwärts in ihm einen ächten Republikaner erblickt, der nicht daran denke, die Monarchie wieder einzuführen, und deßhalb selbst mit vielen seiner Anhänger zerfallen sei. — Der Zug des Präsidenten in das Palais Elysée war ganz militärisch. Es begleiteten ihn Changarnier (der auch einen Tagesbefehl erlassen hat) Edgar Ney und Emil Fleury. Die ganze Familie Bonaparte empfing den Präsidenten. —

* Galignani's Messenger und andere englischen Blätter bringen die sehr umfangreiche Botschaft des abtretenden amerikanischen Präsidenten. Polk. Wir kommen vielleicht darauf zurück.

Italien. Man vernimmt aus guter Quelle, daß die Versuche des Königs, den Papst zu bestimmen, nach Neapel überzusiedeln, völlig gescheitert sind. Der Papst habe sich Gaëta als die seinen Staaten zunächstliegende Stadt erkoren, nicht aber die Absicht gehabt, mit der Reaction engere Bande zu knüpfen. Auffallend ist es, daß die neopolitanischen Hofblätter jetzt des Papstes nur nebenhin gedenken, während früher die ersten Spalten der Blätter mit Berichten aus Gaëta, in denen jedes Wort Sr. Heiligkeit beweihraucht wurde, angefüllt waren. Allgemein herrscht die Ansicht, daß der Papst mit nächstem sich nach Frankreich einschiffen werde.

Das Ministerium Gioberti hat sein Programm veröffentlicht. Es erklärt, daß die italienische Unabhängigkeit nicht ohne Krieg verwirklicht werden könne. Es empfiehlt Eintracht unter den italienischen Staaten an.

Von der Saale, 25. Dez. (Eingesandt.)

Als im Frühling 1848 eine mächtige Erschütterung aller Gesellschafts-Verhältnisse auch Deutschlands Unterthanen zu Staatsbürgern erhob, und die Bessern im Volke sprachen: „Väter der Völker, wir lieben Fürst „und Vaterland, aber habt Einsehen und gewähret dasjenige, was im „bürgerlichen Vereine dem Menschen vernünftiger Weise gebührt" — da ermannte sich auch (langsam bedächtig, wie sich's geziemt) der einsichtsvollere, freisinnigere Theil der öffentlichen Lehrer, verstellend: „Auch der „Schule muß, da sie dem unterdrückt gewesenen Volke stets eine mitver„folgte Gefährtin war, in demselben Momente die herrliche Stunde der „Freiheit und der schützenden Gesetze geschlagen haben, in welchem sie „dem ganzen deutschen Volke schlug!" Anstatt aber, daß die geistlichen Schulvorstände sammt und sonders im Interesse der Volksbildung gemeinsam mit den Lehrern an dem Emporbringen des Schulwesens hätten arbeiten sollen, traten viele den gerechten, billigen und zeitgemäßen Ansprüchen der Lehrer nicht nur geradezu entgegen, sondern so Mancher erniedrigte sich sogar zu den unchristlichsten Verläumdungen, um durch diese schlechten Mittel die Lehrer von dem löblichen Ziele ihres vernunft- und ordnungsmäßigen Strebens fern zu halten. Und als bei der ersten Berathung der Grundrechte des deutschen Volkes den Widersagern der Lehrer-Entknechtung ein gewisser Schlag gelungen schien, der Schule den Rest zu geben, lächelten Schulinspektoren (!) schadenfroh, dem Volke vorplaudernd, die deutschen Lehrer seien in Folge der Parlaments-Beschlüsse den untersten Gemeindedienern gleich geworden, die man wählt und beliebig wieder absetzt; was die National-Versammlung dagegen von Staatsdiener-Rechten spreche, gelte von den Lehrern an Gewerbsschulen rc. keineswegs aber für die bisher sogenannten deutschen Schullehrer. Doch, die Kämpfer für die gute Sache ließen sich durch diesen blauen Dunst und grauen Nebel nicht abhalten, am Sitze der deutschen Nationalversammlung vom 16. bis 21. Okt. l. J. in einem allgemeinen Lehrer-Kongresse Berathung zu pflegen, wie auch diesem Uebelstande oder „Mißverständniß" abzuhelfen sei. Dieser Kongreß hat laut seiner gedruckten Beschlüsse S. 4 beantragt: „Der Staat stellt unter „gesetzlich geordneter Betheiligung der Gemeinden aus der Zahl der „Geprüften die Lehrer der Volksschulen an."

Dieser Antrag des Lehrer-Kongresses wurde bei der zweiten Lesung der Grundrechte am 15. Dec. 1848 von der Nationalversammlung mit bedeutender Stimmenmehrheit wörtlich, wie es die Lehrer verlangten, angenommen. Daß der weitere Beschluß des Parlaments: „Oeffentliche Lehrer haben die Rechte der Staatsdiener" — den deutschen Elementarlehrern gilt, und, da die baierische Regierung ihre Bereitwilligkeit zur Annahme der Frankfurter Beschlüsse längst erklärte, zur Wahrheit werden muß, ist gar nicht zu bezweifeln.

Der Lehrer-Kongreß war also nicht nutzlos. Laßt uns nun aber als Vorkämpfer einer vernünftigen Freiheitsordnung, ermuthigt durch diese folgenreichen Errungenschaften, beharrlich und furchtlos fortschreiten um noch recht viel Ersprießliches für das allgemeine Wohl erringen zu helfen.

Zu diesem Zwecke wird hoffentlich jeder wackere öffentliche Lehrer den Lehrerkongreß-Beschlüssen gemäß zur möglichsten Verbreitung der neuen fränkischen Zeitung beitragen, der Redaktion Aufsätze und Notizen zusenden, Lesezirkel bilden und die endliche Herstellung der Distrikts-Lehrervereine zu bewirken suchen. B.

Δ (Eingesandt). Würzburg. Seit zwei Tagen liegen in dem Geschäftszimmer Nro. 1. des löblichen Stadt-Magistrats 2 Petitionen der hiesigen Weinbergbesitzer an die National-Versammlung und das bayr. Staats-Ministerium zur Betheiligung durch Unterschrift auf. Sie bezwecken den seitherigen Zollschutz, welchen die in Deutschlands produzirten Weine gegen die Einfuhr französischer und spanischer Weine genoßen haben, gegenüber den egoistischen Forderungen Norddeutschland, namentlich Hamburg, aufrecht zu erhalten. Wenn Norddeutschland keinen Wein produzirt, und sich nicht dabei interessirt glaubt, wenn dasselbe gerne die französischen und spanischen Weine zu sehr wohlfeilen Preisen trinkt, wenn es seinen Handel in diesen allerdings für ihn äußerst lebhaften Handelszweig möglichst frei und lebhaft fort erhalten möchte; so wollen wir ihm dieses um so mehr verzeihen, wenn wir das Sprichwort gelten lassen. „Jeder ist sich selbst der Nächste". Welches Interesse hätte aber dann Süddeutschland davon, eine deutsche Handelsflotte, und zu deren Schutz eine Kriegsflotte zu erhalten, wenn dasselbe nicht das Ganze, nämlich Deutschlands Größe und Einheit im Auge hätte? Süddeutschland hat seither, glaubt es mit Recht aussprechen zu dürfen, sich eben so durch freiwillige Beiträge für eine Kriegsflotte betheiliget als Norddeutschland. Es ist eine Lebensfrage für Süddeutschland den Schutzzoll auf Wein aufrecht zu erhalten, die Existenz von Millionen Menschen steht dabei auf dem Spiel. Um so unverzeihlicher muß man es daher finden, daß den obigen Petitionen bis jetzt so geringe Theilnahme geworden ist. Der Weinbau ist doch gewiß für ganz Franken eine der ersten Erwerbsquellen. Nicht allein der Weinbau ist dabei betheiligt, sondern auch der Wohlstand aller übrigen Gewerbtreibenden Frankens hängt wesentlich davon ab.

Bei der Wichtigkeit dieser Sache möchte daher eine allgemeinere Betheiligung der Petition, als sie in den ersten zwei Tagen fand, wohl noch zu wünschen und zu erwarten sein.

Ein Franke.

Schrannenpreis vom 23. Dezember 1848.

Getreid-Gattungen.	Höchster Preis			Mittl. Preis.			Tiefster Preis.		
	Schäffel	fl.	kr.	Schäffel	fl.	kr.	Schäffel	fl.	kr.
Weizen	1	14	20	171	13	18	3	12	—
Korn	3	8	20	62	7	58	10	7	15
Gerste	15	8	15	35	7	51	5	7	21
Haber	8	4	45	85	4	33	3	4	6

Färberei-Verkauf.

In einem freundlichen Landstädtchen am Main gelegen, ist ein in guten Gang befindliches Färbereigeschäft mit vollständiger Einrichtung hierzu, Familienverhältnisse wegen, unter annehmbaren Bedingnissen durch unsre Vermittlung ständlich zu verkaufen. Das dabei befindliche Haus ist dreistöckig, sehr geräumig, und mit allen zur Betreibung des Geschäfts benöthigten Lokalitäten versehen. Hierauf Reflektirende belieben sich portofrei zu adressiren an G. J. Michel.

Würzburg, den 23. Dezemb. 1848.

Pachtgesuch.

(1a) Eine Bäckerei in hiesiger Stadt wird zu pachten gesucht.

Das Nähere bei G. J. Michel.

Würzburg, 23. Dez. 1848.

Fremden-Anzeige.

Vom 24. Dezember 1848:

(Adler) Binder, Gutsbesitzer v. Gemünden. Krenig, Rentamtmann v. Homburg. Rettmayer, Schauspieler v. Wien. — (Kronprinz) Stein, Accessist v. Nürnberg. Gebr. Stöckel, Kaufl. v. Gotha. Rosenstrauß, Kfm. v. Schweinfurt. Fasolt, Kfm. v. Koburg. Lambert, Kfm. v. Hof.

Vom 25. Dezember 1848:

(Kronprinz) Se. Erl. Graf Schönborn-Wiesentheid mit Bed. v. Wiesentheid. v. Gersdorf, geh. Reggr. v. Eisenach. v. Poschinger mit Sohn v. Oberzwieselau. Eisig Wernecker, Pferdhändler v. Fürth. — (Wittelsbacher Hof) Ebermann, Kfm. v. Frankfurt a. M. Fecke, Oekonom v. Kirchfelden. Hausel, Jurist v. Karlsruhe.

Gestorbene.

Valentin Lang, Schiffreiterskind, 4 J. 6 M. alt.
Magdalena Gleis, Postkondukteurskind, 3 Jahre alt.
Christine Handler, Polizei-Soldaten-Frau, 42 J. alt.
Barbara Oestemer, Oekonomen-Frau, 75 J. 1 M. a.

Theater-Anzeige.

Mittwoch den 27. Dezember:

Der Barbier von Sevilla.

Komische Oper in 2 Akten. Musik v. Rossini. Herr Dupont, vom Theater in Köln, „Figaro" zum Debut.

Redaktion: A. Oestreicher. St. Gätschenberger. Druck von F. E. Thein.

Digitized by Google

Diese Zeitung erscheint täglich Nachmittags 2 Uhr, und kostet in ganz Bayern vierteljährig 1 fl. 30 kr. Bestellungen werden bei den kgl. Postämtern, sowie in der Expedition bei Hrn. Buchhändler K. Stecker in der Eichhorngasse gemacht.

Neue Fränkische Zeitung.

Inserate jeder Art werden zu 3 Kreuzer die dreispaltige Petitzeile berechnet, ausgenommen bei Abonnenten, deren Anzeigen bis zum Betrag der Hälfte des Blattpreises frei gehen. Briefe und Gelder werden portofrei erbeten.

Ein grundrechtliches Staatsbürgerblatt.

№ 4. Würzburg, Mittwoch den 27. Dezember 1848.

□ Die bayerischen Ministerien.

I.

Es wird nicht leicht ein Land geben, in welchem binnen so kurzer Zeit eine solche Masse von Ministern, verwesenden, wirklichen und verwesenen pilzmäßig aufgeschossen ist, wie in Bayern. Ist das gute Bayerland denn wirklich so unerschöpflich reich an ausgezeichneten, den hohen und schwierigen Ministerposten würdigen Männern, daß man nur wechseln läßt, damit eben die Reihe auch an Andere komme, oder ist das sprichwörtlich gute Bayernvolk auf Einmal, so unbändig und unregierbar geworden, daß kein Mensch es mehr ministriren kann? Oder hat etwa ein fabelhaft reicher Nabob in den Schrecken seines letzten Stündchens des Danaiden-Fasses gedacht, in welches seit Jahrzehnten die reichen Einkünfte des armen Bayernlandes geschüttet werden und dasselbe zum Erben seiner unerschöpflichen Goldminen eingesetzt, worauf nun Bayern, die Nothwendigkeit guter Minister wohl einsehend, sich entschloß einige Hunderttausende auf's Probiren zu verwenden, einen Ministerkandidaten nach dem andern zu versuchen und vielleicht binnen Monatsfrist zur Belohnung der Aufopferung, mit welcher er sich zum Minister angeboten und der ungeheuern Opfer, welche trotz der ephemeren Zeit seiner Experimental-Verwaltung von ihm dem Wohle des Landes dargebracht wurden, in das bayerische hôtel des Invalides, in den Staatsrath, mit der lächerlichen Kleinigkeit von einer Pension zu 3000 bis 6000 fl. (nicht Jeder ist ein Lerchenfeld) zu versetzen? Ei, warum denn nicht? wir haben's ja!

Doch genug des Humors, denn weiß Gott, der Ernst ist bitter genug. Seit Jahr und Tag, ein ewiger Ministerwechsel; und mit ihm, welch ein Wechsel der Systeme, oder besser, welche Schamlosigkeit und Ohnmacht! Aber kann denn ein Baum, der keine Wurzeln hat, dem Sturme trotzen, oder hat der erst eintretende junge Cadet die Kraft und Ruhe des erfahrenen Seemannes im Getobe der empörten Elemente oder in der sonst durch Umstände herbeigeführten verzweifelten Lage des Schiffes? Schlimmer Rath war es, was die Völker in die unheilvolle Lage der vergangenen Jahrzehnte gebracht hat; schlimmer Rath oder Rathlosigkeit ist's, was die herrliche Blüthe des Jahres 1848 zu verkümmern oder doch ihre Entfaltung zurückzudrängen droht. Offen und ehrlich, ohne Rückhalt die nicht zu läugnende Revolution anerkennen, den unterwühlten Boden des bestanden Habenden, aber mit dem Fortschritt der Zeit unverträglich Gewordenen bereitwillig, schnell und möglichst gut wieder ausfüllen, dann aber mit aller Kraft, gehoben und getragen durch die wohlverdiente Achtung des erwachten Volkes, die zeitgemäßen Gesetze handhaben — dies wäre die Sache unserer Minister in Bayern gewesen und gewiß, sie würden es in unserm Vaterlande, wenn auch nicht leicht, — doch gewiß leichter gethan haben, als irgendwo. Statt dessen aber allenthalben Muthlosigkeit, Rückhalt und was das Kläglichste ist, Erfahrungslosigkeit und halbe Maßregeln, und so mehren sich denn die Uebel, welche von der Höhe des Thrones herab — und aus den untern Volksschichten, hinaufsteigen, mit jedem Tage, und statt der im freundlichen, im lichten Sonnenstrahle gesetzlicher Freiheit erglänzenden Landschaft sieht man fast nichts mehr als Grau in Grau!

Aus dem lebendigen Wechsel in den Ministerindividualitäten des eben aushauchenden Jahres war endlich ein Ministerium hervorgegangen, von dem man hoffte, es werde das Thron und Volk umhüllende Dunkel siegreich durchbrechen und einen hellen und befriedigenden Blick von Oben nach Unten und umgekehrt möglich machen. Das Volk vertraute Männern wie Beisler, Heintz und Lerchenfeld und freute sich auf den nun wahrscheinlich zur verunglückten Spätgeburt sich gestaltenden bevorstehenden Landtag, der für diese Männer eine siegreich zu bestehende Feuer- und Wasserprobe geworden, mit seinem glücklichen Ausgange aber endlich ein länger dauerndes populäres Ministerium dem in der unseligsten Schwebe hängenden Lande gegeben hätte.

Ein geheimer giftiger Wurm hat auch diese Hoffnung zernagt, und Namen wie Abel, Armannsperg, Maurer, Schrenk, Wallerstein, Zu-Rhein tauchen jetzt aus dem Kandidaten-Chaos auf. O Bayern, ihr wollt eine neue bessere Zeit mit eurem Herzblute euch erkaufen und zu Lenkern melden sich nun diejenigen Männer, die, wenn sie ein Herzblut zu verspritzen haben, es nur für das Alte verspritzen. (Fortsetzung folgt.)

Inland.

§ München, 26. Dez. (P.-C.) Regierungspräsident Frhr. v. Schrenk hat das von Frhrn. v. Lerchenfeld niedergelegte und bis auf Weiteres in den Händen des Finanzministers Weygand ruhende Portefeuille des Ministeriums des Innern ausgeschlagen und bereits seine Rückreise nach Frankfurt a. M. wieder angetreten. Diese Ablehnung bewirkt ohne Zweifel, daß man auch heute noch nichts über das Schicksal der vom Grafen v. Bray, Weigand und Heintz eingereichten Entlassungsgesuche vernimmt. — Aus sehr guter Quelle erfahre ich, daß jetzt Professor Edel und Regierungspräsident Stenglein auf der Minister-Candidaten-Liste stehen; ersterer ein gemäßigt Liberaler aus der alten Kammer der Abgeordneten, Letzterer als Beamter rühmlichst, als Politiker wenig oder gar nicht bekannt. — Was das Gerücht von einer Annäherung zwischen Abel, der jetzt bei Hofe leider wieder in großer Gunst steht, und Wallerstein erzählt, ist ganz und gar aus der Luft gegriffen. Täuscht mich nicht Alles, so ist Fürst Wallerstein's Blick nach Frankfurt gerichtet, dort möchte er gerne einen Platz im Reichsministerio einnehmen.

München, 24. Dez. Gestern ist Frhr. v. Schrenk von Frankfurt kommend, hier eingetroffen. Man weiß noch nicht, ob er das ihm angebotene Portefeuille des Innern annehmen wird, und wenn, wie sich die übrigen Minister dazu verhalten werden! (A. Z.)

Würzburg am 26. Dez. Der in Nr. 1 der „Neuen Fränkischen Zeitung" enthaltene Artikel über die letzte Versammlung des Volksvereins bedarf theilweise einer Berichtigung. Es wurde nemlich in besagter Versammlung durchaus nicht über Gewerbefreiheit, sondern lediglich über den Antrag eines Mitgliedes verhandelt, der die Einladung zur Unterschrift bei einer Adresse bezweckte, die gegen eine etwa beabsichtigte einseitige Handelsfreiheit protestirte, so lange noch nicht von den Nachbarstaaten Deutschlands Gegenseitigkeit in dieser Beziehung gewährleistet sei. Es fielen in der Debatte allerdings auch einige Worte gegen Gewerbsfreiheit, aber nur gegen die unbeschränkte, absolute, die keine andere Qualifikation, als den Geldsack verlangt und daher am wenigsten geeignet ist, das Mißverhältniß zwischen Arbeit und Kapital auszugleichen zu helfen. — Daher mag nun wohl auch die Verwechslung in dem erwähnten Berichte herrühren.

K Kitzingen, 26. Dez. Das Gesetz über die Oeffentlichkeit der Gemeindeverhandlungen ist bereits allenthalben in Ausführung gebracht; fast überall in Bayern wird über das Wohl und Wehe der Gemeinden bei offenen Thüren berathen; warum entbehrt die hiesige Stadt noch dieser Einrichtung? — Auf häufige Anfragen dieser Art verbreitete sich das Gerücht, es werde diese Oeffentlichkeit auch hier eingeführt werden, sobald die Bestätigung der neugewählten Collegienglieder eingetroffen sein werde. Diese Bestätigung ist nun aber erfolgt, und noch ist keine Spur von einer derartigen Anordnung zu sehen. Unwiderstehlich drängt sich Einem deßhalb die Vermuthung auf, daß man das geheime Berathen auch für die Folge noch beizubehalten gedenkt, Angesichts der gegentheiligen Verordnung und trotz des erwachenden Volksbewußtseins; ja es sollen Mitglieder der hiesigen städtischen Collegien sich sogar dahin geäußert haben, daß sich die Oeffentlichkeit für K. nicht eigne. Was allenthalben als wünschenswerth erachtet wurde, und wonach man von allen Seiten schon Jahre lang gestrebt hatte, sollte hier nicht gut thun? Verrathen solche Aeußerungen nicht zu Genüge, wie es um unsere Gemeindevertretung steht, und wie wenig selbstständig der größere Theil derselben handelt, da er sich diesem=

Digitized by Google

gen, die die Oeffentlichkeit aus nur zu bekannten Gründen, nicht wollen, unbedingt anschließt, und so dazu beiträgt, daß es beim Alten bleibt, während der größere Theil doch sicher dem Fortschritt huldigt, aber nur deßhalb schweigt, weil er nicht den Muth hat, eine andere Meinung zu äußern, oder auch, weil er sich von dem allmächtigen Lenker der hiesigen Collegien blind leiten läßt? — Doch geben wir uns der Hoffnung hin, daß, sobald in der Ständekammer ein neues Gesetz über Gemeinde-Wahlen berathen sein wird, auch neue Wahlen vorgenommen werden, daß dann aber auch die Bürgerschaft sich ermannt und nach freier Ueberzeugung wählt, und sich nicht mehr, zu Parteizwecken mißbrauchen läßt; dann werden auch in die Gemeinde-Collegien Männer kommen, die den Muth haben, ohne Rücksicht und unparteiisch dem Fortschritt das Wort zu reden, und die nur das Wohl der Bürgerschaft im Auge habend, dahin zu streben bemüht sein werden, daß Kitzingen auch hinsichtlich der zeitgemäßen Einrichtungen seiner städtischen Verwaltung andern Städten sich gleichstellt. — Ueber die neue Eintheilung der Jagdbezirke werden hier auch viele mißbilligende Stimmen laut. Namentlich ist man nicht damit einverstanden, daß unsere ganze Markung rechts und links des Maines und der Bürgerwald, der allein einen großen Flächenraum einnimmt, zusammen nur einen Jagdbezirk bilden. Ich werde später ausführlicher darauf zurückkommen. Läuft diese Einrichtung nicht offenbar dem Gesetze vom 4. Juni zuwider? — Die hiesige Bürgerschaft hat sich gleichfalls an das deutsche Parlament gewendet, in einer Petition, in der sie sich gegen die in Vorschlag gebrachte Herabsetzung des Eingangs-Zolles auf französische Weine ausspricht, indem sie gleich dem Würzburger Magistrate, darin den Ruin unseres fränkischen Weinbaues und aller davon abhängenden Erwerbszweige erblickt.

Wien, 21. Dez. Der k. k. Obrist Andriaffsky, welcher das Oberkommando über die deutsche Reichsflotte übernehmen soll, ist bereits nach Frankfurt abgereist. Frhr. v. Doblhoff soll für den Gesandtschaftsposten im Haag bestimmt sein. — Die Wiener Post vom 22. Dez. brachte noch keinen Bericht von der Operationsarmee in Ungarn. Man erwartete, daß es unverweilt bei Raab zu einer großen Schlacht komme. In Wien hatte das Verbot aller Carnevalsfreuden die peinlichste Stimmung verbreitet. Der Reichstag in Kremsir hatte die 80 Millionen dem Ministerium bewilligt, im übrigen die Anträge des Finanzausschusses angenommen. (Allg. Z.)

Wien, 20. Dez. Die Wiener Zeitung bringt heute wieder in ihrem amtlichen Theile zwei Manifeste. Das letztere ist vom Kaiser Franz Joseph, und den wesentlichen Inhalt desselben bildet die Billigung und Bestätigung der gegen die Ungarn unter der Regierung Kaiser Ferdinands ergriffenen Maßregeln, sowie die Bestätigung der an den Fürsten Windischgrätz übertragenen Stelle und Würde.

E **Berlin**, 24. Dez. (P.-C.) Die neue Eintheilung Berlins in Wahlbezirke ist beinahe vollendet, und ist durch dieselbe das Agitations-Netz, welches nach Maaßgabe der früheren Wahlbezirke von rechts- und linksher ausgeworfen war, nicht unerheblich zerrissen worden.

E **Berlin**, 23. Dez. (P.-C.) Der Bericht, welchen die zur Prüfung der Finanz-Verwaltung und der Staatsschatz-Rechnung von der aufgelös'ten National-Versammlung niedergesetzte Commission unter dem 3. Nov. erstattete, ist von der Opposition vielfach im Parteisinne benutzt worden, um damit den Beweis einer im Staatshaushalt geduldeten übermäßigen Verschwendung zu führen. Wir geben die Ergebnisse der von der Commission vorgenommenen Prüfung dem Wortlaute des Berichtes gemäß. Dort heißt es unter der Ueberschrift „Allgemeine Bemerkungen" (Seite 24) wie folgt: Die in dem Vorstehenden gemachten Ausführungen führen zu folgenden Schlüssen: 1. Die Rechnungslegung ist sehr verwickelt und gewährt keine hinreichende Uebersicht, es erscheint eine Vereinfachung derselben dringend nöthig. 2. An Geldmitteln zur Bestreitung der außerordentlichen Ausgaben fehlt es der General-Staatskasse vorläufig nicht, und 3. die Bedürfnisse sind in den letzten Jahren sehr gestiegen, fast in allen Zweigen der Verwaltung haben die Ausgaben sich bedeutend vermehrt, so daß die Einnahmen für Deckung der Ausgaben nicht mehr zureichen. Bei Feststellung des Etats pro 1849 wird es nicht schwer sein, ansehnliche Ersparnisse nachzuweisen und dadurch die Finanzen in eine bessere Lage zu bringen, ohne daß eine Erhöhung der Abgaben nöthig wird. — Gestern ist im Staats-Ministerium beschlossen worden, die Versammlungen zu den Wahlen hiesigen Orts, trotz des Belagerungszustandes zu erlauben unter der Bedingung, daß nur Wahlberechtigte zugelassen werden, daß man die Discussion in den Schranken der Mäßigung halten und stets einem Beamten der Zutritt zum Versammlungslokale gestattet bleibe.

Berlin, 24. Dez. Der Minister der Unterrichts-Angelegenheiten hat eine Verfügung an sämmtliche Provinzial-Schulcollegien und Regierungen erlassen, worin denselben aufgegeben wird, über die Schullehrer zu wachen, daß sich diese aller Meinungsäußerungen während der Verwaltung ihres Amtes enthalten, welche der bestehenden Verfassung des Landes entgegen sein würden. Gegen einen Mißbrauch des Lehramts soll mit unnachsichtlicher Strenge auf dem Wege der Dienst-Disciplin eingeschritten werden. Was dagegen der Lehrer sich außerhalb seines Amtes in politischer Beziehung zu Schulden kommen lassen wird, verfällt den Gerichten.

Berlin, 21. Dez. Die Nachricht vom Ausscheiden der HH. v. Schmerling, Andrian und Würth aus dem Reichsdienste hat hier sehr befriedigt. In wohlunterrichteten Cirkeln will man nicht nur von der noch bevorstehenden Abdankung des Reichsverwesers wissen, sondern auch daß der König die Ablehnung der ihm angebotenen Kaiserkrone beschlossen hat. Es wird aller Wahrscheinlichkeit nach bei einem Präsidenten der Reichsgewalt bleiben. Die hier im Betreff der Reichsangelegenheit gefaßten Beschlüsse sind nicht ganz außer Zusammenhang mit Verhandlungen, die neuerlich zwischen Olmütz, Petersburg und Sanssouci stattfanden, und gewiß ist, daß die drei Höfe wieder in so inniger Freundschaft stehen wie vor dem März, eine Freundschaft, welche durch die Präsidentenwahl in Frankreich eher verstärkt als gelockert wird, da die Wahl Bonaparte's statt des ehrlichen Republicaners Cavaignac offenbar die Hinneigung zur monarchischen Verfassung bekundet. Auch das scheinbare Aufstellen großer Streitkräfte an der russischen Gränze gehört mit zum Plane, indessen ist die gefürchtete russische Streitmacht an den polnischen Gränzen wirklich nur scheinbar. Tieferblickende wissen längst, daß Rußland gerade, wenn Polen von Truppen entblößt ist, die Grenzen durch fliegende Corps verschließen läßt, so daß man glaubt, es sei das ganze Land voll Soldaten und, wie der vulgäre Ausdruck klingt, es starre von Bajonetten. Rußlands Aufmerksamkeit und sogleich seine Streitmacht ist südlich und südöstlich gerichtet, wo an der Donau, in Kleinasien, in Persien und vielleicht gar im Pendschab sich Kampfplätze erheben könnten, im Königreiche Polen dagegen ist es verhältnißmäßig schwach, und die an der Gränze herumschwärmenden Kosaken sind da, die Schwäche zu verbergen, nicht die Stärke zu bewähren. (A. Z.)

Stettin, 18. Dez. Der Bau von 33 Kanonenschaluppen soll sofort in Angriff genommen werden, damit dieselben bis zum 1. April vom Stapel laufen können. Die Stärke unserer Marinemannschaft soll zugleich im Frühjahr auf 2000 Mann gebracht werden. (Ostſ. Z.)

C. C. Aus Mainz wird uns berichtet, daß daselbst allerlei Vorbereitungen getroffen werden, die auf die Absicht schließen lassen, die Festung in vollen Vertheidigungszustand zu setzen; es werden Dächer abgedeckt, die Bäume auf den Glacis umgehauen u. s. w. Diese Vorbereitungen stehen offenbar im Zusammenhange mit den Befürchtungen, welche die Wahl Louis Napoleons zum Präsidenten Frankreichs hervorgerufen hat.

Wiesbaden, 23. Dez. In der gestrigen, vor der Vertagung bis zum 8. Januar, letzten Sitzung der Deputirtenkammer erklärte M.-Präsident Hergenhahn, die Regierung könne der kleineren Grundbesitzer und ärmeren Handwerker halber dem Zehntgesetz, wie es am 13. Sept. und wiederholt am 9. Dez. mit zwölffachem Betrag der Ablösung und 5pCt. beschlossen worden sei, die Genehmigung nicht ertheilen, sei aber des Friedens halber bereit, den v. Eck'schen Antrag mit vierzehnfachem Betrag und 4pCt. Zinsen anzunehmen, falls die Sache noch in der gegenwärtigen Sitzung zum Abschluß komme. Die Kammer ging gegen 5 Stimmen darauf ein, und so ist diese wehenreiche Zehntablösung endlich zu einem befriedigenden Resultat gelangt.

Lübeck, 21. Dez. Unser neu gewählter Bürgermeister Bremer wird nicht sofort an die Spitze unserer Regierung treten, sondern wieder nach Frankfurt gehen, da das hiesige kaufmännische Interesse, wenn es nicht gänzlich vernachläßigt werden soll, auch von unserem Regierungs-Bevollmächtigten wahrgenommen werden muß. (B.-H.)

Frankfurt, 25. Dez. Dem Vernehmen nach sind sämmtliche Regierungsbevollmächtigte der Einzelstaaten bei Herrn von Gagern zu einer Berathung über die Veröffentlichung der Grundrechte in denselben zusammengetreten. Der österreichische Bevollmächtigte soll dabei erklärt haben, daß die hier beschlossenen Grundrechte auf Oesterreich keine Anwendung finden könnten. Hannover — so wird uns weiter berichtet — habe in der bereits bekannten Art protestirt; der bayerische Bevollmächtigte ausweichend erklärt, daß er mit keiner Instruktion versehen sei; Camphausen aber sich dahin ausgesprochen, wie er nicht glaube, daß die sofortige Publicirung der Grundrechte durch die preußische Gesetzsammlung irgend einen Anstand finden werde. In entsprechender Weise sei die Antwort der übrigen Bevollmächtigten ausgefallen.

— — — Hinter dem Herrn von Schrenk erblickt das beängstigte Publikum die bleichen Gestalten eines Abels und eines Obercamps. Mit der Inful und dem Kreuz soll der Exorcismus des Märzteufels vorgenommen werden. Offiziell wird jedoch diesem widersprochen, indem nicht im mindesten davon die Rede sei, an den März-Zusicherungen etwas zu kürzen. Bayern werde jederzeit seine ächt deutsche Gesinnung bewähren. Letzteres will zwar nicht viel sagen, wenn man an die früheren Proben des bayerischen Patriotismus denkt, der sich jederzeit stark blau und weiß dargestellt hat. Es wäre indessen diesen Worten Glauben beizumessen, wenn in der hiesigen Oberhaupts-Frage, sonst auch österreichische genannt, nicht ein sonderbares Bundniß zwischen der bayerischen katholischen Partei und unserer Linken bemerkbar wäre. Letztere könne indeß leicht dabei den Kürzeren ziehen, da sie an Voraussicht jener Partei nicht zurücksteht, welche mit der Klugheit der Schlange die Sanftmuth der Taube verbindet. (F. J.)

Digitized by Google

Frankfurt, 25. Dez. Was wir bisher nur vermutheten, wird jetzt zur Gewißheit. Wir erfahren aus zuverlässigen Nachrichten, daß Frankreich seine entschiedene Meinung über die europäischen Fragen aussprechen will, zunächst in Italien. Den Inhalt dieser Meinung können wir noch eben so wenig mit Bestimmtheit angeben, wie die Mittel und Organe, durch welche sie sich geltend machen will. Vermuthungen darüber sind aber nicht schwer, da wir zugleich erfahren, daß Thiers die Fäden lenkt, obgleich das neue Cabinet in Paris auch Männer des Friedens besitzt. Es läßt sich nun denken, daß Frankreichs thätigeres Auftreten unmittelbar auch Rußland aus seiner beobachtenden Stellung herausrufen wird, und zwar ersteres gegen, letzteres für Oesterreich. England wird zwar diesem ihm erwünschten Gegentheile einer französisch-russischen Allianz ruhig und neutral zusehen, aber nur so lange die neuen Schwingungen und Schwankungen des europäischen Gleichgewichts seine Kreise unberührt lassen, was voraussichtlich nicht lange währen dürfte. Wir glauben namentlich versichern zu dürfen, daß Englands Neutralität aufhören wird, sobald Deutschlands Einheit und politisches Daseyn von außen her bedroht wird. Die inneren Feinde seiner Einheit und Kraft: den Particularismus seiner Dynastien, Kamarillen, Bureaukraten, schwarzen und rothen Jesuiten, den Philisterpatriotismus der Volkszweige selbst gegen den gemeinsamen Stamm, ohne dessen Kräftigung sie doch alle verdorren würden — diese Feinde muß Deutschland selbst ohne fremde Hülfe besiegen, und zwar bald, wenn es nicht wieder der Hörige, der Spielball fremder Politik werden will.

Ausland.

Rom, 13. Dez. Nicht leicht hat eine politische Partei eine so schmählige Niederlage erhalten als im gegenwärtigen Augenblick das Priesterregiment. Die Beschlüsse der Deputirtenkammer vom 11. Dez., durch welche eine provisorische Junta bis zur Rückkunft des Papstes eingesetzt wird, sind einem Sieg mit gewaffneter Hand gleich zu achten. Sie weisen alle Fehler, zu welchen die Diplomatie Pius IX. verleitet, für die sie sich durch Bethätigung seiner Flucht verantwortlich gemacht, so bündig, so schlagend nach und halten bei Herstellung der fehlenden dritten Gewalt des constitutionellen Gouvernements so viel Mäßigung ein, daß selbst die heftigsten Feinde der liberalen Partei sich dankbar bezeigen müssen. Der Papst war davongegangen, ohne einen Stellvertreter zurückzulassen, die von ihm ernannte Commission hat ihre Annahme auf keine Weise kundgegeben, der König von Neapel verwehrt einer Deputation, aus den beiden gesetzgebenden Körpern gewählt, den Zutritt zum ehrerbietigst angesuchten Fürsten, alle Verhandlungen sind abgebrochen, Anarchie und Bürgerkrieg drohen, der Staat ist zur Selbsterhaltung gezwungen: also muß ein solcher Schritt geschehen und man thut ihn mit aller Wahrung des Anstandes und der Schicklichkeit, selbst mit Anerkennung der nominellen Rechte des Landesfürsten. — Die Zahl der neuangestellten, zum Theil hoch besoldeten Beamten ist sehr beträchtlich, und da Noth nicht blos Beten lehrt, sondern auch zur Arbeit zwingt, so wird man alsobald zur Benützung der bedeutenden Hülfsquellen schreiten, die seit Jahrtausenden unbenutzt in diesem schönen Lande verrinnen. D. Z.

Rom, 16. Dez. In Civitavecchia werden Zimmer hergerichtet, welche zum Empfang des Papstes bestimmt scheinen. Wird man in die Bahnen des konstitutionellen Rechts zurücklenken und eine Stelle gewinnen wollen, von welcher aus Unterhandlungen zwischen Fürst und Volk allein mit Würde geführt werden können? Sowie es einerseits frevelntlich gehandelt ist, wenn eine Faction gegen einen schutzlosen Regenten die materielle Gewalt geltend macht und zu erzwingen versucht, was sich nur mit geistigen Waffen rechtmäßig erringen läßt, so ist es natürlich auf der andern Seite ebenso unschicklich, sich hinter feindliche Wälle zurückzuziehen und auf diese Weise Repressalien zu brauchen, die nur Erbitterung hervorrufen können. Die Ordnung und auch die materielle Ruhe läßt sich mit fremden Bajonetten allerdings wieder herstellen, der innere Friede aber, ohne welchen man in unseren Zeiten nicht wird leben wollen, nicht.

Paris, 22. Dezember. (Pr.-Cor.) Die Nationalversammlung hat durch die gestrige, ganz unhaltbare und zwecklose Sitzung die Ueberzeugung erlangt, daß eine kurze Suspension ihrer Sitzungen unumgänglich nothwendig sei und sofort den Vorschlag des Präsidenten, die öffentlichen Sitzungen bis zum 26. d. auszusetzen und nur in den Bureaux zu arbeiten, mit Acclamation angenommen. Am 26. findet die Discussion über die Herabsetzung der Salz-Steuer statt, die, dem Antrage der Regierung gemäß, erst am 1. Januar 1850 eintreten soll, während die öffentliche Meinung die Verminderung dieser lästigen Steuer schon mit Neujahr fordert; — wahrscheinlich wird als Mittel-Termin der 1. Juli 1849 angenommen werden. Durch diese Suspension der parlamentarischen Arbeiten gewinnt die neue Verwaltung auch Zeit, sich in den laufenden Geschäften zu orientiren und sich über die wichtigsten der vorliegenden Fragen zu verständigen.

Der Moniteur enthält folgende Ernennungen der neuen Verwaltung: Generalprocurator der Republik, Herr Baroche, Generaldirector der Posten, Herr Ed. Thayer, General-Inspector der Finanzen, Herr Chappries, Präfekt der Seine, Herr Berger.

Herr Laissac, Generalprocurator von Montpellier, Herr Caylus, Präfekt der Marne, Oberstlieutenant Charras, Unterstaatssecretair des Krieges, Herr Oreilly, Generalsecretair der Polizeipräfectur, haben ihre Entlassung gegeben.

Die Mehrzahl der Journale sprechen sich für die neue Verwaltung günstig aus; man erwartet sie am Werke und will sie erst nach ihren Handlungen beurtheilen. Die Zeit der systematischen Opposition quand même ist in Frankreich vorüber; man hat die Erfahrungen der letzten achtzehn Jahre vor sich, und erinnert sich an das unfruchtbare Treiben der ehemaligen Linken, die jetzt selbst am Ruder ist.

Paris 23. Dez. Man versichert, daß Jerome Napoleon Bonaparte als Botschafter nach London geht. Herr Bastide hat diesen ihm angetragenen Posten, so wie alle andern abgelehnt. Man erwartet am 26. die großen Veränderungen im Diplomatischen Corps. Man kündigt ferner die Ernennung des Exkönigs Jerome zum Gouverneur der Invaliden und des Marschalls Molitor zum Großkanzler der Ehrenlegion an. — Die Liberté zeigt an, daß der Präsident bei der morgigen Revue die Uniform der Nationalgarde tragen werde und daß er seine Cousins Jerome und Pierre zu Obersten des Generalstabs der Nationalgarde ernannt habe. — Ueber die drei Candidaten für die Vicepräsidentschaft scheint noch nichts entschieden zu sein; man nennt alle möglichen Namen, von Cavignac bis auf Barrot und von Thiers bis Lamartine, doch dürfte die Wahl des Präsidenten und der Versammlung zuletzt doch wohl auf Franz Arago fallen.

***Bern**, 19. Dez. Gestern ist in unserem Kanton ein Institut in's Leben getreten, das wie kein anderes geeignet ist, das Schulwesen zu heben, nämlich die **Berner Schulsynode**. Die Verfassung räumt ihr das Vorberathungs- und Vorschlagsrecht in allen Schulsachen ein; kein bleibendes Schulgesetz darf erlassen, keine das Schulwesen betreffende wichtige Einrichtung darf getroffen werden, ohne daß vorher die Synode ihr Gutachten darüber abgibt. Alle an öffentlichen Schulen angestellten Lehrer, mit Ausnahme der Hochschule, wählen frei aus allen Staatsbürgern auf 10 Lehrer ein Mitglied in die Synode. Die Wahlen sind vor einigen Tagen beendigt worden und im Ganzen gut ausgefallen. Außer den tüchtigsten Kräften im Lehrerstande sind die hervorragendsten Köpfe des großen Raths und der Regierung gewählt worden, so daß Alles, was in der Synode von Fachleuten in Verbindung mit den Männern aus dem Volke berathen und vorgeschlagen wird, in den obersten Räthen des Landes seine gut instruirten Vertheidiger findet. Unserem Schulwesen steht demnach eine radikale Reform bevor. Nachdem in der gestrigen Synode der Alterspräsident, Prof. Dr. **Vogt** von Gießen, seit einem Jahre naturalisirter Berner, die Versammlung eröffnet und der Erziehungsdirektor derselben mitgetheilt hatte, daß die neuen Gesetzesvorschläge über die Reorganisation des Primar- und Bezirksschulwesens nach Neujahr dem Vorstand der Synode vorgelegt werden sollen, wurde zur Wahl der 9 Mitglieder des Vorstandes geschritten, welcher eigentlich eine Art Schulrath bildet. In denselben wurden 6 Lehrer und 3 Nichtlehrer gewählt. Hiermit war die Aufgabe der ersten Sitzung gelöst. Sobald nun der Vorstand die neuen Gesetze erhalten hat, muß derselbe sie an die Kreisversammlungen zur Diskussion schicken, deren Bericht dann mit einem kritisirenden Kommentar der Vorstand der Synode vorlegen muß, und dann erst gelangen sie vor den Regierungsrath und großen Rath.

Pensions-Institut für Wittwen und Waisen der Lehrer in Unterfranken und Aschaffenburg.

Dieses Institut wurde im Jahre 1821 ins Leben gerufen und kam bald zu Kräften, da in den ersten Jahren nur geringe Pensionen zu zahlen waren. Im Jahre 1832 betrug das Vermögen bereits 63,000 fl. obgleich nach einem allgemeinen verbreiteten Gerüchte eine nicht unbedeutende Summe verloren gegangen war. Dieses mag die Veranlassung gegeben haben, daß im Jahre 1832 nach einer allerhöchsten Anordnung den Lehrern Antheil an der Verwaltung des Instituts gegeben wurde. Zu dem Ende war damals von sämmtlichen Lehrern aus ihrer Mitte ein Ausschuß von 6 Mitgliedern und 6 Ersatzmännern gewählt worden, welche jährlich berufen werden sollten, um von der Rechnung Einsicht zu nehmen und die übrigen Verhältnisse des Instituts zu überwachen. Das Resultat der ersten Wahl verkündete das Kreis-Intelligenzblatt von 1832 Nro. 96. Dieser Ausschuß, welcher alle 6 Jahre erneuert werden sollte, wurde im Herbste 1832 zum Ersten — und — **Letztenmal** berufen, und bis heute hat keine neue Wahl Statt gehabt. Warum diese Anordnung sogleich wieder verlassen und stillschweigend aufgegeben wurde, hat Einsender dieses nicht erfahren können. Das Institut ist nun aber den Lehrern sehr wichtig, da es größtentheils aus ihren kümmerlich erübrigten Beiträgen gegründet und beinahe die einzige Stütze ihrer Hinterbliebenen ist; es ist ihnen demnach zu werthvoll, als daß sie die Sache gleichgültig ansehen könnten. Das Institut war bisher das einzige Bindungsmittel der Lehrer und mit Liebe wurden die Opfer der Entbehrung gebracht. Der Name des Gründers (des **Kreis-Schulraths Riel**) wird mit Dank genannt und sein Andenken in Segen bleiben. Gegenwärtig hat die Anstalt über 100,000 fl. Vermögen und die Beiträge sind in der jüngsten Zeit bedeutend erhöht worden. Eine Erhöhung der Unterstützung dürfte daher den Statuten gemäß wohl bald eintreten, und kann den

Digitized by Google

Kräften des Instituts nicht beschwerlich sein, da wohl anzunehmen ist, daß die Zahl der Unterstützenden auf ihrem Höhepunkte angekommen sein muß. Wo immer Lehrer zusammen kommen, wird von dieser Sache gesprochen, und es ist allgemeiner Wunsch, diese Angelegenheit möge auch höhern Ortes zur Sprache gebracht werden.

Das Recht der Theilnahme an der Verwaltung, schon durch den Ursprung und die Natur des Eigenthums begründet, wurde ja bereits durch die allerhöchste Anordnung von 1832 förmlich anerkannt. Möchte recht bald diesem Rechte genügt, den allerhöchsten Bestimmungen entsprochen und manches besorgte Gemüth beruhigt werden!

Am Jahresschlusse 1848. Bt.

Allerlei.

Im März bis April hatten wir unsere Revolution. Das war der letzte Monat, in dem ein R ist. In den Monaten ohne R sind bekanntlich die Krebse am Besten. Das hat sich wieder bis zum September glänzend bewährt.

Manchen Frauen ist nicht wohl, wenn sie nicht krank sind. So fühlen sich manche Bürger nicht frei, wenn sie nicht unter der Controle der Polizei stehen.

Die Süddeutschen wollen einen hohen Schutzzoll für Deutschland, die Norddeutschen sind größtentheils für den Freihandel. Die jüngste politische Annäherung der Süddeutschen an das ihnen so verhaßte Preußen rührt wahrscheinlich daher, weil der König von Preußen ein Hohenzoller ist.

Heute Mittag geh' ich spazieren mit meinem Freund Frischer; da seh' ich einen von unseren Deputirten aus X. herauskommen, der sich wahrscheinlich über einen merkantilischen Weinbauvereinsgegenstand sehr erhitzt hatte, und dessen Nase offenbar zur rothen Republik gehörte, während er keineswegs gerade auf sein Ziel losging, sondern in seinen Bewegungen sehr schwankend war. „Ist das nicht einer von den Männern, fragte ich Frischer, die uns vertreten sollen?“ „„Ja wohl, entgegnete er, er ist eben im Tritt.““

Ein Deputirter hat die Gewohnheit, fast alle seine unnützen Redereien so anzufangen: „Ich bin persönlich für .....“ Einer von seinen Collegen sagte von ihm: „Dieses persönliche Fürwort ist außerdem ein sehr langweiliges Neben- und Umstandswort, aber niemals ein Hauptwort, noch weniger ein Zeitwort, kurz für sein Vaterland Nichts weiter, als ein Zahlwort.

Bei den Wahlen nach Frankfurt saß neben mir ein Urwähler mit einer Jacke, die an den Ellenbogen auch nicht ganz zugenäht war. Sie hatte mehrere bunte Abtheilungen, und überhaupt war sein ganzer Anzug sehr patriotisch, indem er einen ziemlich deutlichen Begriff von Deutschland gab. — Dieser Mann schrieb auf seinen Zettel bei der ersten Wahl „Lehmann“ und bei allen engeren Wahlen immer wieder „Lehmann“, obschon ich, der ich mich doch schon darum bekümmert hatte als Staatsbürger, weder einen Lehmann hatte sprechen, noch einen Lehmann als Candidaten hatte vorschlagen hören. Endlich frage ich den Mann mit der Jacke, die an den Ellenbogen noch nicht zugenäht war: „Sie entschuldigen, sagte ich, mein Herr! Der Lehmann, den Sie immer aufschreiben, das ist wohl ein sehr bedeutender Mensch?“ „„Das bin ich selber,““ antwortete mir der Mann. „Wie so? sage ich, wünschen Sie nach Frankfurt am Main zu kommen?“ „„Ja, antwortete der Mann mit einem ernsten aber gutmüthigen Gesicht, weil ich da Bescheid weiß. Ich kenne da Alles, weil ich schon früher einmal als Geselle in Frankfurt gearbeitet habe.““ K. V.

Ankündigungen.

(Verspätet eingesandt.)

Zur Beachtung für die Gemeinden.

(2a) Zu den März-Errungenschaften gehört namentlich auch die Aufhebung des Jagdrechtes auf fremdem Grund und Boden.

„Das Jagdrecht steht den Grundeigenthümern zu,“ sagt das dießfallsige Jagdgesetz in Art. 1, und die Gemeinden üben in der Regel Namens der Grundeigenthümer das Jagdrecht durch Verpachtung aus,“ in Art. 2.

Nun pachtet der bisherige Pächter, der vielleicht häufigen Anlaß zu gerechten Klagen der Grundeigenthümer gegeben hat, denselben Jagdbogen wieder und hält seine alten Jagdaufseher. Was hat so die Gemeinde, resp. der Grundbesitzer gewonnen? Nichts, als einige Gulden Pachtgeld zu Gunsten der Gemeindekasse. Die alten Uebelstände dauern fort, enorme Geldstrafen, Zuchthaus, Plassenburg rc. treffen den armen Unglücklichen, der sich beigehen läßt, einen Hasen zu schießen zu seiner und seiner Familie Nahrung; und überdieß werden die alten Klagen über den durch das überhandnehmende Wild verursachten Schaden wieder auftauchen.

In Eurer Hand steht es jetzt, Ihr Gemeinden! bei der bevorstehenden Verpachtung Eurer Jagdbezirke dem Wiederkehren dieses alten Jagdsystems vorzubeugen.

Pachtet die Jagd auf Eueren Markungen selbst und übt das Jagdrecht durch gehörig geordnete Theilnahme der Gemeindeglieder aus; sorgt dabei für die nöthige Aufsicht durch aufzustellende Jagdaufseher, und die hiefür von Euch abzufassende, streng einzuhaltende Jagdordnung wird vor Unordnung in Euren Gemeinden schützen.

An Lehrer und Lehrervereine.

Der unterfränkische Kreisschullehrer-Verein macht hiermit die Mittheilung, daß sich demselben bis jetzt die Bezirks-Schullehrer-Vereine von Ebern, Würzburg, Haßfurt und Kissingen in sehr erfreulichen Anschreiben angeschlossen haben. Dem baldigen Beitritt aller andern Bezirks-Schullehrer-Vereine in Unterfranken sieht man vertrauensvoll entgegen. — Der Kreis-Schullehrer-Verein hat sich bereits an den Central-Lehrer-Verein gewendet, um eine Petition an die Kammer der bayerischen Abgeordneten vorzubereiten, und es ist zu hoffen, daß auch nicht ein einziger Schullehrer in Unterfranken die Unterschrift dieser Eingabe versäumen wolle. Nur Einheit der Forderungen mit vereinter Kraft sichern einen guten Erfolg!

Schweinfurt den 23. Dez. 1848.

Der prov. Vorstand des unterfränkischen Kreis-Schullehrer-Vereins.

Anzeige.

Einem hochverehrlichen hiesigen und auswärtigen Publikum zeige ich hiermit ergebenst an, dass zu dem bevorstehenden **Neujahrsfeste** mein Lager in den nachstehenden Gegenständen reichhaltig assortirt ist.

Alle Sorten in **goldenen** und **silbernen Uhren** für **Damen** und **Herren**, mit Spindel-, Cylinder- und Ankergängen.

Stock-Uhren in feinem Bronce, Porcellain, Alabaster und feinen Holzkästen, mit halb- und Stunden, auch viertel- und Stunden schlagenden, 30 Stunden, 10 und 16 Tage gehenden Werken, dessgleichen auch Uhren in fein vergoldeten Rahmen.

Ich verbürge beste und feinste Qualitäten in jeder Beziehung, die möglich billigsten Preise und Wecke, die auf das Kunstgerechteste repassirt (abgezogen) sind, unter ein- und zweijähriger Garantie.

Eine grosse Auswahl Döbereiner'scher Zündmaschinen von **1 fl. 45 kr.** im Preise steigend bis zu **12 fl.**

Aromatische Glüh-Lampen nach Davy, in den feinsten geschliffenen Gläsern, von **2** bis **7 fl.**

Es empfiehlt sich zu zahlreichen Aufträgen

Joseph Böschl,
Uhrmacher und Mechanikus.
Lt. Dute, Nr. 109., Plattnersgasse.

Den HH. Buchbindermeistern, sowie den HH. Lotto-Einnehmern, mache ich hiermit die ergebenste Anzeige, daß Schriften aller Art in großer Auswahl bei mir im Innerngraben Nr. 161 zu haben sind.

Schriftgießer **Carl Truckenmüller.**

Färberei-Verkauf.

In einem freundlichen Landstädtchen am Main gelegen, ist ein in guten Gang befindliches Färbereigeschäft mit vollständiger Einrichtung hiezu, Familienverhältnisse wegen, unter annehmbaren Bedingnissen durch unsre Vermittlung stündlich zu verkaufen. Das dabei befindliche Haus ist dreistöckig, sehr geräumig, und mit allen zur Betreibung des Geschäfts benöthigten Lokalitäten versehen. Hierauf Reflektirende belieben sich portofrei zu adressiren an **G. J. Michel.**

Würzburg, den 23. Dezemb. 1848.

Pachtgesuch.

(1a) Eine Bäckerei in hiesiger Stadt wird zu pachten gesucht.

Das Nähere bei **G. J. Michel.**

Würzburg, 23. Dez. 1848.

Buß-Journal.

Schweinfurts Protestantenfresser
Wetzt schon auf's Neujahr sein Messer,
Hoffend, daß er Maus und Mann
Schlachten, braten, fressen kann.

Anti-Omni-Buß.

Toiletten-Cartonagen u. Etuis,

welche, mit den feinsten Seifen, Oelen und Parfümerien gefüllt, sich in ihrer Eleganz passend zu Weihnachts- und Neujahrs-Geschenken eignen, sind wieder gleich den Vorjahren, in reicher Auswahl bei mir vorräthig und werden ihrer Billigkeit wegen gewiß Anerkennung finden.

J. Köhl.

Fremden-Anzeige.

Vom 26. Dezember 1848:

(Adler) de Bryen, Kaufm. v. Aachen. Strauß v. Breslau. (Kronprinz) Köster v. Mannheim. Mayer v. Nurnberg. van Droop v. Amsterdam. Graf Berskin v. Galizien. Dr. Rohlfs v. Frankfurt. (Russ. Hof) Kraufold, Kreis- u. Stadtgerichts-Direktor v. Ansbach. Fertenbach, Bau-Conduktenr v. Schweinf. (Wittelsb. Hof) Driesler, Wegmeister v. Neustadt. Mochers, Kfm. v. Koblenz. Baron v. Strelitz, Privatier v. Hildesheim. Toucher, Baukonduktenr v. Regensburg (Würtemb. Hof) Mainer, Räthin m. Fam. v. Freiburg. Nicola, Kfm. v. Schweinfurt. Schlett, Kfm. v. Magdeburg.

Gestorbene.

Katharina Pfreundschuch, Oekonomenwittwe, 80 J. alt. — Katharina Theresia Rheinisch, Rechnungs-Kommissärs-Raths-Gattin, 72 J. alt.

Redaktion: A. Oestreicher. St. Gätschenberger. Druck von F. E. Thein.

Digitized by Google

Diese Zeitung erscheint täglich Nachmittags 2 Uhr, und kostet in ganz Bayern vierteljährig 1 fl. 30 kr. Bestellungen werden bei den kgl. Postämtern, sowie in der Expedition bei Hrn. Buchhändler K. Stroefer in der Eichhorngasse gemacht.

Inserate jeder Art werden zu 3 Kreuzer die dreispaltige Petitzeile berechnet, ausgenommen bei Abonnenten, deren Anzeigen bis zum Betrag der Hälfte des Blattpreises frei gehen. Briefe und Gelder werden portofrei erbeten.

Neue Fränkische Zeitung.

Ein grundrechtliches Staatsbürgerblatt.

№ 5. Würzburg, Donnerstag den 28. Dezember 1848.

□ Die bayerischen Ministerien.

(Fortsetzung.)

II.

Seht an die schadhaften Stellen eueres Staatslebens; die genannten Männer haben sie entstehen oder doch wenigstens ungebessert fortbestehen lassen. Die Systeme eines Abel, Armannsperg und Wallerstein sind es, auf welchen endlich nach langem, langem Keimen die Märzerrungenschaften **nicht gemacht, sondern geworden sind**, die Systeme eines Schrenk, Maurer, Zu-Rhein aber sinds, die wie ein giftiger Samum über die junge Saat hinzingen, ihre frische Entwiklung ertödend!

Und nun steht ihr staunend da, mit gelähmter Zunge und denkt: Ist's denn nur möglich, daß solche Männer wieder an das Ruder kommen in unserm Baiern, in einem Lande, wo das Volk stets so gut gewesen, so treu und liebend zu seiner Königsfamilie gestanden? Ist es möglich, daß unser junger König die, wenn vielleicht auch absichtslosen Feinde seines Landes und Thrones zu seinen Räthen wähle? Und wenn er es thäte, was sind die Folgen? Es ist diese Frage schon so vielfach angeregt und beantwortet worden, daß wir nun um so mehr einer besondern Beantwortung uns enthalten, als sich dieselbe wohl von selbst aus dem Vorausgeschickten ergibt. Zu den vielen Gründen der häufigen Ministerwechsel in Bayern und namentlich auch der gegenwärtigen Ministerkrise wollen wir aber einen anführen, der vielleicht einer der gewichtigsten, aber auch verkehrtesten und folglich unglückseligsten ist. — Man hat sich nemlich in Baiern noch nicht dahin erschwungen, durch und durch zu erkennen, daß jedes Amt, namentlich aber das eines Ministers, ein dauerndes, nur auf des Volkes Wohl berechnetes, absolut nothwendiges Dasein hat, man also stets nur den dazu geeignetsten Mann suchen und diesen möglichst in der ebenso dem Wohle des Volkes als seiner eigenen Liebe und seinem individuellen Berufe entsprechenden Stellung festhalten muß, sondern man hängt stets noch zu viel an dem mehr feudalen Charakter der Aemter, und wenn sich ein Mann aus irgend einem Grunde nothwendig zu machen weiß, so sucht man für ihn ein Amt, schafft auch wohl erst eigens eines für ihn oder macht, daß es, wenn auch bisher ganz gut besetzt, doch erledigt werde — mit einem Worte, man sucht nicht den Mann für das Amt, sondern das Amt für den Mann, das Amt entsteht und geht unter, nicht um seiner, d. h. des Volkes, des Bedürfnisses selbst willen, sondern je nachdem man es für einen Mann braucht oder nicht (Cultus-Ministerium!), und so häuft man denn auch Aemter in derselben Person, theils, weil man sie einem bestimmten, unbequemen Candidaten abnehmen oder verweigern zu müssen glaubt, mit dessen Umgehung aber einem Andern nicht geben will, theils weil man gerade Niemand hat, zu dessen Belehnung mit dem Amte dieses selbst nothwendig wäre.

Daß es übrigens auch in dieser Beziehung ewige Wahrheiten gibt, dieses beweisen folgende Grundsätze der mehrtausendjährigen Staatsweisheit des vielleicht ältesten Volkes der Welt, der Chinesen:

„Eine gute Regierung ist die Folge der Weisheit der Minister: Große Würden und Gehalte sind gefährlich: Tüchtigkeit, Bescheidenheit, Sparsamkeit und Haß der Lüge seien die Auszeichnungen hoher Beamten, denn wie nach dem Winde sich die Pflanze biegt, so gestaltet sich das Volk nach dem Einflusse der Minister. Der König mag Strafe oder Gnade befehlen, so hat doch der Minister nur der Gerechtigkeit zu folgen. Wenn man nicht Ehrenmänner zur Geltung gelangen läßt, wird das Volk nicht ermuthigt zum Guten. Wenn die Kräfte gleich sind, gebührt dem Talente der Vorzug, sind aber die Talente gleich, so gebührt der Vorzug der Geradheit des Herzens; ja! ein Minister, welcher diese letztere Eigenschaft vollkommen besäße, wenn er auch keine andere Tugend hätte, als lautere Einfachheit und Leidenschaftslosigkeit des Herzens, so wäre dies eben so viel, als wenn er die größten Talente hätte; denn sobald er einen hochbefähigten Mann sähe, würde er ihn hervorziehen und nicht mehr eifersüchtig auf ihn sein, als wenn er dessen Talente alle selbst besäße — ein eifersüchtiger Minister ist unfähig. Ein Fürst aber, welcher diejenigen liebt, die der Gegenstand des allgemeinen Hasses sind, und diejenigen haßt, welche alle Welt liebt, beleidigt die Menschheit, und schreckliches Unglück wird hereinbrechen über einen solchen Fürsten.“ Doch, dies ist freilich Alles nur chinesisch und kümmert nicht einen bayerischen Minister. —

§ Was hat Deutschland im Jahre 1848 errungen? Was hat es noch zu erkämpfen? —

(Mit besonderer Rücksicht auf bayerische Zustände.)

(Fortsetzung.)

Diese wenigen Skizzen ließen sich zu einem Riesentableau ausmalen; jeder Denkende, der Geschichte kennt und den Zeitverhältnissen mit Aufmerksamkeit gefolgt ist, mag dieses für sich versuchen. Niemand aber wird widersprechen können, daß man sich eigentlich darüber zu wundern hätte, wie es ungeachtet der weitgreifenden Corruption eines solchen Servilismus noch so viele gute Fürsten gibt und gegeben hat, und daß die schlechten nicht noch zehnmal schlechter sind, als es wirklich der Fall ist.

Wir staunen den Gigantenbau der Pyramiden an, die seit Jahrtausenden den Stürmen der Zeit getrotzt haben, können uns aber kaum eines Fluches erwehren, wenn wir bedenken, wie Schweiß, Blut und Thränen von Millionen und Millionen Sklaven vergeudet wurden, um diese Mausoläen des grässesten Despotismus in's Dasein zu rufen und in denselben die Leichen ihrer Dränger zu verschließen. Wenn jetzt Fürsten Tonnen Goldes auf eben so nutz- und zwecklose, aber nicht gleich unzerstörbare Unternehmungen verwenden, ihre Unterthanen unter der Last der Steuern erdrücken und die Länder mit unerschwinglichen Schulden überhäufen, so sagen sie nichts, sondern bewilligen in knechtischer Unterwürfigkeit die erforderlichen Summen. —

Und wir träumen von republikanischen Verfassungen, nicht ahnend, daß Bewußtsein seiner Menschenwürde in dem republikanischen Gemüthe leben muß, daß die Völker zuerst einen ungeheuren Fortschritt zu einfachen und republikanischen Sitten machen müssen, wenn die Republik eine Wahrheit werden soll!

Aus diesen einleitenden Bemerkungen ergibt sich bei einigem Nachdenken von selbst, daß die bis jetzt ins Leben getretenen Folgen der März-Errungenschaften selbst dann, wenn die reactionären Bewegungen seit dem Falle von Wien nicht stattgefunden hätten, weit hinter den sanguinischen Hoffnungen derjenigen zurückbleiben mußten, welche da wähnen, die deutsche Freiheit, Einheit und Macht könne mit Einem Schlage aus einer tausendjährigen Knechtschaft, Zersplitterung und Schwäche hervorgezaubert werden. Doch mögen selbst diejenigen, welche die kühnsten Hoffnungen hegten, nicht ganz sich entmuthigen lassen durch die harten Schläge, welche die kaum geborne Volksfreiheit durch des Volkes eigene Schuld erleidet in unseren Tagen. Die **bleibenden** Folgen der Märzrevolution, so wenige deren auch sind, dürfen doch nicht gering angeschlagen werden, eben weil sie bleibend sind und deswegen die Vorboten und die Bürgschaften einer bessern Zukunft. Dahin zu rechnen sind:

1) Das in das Volksbewußtsein übergegangene Bedürfniß deutscher **Einigkeit** und dadurch bedingter **Macht** und Geltung nach außen. Was einmal als unabweisliches Bedürfniß erkannt worden ist, dessen Erfüllung läßt nicht lange mehr auf sich warten.

2) Aber nicht blos das Volk, sondern auch der **Mensch**, als Einzelwesen, ist zum Bewußtsein seiner Würde durchgedrungen. Wie die französische Revolution von 1789 einen **dritten** Stand in der bürgerlichen Gesellschaft, den Stand der Besitzenden und der Intelligenz, ins Dasein rief, so die Revolution von 1848 einen **vierten** Stand, den

Digitized by Google

Stand der Arbeit, des Fleißes und des Erwerbs durch physische und geistige Thätigkeit. Fortan gibt es keine Proletarier, keinen Pöbel im politischen Sinne, keine Canaille mehr, es gibt nur mehr Menschen und Staatsbürger.

(Schluß folgt.)

+ Die Octroyirung einer Verfassung für Preußen.

Diejenigen, welche die in der Octroyirung der preußischen Verfassung liegende Rechtsverletzung entschuldigen, weisen stets darauf hin, daß das preußische Volk dadurch auf dem schnellsten Wege erreicht habe, was ihm im Wege der Vereinbarung zu Theil werden sollte, — eine freisinnige, eine auf demokratischer Grundlage ruhende constitutionelle Verfassung.

Eine solche Verfassung besteht vor Allem darin, daß Niemand über dem Gesetze, das Gesetz vielmehr über Alle steht, daß die Freiheiten des Volks, die Freiheit der Presse, der Versammlung und Vereinigung, die Sicherheit der Person gegen willkürliche Verhaftungen, der Schutz des Hausrechts nur durch ein Gesetz zeitweise aufgehoben werden können, daß die Regierung Niemand seinem ordentlichen Richter entziehen, daß sie keine außerordentlichen Kommissionen einsetzen kann, daß keine Strafen angedroht und verhängt werden können, anders als durch das Gesetz. Nach Art. 110 der octroyirten Verfassung kann die Regierung bis auf Weiteres, bis darüber ein besonderes Gesetz verabschiedet worden ist, d. h. also so lange sie will, im Falle eines Krieges oder Aufruhrs, alle Freiheit suspendiren, den Gang der ordentlichen Gerichte hemmen, den Schutz der Gesetze zeitweise aufheben. Welche fürchterliche Gewalt dadurch in die Hände der Regierung gegeben ist, das zeigen die neuesten Ereignisse. Wer will behaupten, daß in Berlin dermalen zur Erhaltung der Ruhe und Ordnung noch ein Belagerungszustand nothwendig sei? Dennoch läßt man denselben — wohl noch längere Zeit — fortdauern, um in gesetzlicher Form fernerhin die Freiheiten des Volkes suspendiren, um insbesondere jede unangenehme Kritik des verfassungswidrigen Verfahrens der Regierung und des Inhalts der octroyirten Verfassung, jede mißliebige Einwirkung auf die bevorstehenden Wahlen durch Vereine, Versammlungen und Presse verhindern zu können. Wo irgend die Regierung die Vereine und die Presse ihr nicht zuträglich findet, wo der politische Geist der Einwohner ihr nicht behagt, hat sie es in der Hand auf den Grund eines zufällig entstandenen, oder vielleicht durch ihr befreundete Personen hervorgerufenen (Graf Breßler) Gassenkrawalls den Belagerungszustand auf Monate herbeizuführen, und so auf gesetzlichem Wege die Freiheiten des Volkes zu suspendiren. So stehen die Grundrechte des preußischen Volkes auf dem Papiere; in der Wirklichkeit wird man stets Mittel finden, solche in so lange zu suspendiren, als man es gut findet, also namentlich über die Zeit einer Wahlagitation. — Allerdings sind die Minister für solche außerordentliche Maßregeln verantwortlich; allein diese Verantwortlichkeit steht gleichfalls auf dem Papier, so lange ein Gesetz hierüber nicht verabschiedet ist; also, da ohne Zustimmung der Regierung ein Gesetz nicht zu Stande kommen kann, so lange die Regierung will.

(Fortsetzung folgt.)

Inland.

*Würzburg. In unserer Umgegend circulirt allen Orts folgendes Aktenstück: „Der katholische Verein in Würzburg empfiehlt allen katholischen Bürgern und Landbewohnern das täglich in München erscheinende, bei jedem kgl. Postamte zu bestellende, vierteljährig nur 54 kr. kostende Blatt, betitelt: „„Der Volksbote für den Bürger und Landmann““, ein Blatt, welches sowohl die katholische Religion, die katholische Kirche, so wie insbesondere die Freiheit der Gemeinden in Verwaltung ihrer Gemeindeangelegenheiten und des Gemeindevermögens künftig vertheidigen wird (während der Landtagsverhandlungen) und wegen seiner übrigen guten, die Wahrheit nur allein kennenden Beträge, ganz gut zum Vortrage in den Kreis guter katholischer Familien sich eignet.“ Die Bestellungen wollen noch vor dem 1. Januar 1849 bei den Postämtern gemacht werden. Gut wird es sein, wenn sich zwei oder drei zusammen subscribiren, damit einem oder dem andern der Subscriptionsbetrag nicht zu schwer fällt. Die Herren Gemeindevorsteher wollen dieses aus Liebe zur katholischen Sache öffentlich verkünden, um das Ihrige zur Verbreitung dieses in diesen kirchenfeindlichen und verführerischen Zeiten so nothwendigen Blattes, besonders bei den Wirthen, kräftigst mitzuwirken.

München, 25. Dez. Der gestrige Tag und die Christnacht sind sehr ruhig vorübergegangen, und das nicht weil, sondern obgleich die umfassendsten Umsichtsmaaßregeln getroffen waren, und Patrouillen auf Patrouillen schon gestern Nachmittags bis Nachts 3 Uhr in allen Straßen sichtbar waren; ferner waren alle Posten verstärkt, Landwehr aufgeboten und o quae mutatio rerum? — 2 Kompagnien Studenten verurtheilt, die Christmette in der Wachtstube zu feiern. — Die Verhältnisse unserer Offiziere scheinen jetzt die Regierung ernstlich zu beschäftigen, wenigstens erfahren wir so eben von wichtigen Maaßregeln, wohl die pragmatischen Rechte der Offiziere betreffend? — Nein, die Bärte! In Folge einer mit dem Generalinspektor der Armee gepflogenen Conferenz hoher Offiziere, die „den Geist der neuen Zeit zu erfassen wissen“, ist an sämmtliche Regimentskommando's die vertrauliche Weisung ergangen, die, namentlich seit der Promenade nach Baden, so enorm gewachsenen Bärte der Offiziere etwas zu regeln und nur Schnurr- und Knebelbart, den Backenbart aber nur einen Zoll lang unterhalb der Kopfhaare zu dulden! (D. C. Z.)

München, 24. Dez. Der Adjutant des Prinzen Karl, Friedr. Graf v. Bodmer, Hauptmann im 1. Artillerie-Regimente, ist zum Major in demselben Regimente befördert worden. — Unterm 22. Dez. d. J. wurde der Appellationsgerichts-Sekretär Joseph Listle in Passau wegen nachgewiesener temporärer Dienstesunfähigkeit auf ein Jahr in Ruhestand versetzt, die hierdurch in Erledigung kommende Sekretärstelle bei dem Appellationsgerichte von Niederbayern dem zum Assessor des Kreis- und Stadtgerichtes Regensburg ernannten Stadtgerichts-Protokollisten Heinrich v. Kirchbauer in Amberg unter Entbindung von dem Antritte der gedachten Assessorsstelle, auf sein Ansuchen verliehen, sofort zum Assessor am Kreis- und Stadtgerichte Regensburg der Appellationsgerichts-Accessist Johann Wolfgang Kaes in Amberg ernannt. — Unterm 21. Dez. d. J. wurde dem ersten Appellationsgerichts-Director Dr. Alois Riedl in Amberg auf sein Ansuchen unter Belassung seines vollen Gehalts, seines Titels und Funktionszeichens und mit Anerkennung seiner treuen und ausgezeichneten Dienstleistung nach §. 22 lit. B. der Beilage IX. zur Verfassungsurkunde der definitive Ruhestand gewährt; dann unterm gleichen Tage die in Erledigung gekommene Stelle eines Vorstandes des Handelsgerichts Nürnberg dem Rathe des Kreis- und Stadtgerichts Nürnberg, zugleich Handels-Appell.-Ger.-Rathe Wilhelm v. Landgraf, übertragen, in die hierdurch erledigte zweite Handelsappell.-Ger.-Rathstelle der bisherige dritte Rath Freiherr v. Tucher vorgerückt und die hierdurch eröffnete dritte Handelsappellationsgerichts-Rathstelle dem bisherigen Handelsgerichtsassessor, zugleich Kreis- u. Stadtgerichtsrathe Eduard v. Eckartshausen in Nürnberg übertragen; die hiedurch erledigte erste Handelsge.-Assessorstelle dem bisherigen zweiten Handelsge.-Assessor Frhrn. v. Walser und die dadurch eröffnete Stelle eines zweiten rechtskundigen Handelsge.-Assessors dem Rathe des Kreis- und Stadtgerichts Nürnberg Dr. Joseph Bauer übertragen.

** Nürnberg, 25. Dez. (P.-C.) Heute Nachmittag 3 Uhr versammelten sich im Reichsadler auf Einladung des Predigers Ronge eine sehr bedeutende Anzahl hiesiger Bürger, woselbst sich „eine freie christliche Gemeinde“ konstituirte, indem die Grundprinzipien, welche Ronge vorgetragen, nach einer Besprechung auch von der Versammlung angenommen und die Namenseinzeichnung vorgenommen wurde. Morgen findet um 10 Uhr der erste feierliche Gottesdienst der jungen freien Gemeinde unter Leitung des Predigers Ronge statt.

** Nürnberg, 24. Dez. (P.-C.) Frhr. v. Lerchenfeld kam auf seiner Reise nach Oberfranken gestern durch unsere Stadt. Die Reaktion, geleitet durch Meister Abels Hand, wird nun gewaltig ihr Haupt erheben und alle unsere schönen Hoffnungen in Bayern zu nichte machen. Belagerungsstände wünscht dieser treffliche Leiter des Staatsschiffs und sie werden in kurzer Zeit auch in unsern größern Städten erklärt sein. — Der Abgeordnete zum bayer. Landtag, Hr. Tröger von hier, besuchte gestern Abend den Centrallehrer-Verein in seinem Sitzungslokale. Der Vorsitzende des Vereins bewillkommte denselben mit herzlichen Worten und stellte das Ersuchen, beim bevorstehenden Landtag in München die Sache der Volksbildung zu vertreten, worauf Hr. Tröger in einer umfassenden gehaltreichen Anrede an den Verein sich dahin aussprach, mit aller Entschiedenheit und Energie als reiner Demokrat dahin zu wirken, „daß die Schule um jeden Preis von der stabilen Kirche getrennt werde.“ Sie muß frei werden von der Hierarchie, der Sklavenzustand der deutschen Volksschule und des Volksschullehrerstandes muß aufhören. Die Macht der Zeit kann nicht mehr länger dulden, daß jene Volksbildungsanstalt verkümmere, da Pflicht und Staatsklugheit es erfordern, diese zu regeneriren, wenn der Neubau unserer Zeit auf einer dauerhaften Grundlage ruhen soll. Der jesuitische und pietistische Schein muß aus der Schule entfernt und die reine Moral in derselben gelehrt werden. Und sollte sich auch allenthalben der Jesuitismus verbinden und noch so heftig den Verbesserungen des Volksunterrichts widerstreben, so wird dennoch der „Genius Deutschlands wachen, eine bessere Generation schaffen und die Nachwelt den Fluch von uns wegnehmen, den wir verdient durch so langjährige Duldung schmachvoller geistiger Unterjochung.“ — Zuschriften der deutschen Lehrer bezüglich der Volksbildung (namentlich Fakta) wird der Abgeordnete Tröger mit Freuden entgegennehmen und zur geeigneten Zeit in der Kammer zur Vorlage bringen.

Nürnberg, 27. Dez. Durch eine Verordnung des Ministeriums des Innern vom 19. Dezember wird die Befugniß, Doppelbier zu brauen und verleitzugeben, so wie den Preis hiefür zu bestimmen, jedem Bräuer versuchsweise auf ein Jahr unter nachstehend bezeichneten Beschränkungen freigegeben: 1) Der Doppelbier fabrizirende Brauer hat das hiefür bestimmte Malz auch in der Malzpolette als solches zu benennen, so daß der Polizeibehörde die Möglichkeit gegeben ist, die Sudführung und die Qualität des Doppelbieres erforderlichen Falles zu prüfen. 2) Auf Rückvergütung des Malzaufschlages von exportirtem Luxusbier hat der Fabrikant zu verzichten. (N. K.)

Wien, 24. Dez. Die Besorgnisse wegen der in den Kriegsbülletins eingetretenen Lücken sind durch eine im gestrigen Abendblatte der Wiener

Zeitung eingeschaltene Belehrung des Gouverneurs Welden keineswegs beseitigt, und man will aus dem anhaltenden Stillschweigen durchaus auf eine erlittene Schlappe schließen. — Die Nothwendigkeit einer durchgreifenden Reform im österr. Medizinalwesen wurde von vielen Aerzten dem Ministerium des Innern in einem umfassenden Memoire dargestellt. — Einer Deputation von Schullehrern ist die beruhigendste Zusicherung über bevorstehende bedeutende Verbesserung ihres Loses zu Theil geworden. — Mit den Siegesfortschritten der österreichischen Armee in Ungarn scheint es doch nicht so überraschend und befriedigend zu gehen, als die ersten Bulletins ausposaunten, denn in einer Bekanntmachung der Wiener Stadtkommandantschaft wird darauf hingewiesen, daß die Heeresbewegungen in der gegenwärtigen Jahreszeit einer längeren Zeitfrist bedürften, um Resultate zu gewähren, und daß man daher nicht alle Tage ein Siegesbulletin ausgeben könne, zumal da es nicht im Interesse des Dienstes liege, „den Gang der Operationen, welche die Absichten des Feldherrn enthüllen könnten, sogleich an die große Glocke zu hängen." — Da nun in Kaffeehäusern und an öffentlichen Orten von böswilligen Agitatoren Nachrichten „ihrer Art dem immer neugierigen Publikum preisgegeben würden", so sei gegen die „Verfasser solcher lügenhaften Gerüchte, die nur in der schlechtesten Absicht verbreitet würden, die gerichtliche Verfolgung angeordnet worden." (Nach dem C. Bl. a. B. hätten die Ungarn einen Einfall in Mähren gemacht.) (N. K.)

Wien, 23. Dez. Seit drei Tagen wird dem Publikum über die Operationen der in Ungarn operirenden kaiserlichen Armee nichts amtliches mitgetheilt. Es werden daher die lächerlichsten Gerüchte verbreitet, denen das leichtgläubige Volk vollen Glauben schenkt. Nach den heutigen Nachrichten aber aus Wieselburg und Preßburg von gestern Abends hat sich seit der Einnahme Wieselburgs gar nichts ernstliches ereignet. Die Truppen sind in beständiger Bewegung. Ein großer Theil der Preßburger Besatzung ist gestern durch einrückende Croaten ersetzt worden. Von Wieselburg bis Hochstraß und gegen Raab waren die Straßen mit kaiserlichen Truppen bedeckt. Bei Abgang dieser Nachrichten hieß es in Wieselburg, daß die Magyaren alle Verschanzungen bei Raab ohne Schwertstreich geräumt haben und daß hierauf die Stadt und Festung Raab besetzt worden sei. Die Bestätigung ist heute zu erwarten. Das schreibende Hauptquartier des Marschalls Fürsten Windisch-Grätz war gestern noch in Carlburg. Aus Güns wird vom 19. gemeldet, daß man daselbst den bekannten magyarischen Chef Perczel erwarte. Aus Oberungarn fehlen heute neuere Nachrichten.

Wien, 22. Dez. Heute dürfte es bei Raab zu einem Treffen kommen, denn der Marschall Fürst Windisch-Grätz rückt heute mit seinem Hauptquartier und dem zweiten Armeecorps von Karlburg vor. Aus Niederungarn sind heute keine detaillirteren Berichte über die Ereignisse bei Werschetz eingetroffen. Graf Nugent operirt gegen den Plattensee und Feldmarschallieutenant Dahlen scheint bei Warasdin die Bewegungen der Armee aus Slavonien abzuwarten. Aus Oberungarn wird vom 15. das Vorrücken des Feldmarschallieutenants Grafen Schlick von Kaschau bis nach Miskolcz bestätigt. Auf Kossuths Befehl wurde dieser Tage Graf Nikolaus Esterhazy, welcher Miene gemacht haben sollte, sich in das kaiserliche Lager zu begeben, erschossen. Von Preßburg hat er vor Räumung dieser Stadt einige königliche Beamte nach Comorn schleppen lassen. Von Comorn bis Pesth herrscht er einem König gleich mit eiserner Strenge. Die magyarische Armee, obwohl sehr schwankend in ihren Rückzugsbewegungen gegen Comorn, gehorcht bis zur Stunde seinen Befehlen. Eine ernste Niederlage der Magyaren wird aber dieses Blatt schnell wenden. Das Landvolk verhält sich neutral. (A. Z.)

Kremsier. Zum ersten Vicepräsidenten wurde Doblhoff mit 213 von 233 Stimmen, zum zweiten Vicepräsidenten Haßlwanter aus Sillian gewählt. Die Ansprache beider an die Versammlung, namentlich die des ersteren, wurde mit großem Beifall empfangen. Heute wurde der Abgeordnete Sierakowski auf dem hiesigen Magistrat von einer aus Wien angelangten gemischten Commission zu Protokoll vernommen, um über einige den Tod Latours betreffende Details Auskunft zu ertheilen.

Prag, 22. Dez. Man meint, daß nach dem nunmehr errungenen Erfolge der kaiserlichen Truppen in Ungarn die weiteren Operationen für diesen Winter eingehalten werden sollten; die Armee war glücklich in Gegenden, wo die Bevölkerung zum großen Theil slavisch ist (Preßburg, Tyrnau, Wieselburg, Kaschau, Eperies.) Kossuth's Hauptplan dagegen soll sein, die Kaiserlichen bis Pesth rücken zu lassen und ihnen dann in den Rücken zu fallen. (L. Z.)

Agram, 18. Dez. In der vorigen Woche gab es bei Verdee eine große blutige Schlacht, über die uns noch die Details nicht zugekommen sind. Die Magyaren sind Sieger geblieben und haben unter den kaiserlichen Truppen und dem walachisch-banater Landsturm ein bedeutendes Blutbad angerichtet. Moritz Perczel, einer der tüchtigsten magyarischen Commandanten, hat das Commando in der Festung Peterwardein und über alle den Serben gegenüberstehenden magyarischen Truppen übernommen und die früheren k. k. Commandanten von Peterwardein, F. M. L. Blagojevic und G. M. Henzi als Gefangene nach Ofen bringen lassen. Wer nun an Perczel's Stelle das Commando über die Drauarmee hat, ist uns nicht bekannt. (C. Bl. a. B.)

Berlin, 21. Dez. Der Gegenstand, welcher seit vorgestern in den gebildeten Kreisen die meiste Aufmerksamkeit in Anspruch nimmt, ist die Angelegenheit des geheimen Obertribunalraths Waldeck, dessen Collegen sich entschließen konnten, ihm durch den Mund ihres Vorgesetzten den Wiedereintritt in seinen Wirkungskreis verwehren zu wollen. Sie haben wahrscheinlich den in den gestrigen Localblättern veröffentlichten Brief Mühlers an Waldeck gelesen und werden erkannt haben, daß er nach Inhalt, Form und Zweck weit hinaus über die Gränzen amtlicher Einzel-Angelegenheit geht, und vielmehr ein Schlüssel zu unserer politischen Sittlichkeit ist. Sechs Monate lang hat Waldeck wiederholt und consequent als Abgeordneter die Regierung bekämpft, er war die Seele und der Führer der entschiedenen Linken, aber seine theuern Amtsgenossen hatten nichts dagegen, sie hätten ihn bei seiner Rückkehr in ihren Schoß wohl gar festlich empfangen und ihn mit Stolz den ihrigen genannt; jetzt da sein Wirken erfolglos, sein Kampf vom Siege verlassen war, jetzt, nicht in der elften, nein in der dreizehnten Stunde, wagt das geheime Obertribunal den unterliegenden Kämpfer, wie einen Verbrecher zu behandeln und, die Unabsetzbarkeit der richterlichen Beamten umgehend, ihn durch komische Rohheit und deren Veröffentlichung aus dem Amte jagen zu wollen. Wir können nicht glauben, daß der entschiedenste Reactionär, falls er nur einigermaßen unparteiisch ist, den Muth haben wird, den Muth des geheimen Obertribunals zu feiern, selbst für die Klugheit des Schrittes wird sich die Bewunderung in sehr engen Gränzen halten müssen, und eine gerechte Regierung wird diese Anmaßung eines bureaukratischen Faustrechts zu würdigen nicht unterlassen, aber die Erscheinung muß denjenigen der bisher nicht an der Freiheit und dem Rechtsgefühl in unsern höhern Ständen verzweifeln wollte, mit tiefer Trauer erfüllen! Dieses Andrängen an die siegende Gewalt würde als häufig wiederkehrende, als gewöhnliche menschliche Schwäche nicht sehr auffallen, so wenig es auch zu rechtfertigen ist; aber die Männer noch beschimpfen und verfolgen zu wollen, die selbstständig und opfervoll ihre nicht amtlich vorgeschriebene Ueberzeugung aussprachen, und diese Männer zu einer Zeit verfolgen zu wollen, wo die Macht und das Mitgefühl von ihnen gewichen ist, das ist eine Handlungsweise, die man mit Schmerz vom höchsten Gerichte ausgehen sieht, das noch dazu sein Verfahren durch das Streben motivirt sich die Achtung und das Ansehen zu bewahren, die es bei der Welt genießt! Wenn man so sieht, wie unser Magistrat und unser Magister-Rath und endlich das hohe Tribunal unter dem Schutze von 30,000 Zündnadel-Gewehren der zersprengten Nationalversammlung Fußtritte geben, dann muß man das viele Gute beklagen, welches diese Versammlung für ein unwürdiges Geschlecht gethan.

Berlin, 22. Dez. Unsere Neue Preußische Ztg. (die wüthig und schmutzig, wie die von der Behörde in Wien bald zur Ruhe gewiesene „Geißel") hat sich ein Sonntagsblatt zugelegt, das auf Bearbeitung des Landvolks zu den bevorstehenden Wahlen ausgeht. Glücklicherweise ist der Ton so plump und die Verleumdung gegen die Demokratie so gemein, daß auch der beschränkteste Bauerkopf davor zurückschrecken wird. Die Absicht der saubern Partei ist recht viele Abgeordnete in die Kammern zu bringen, welche die octroyirte Verfassung im absolutistischen Sinn revidiren. Dieselbe hat beim Einrücken der Garden, in der edlen Absicht die Soldaten gegen den Bürger zu hetzen, die Nachricht mitgetheilt, daß man beschlossen habe die Soldaten zu vergiften. Wirklich sind seit einigen Wochen viele hundert Soldaten vergiftet, aber nicht durch Köchinnen oder gar durch Köche, sondern durch andere weibliche Wesen, und zwar nicht aus Haß, sondern durch Liebe, wenn man letzteres Wort zu solchem Begriff entweihen darf. Es ist eine so große Zahl von Soldaten erkrankt, daß die hiesigen Lazarethe nicht ausreichen, und man für sie eine Heilanstalt in dem nahen Köpenik errichten mußte. Die Polizei ist deßhalb in der Handhabung ihres Ausweisungsrechts gegen Dirnen sehr streng, fast so streng, wie gegen Litteraten. (A. Z.)

Stuttgart, 25. Dez. Seit einigen Tagen wird in politischen Cirkeln viel davon gesprochen, daß dem Austritte des Abg. **Strauß** und dem des Abg. **Sick** (letzterer ist Krankheits halber erfolgt) bald noch mehrere aus den Reihen der Mittelpartei folgen dürften, während andererseits die letzte Erklärung Staatsraths Römer gegen die Angriffe aufs Justizministerium wegen der Untersuchung und Behandlung der politischen Gefangenen, selbst unter solchen böses Blut gemacht hat, die bis jetzt zu entschiedenen Anhängern des Märzministeriums gehört hatten. — Seit mehreren Tagen geht eine Bittschrift zur Unterschrift unter den Pietisten und den Anhängern des alten Systems um, worin der König gebeten wird, auf den Titel „von Gottes Gnaden" doch ja nicht zu verzichten. (F. J.)

Aus Schleswig-Holstein, 23. Dez. Der Generalmajor Oxholm, vor Kurzem bekanntlich vom dänischen Hofe in der schleswig-holst. Sache nach London gesandt, ist vorgestern auf seiner Rückreise in Hamburg eingetroffen. In Betreff der Friedensunterhandlungen wird der „Hannov. Morg.-Zeitung" von Frankfurt den 18. die wunderliche Mittheilung gemacht: „Man hofft hier, daß durch das neue Reichsministerium der **Friede** mit Dänemark endlich abgeschlossen werde, was zum allge-

Digitized by Google

meinen Erstaunen bis jetzt unterblieben ist. Die Abgeordneten Waitz und Riesser sollen deshalb als Unterstaatssekretäre in das Ministerium treten." — Der Gränzverden gegen Jütland und Alsen wird schleswig-holsteinischerseits bald hergestellt sein; immer neue Truppen rücken gegen Norden. Es sollen nur, wie es scheint, schleswig-holsteinische Truppen dazu verwendet werden. Die Centralgewalt hat zwar Verfügungen getroffen, um eine entsprechende Anzahl Reichstruppen nach unsern Gränzen in Bewegung zu setzen: die hannoversche Brigade des Generals v. Wyncken und das herzoglich altenburgische Infanterie-Bataillon sollen dem General v. Bonin zur Disposition gestellt werden. Wäre es nicht besser, wenn als Repressalie gegen conventionswidrige Erhöhung der dänischen Besatzung Alsens diese Reichstruppen auf feindliches, d. h. dänisches Gebiet, gelegt würden, statt daß sie an unserer Gränze stehen bleiben? — Dänemark hat einige Enklaven in Schleswig, Ripen mit Törninglehen. Wenn nun jene Truppen dorthin beordert würden, um jene dänischen Lande einstweilen unter das Regiment der gemeinsamen Regierung zu nehmen, bis Dänemark die Inseln Alsen und Arroe der gemeinsamen Regierung untergeordnet hat.

Ausland.

Paris, 24. Dez. Der Präsident der Republik hielt heute seine erste große Revue über die Nationalgarden des Seine-Departements und die Truppen der Besatzung von Paris. Die Truppenmassen füllten die Boulevards, den Eintrachtsplatz, den Vendomeplatz, die Gärten der Tuilerien u. s. w. Die Gesammtzahl schätzte man auf etwa 200,000 Mann. Louis Napoleon hatte fast fortwährend das Haupt entblößt und antwortete mit freundlichem Grüßen auf die Akklamationen, mit denen er allenthalben empfangen wurde. Louis Napoleon saß gut zu Pferd; sein Erscheinen, seine große Aehnlichkeit mit dem Kaiser Napoleon machte sichtlich tiefen Eindruck auf das Volk. Als die mit Lanzen bewaffneten Invaliden vor Louis Napoleon vorüberdefilirten, begrüßten sie ihn mit donnerndem Jubelruf. Er entblößte das Haupt und umarmte den alten General Petit, welcher sich an der Spitze der Invaliden befand. (F. J.)

Strasburg, 25. Dez. Nachrichten aus Paris stellen für die nächsten Tage dem Elsaß eine ausgedehnte Amnestie für politische Gefangene in Aussicht. Wahrscheinlich wird der Präsident der Republik den Antritt seines Amtes mit einem solchen Acte, der allgemeinen wohlgefällig aufgenommen würde, bezeichnen wollen. Auf das Programm des Ministeriums Odilon-Barrot ist man nicht wenig gespannt, namentlich aber auf die finanziellen Maßregeln, weil das Land im Allgemeinen Erleichterung der schweren Abgaben erwartet. (F. J.)

(Eingesandt.) Nach dem Gesetz vom 4. Juni 1848 ist das Jagdrecht auf fremden Boden aufgehoben, und geht mit dem 1. Februar 1849 an die betreffenden Grundeigenthümer über. Aber unsere vorigen Herren Landstände wußten den Willen unsers Königs, welcher durch obiges Gesetz, den Grund und Boden von einer Grundlast, und zwar der allerdrückendsten ohne alle Entschädigung, befreien wollte, so zu verdrehen, daß sie beschlossen, diese den Gemeinden zu übertragen, um sie vom 1. Febr. 1849 an, verpachten lassen zu müssen, (wahrscheinlich nur deswegen, daß die Aristokraten für die Zukunft wieder Jagdpächter werden und sich auf Kosten der Bauern vergnügen können) die Pachterträgnisse aber in die Gemeindekassen fließen zu lassen, als wenn einer Gemeinde mit 30—40 fl. Jagdpachtertrag geholfen wäre, während das Wild oft einzelnen Grundeigenthümern 300—400 fl. und oft nicht zu berechnenden Schaden zufügt; denn durch die Jagdverpachtung werden alle Hunde, Katzen, Füchse, Wiesel und alle Raubvögel, welche sich auf dem Felde blicken lassen, weggeschossen, und so dem Mäusefraß freies Spiel gelassen, so daß wir regelmäßig, trotz allen Fleißes, alle 2—3 Jahre sehr schlechte Ernten haben. Man braucht wirklich kein großer Prophet zu sein, um sagen zu können, daß wir nächstes Jahr keine gute Ernte bekommen, man gehe nur aufs Feld und sehe wie die Gewächse durch Wild und Mäusefraß ruinirt sind; dadurch wird nicht nur dem Producenten, sondern auch dem Konsumenten unendlicher Schaden zugefügt, denn wodurch werden die Lebensmittel theuer? etwa durch Ausfuhr? oder durch Wucher? Nein, durch schlechte Ernten, und woher kommen diese bei so großem Fleiße und Kultur? Durch nichts anderes als durch Wild und Mäusefraß, und so drückt den Konsumenten diese barbarische Grundlast so gut wie den Producenten; aber auch dem Gesammtstaate ist es sehr nachtheilig, wenn der Staat den Grund und Boden von der Feudallast durch Ablösung zu befreien sucht. Wer aber in der Welt wird eine Last auf seinem Grund und Boden ablösen wollen, wenn die drückendste aller Lasten fortbestehen soll? Denn wie wir deutlich sehen, werden Anstalten von den Untergerichten getroffen, Jagdbezirke abgegränzt, Strichstagfahrten ausgeschrieben, ohne sich nur im Mindesten mit den Grundeigenthümern über Jagdpachtbedingnisse zu benehmen, als wenn es keine solche in der Welt gebe, und das alte Uebel absolut fortbestehen müßte! Wenn dies sein muß, so wird doch wenigstens die Nothwehr, die doch aller Orten erlaubt ist, hier auch mit in die Jagdpachtbedingnisse aufgenommen werden, so zwar, daß, wenn der Eigenthümer sieht, daß ihm durch Wild Schaden geschieht, er sich selbst Hülfe verschaffen dürfe. Wir wollen daher alle Grundeigenthümer aufgefordert haben, gegen solche Jagdverpachte, feierlichst zu protestiren, ihre Sache bei den Gerichten zu vertheidigen, und sich nöthigenfalls an die künftige Ständeversammlung zu wenden, und um Abänderung dieses barbarischen Gesetzes zu bitten, gegenwärtig aber die treffenden Jagdbezirke, in keinem Falle länger als auf einem Jahr verpachten zu lassen. Die künftigen Herren Landstände wollen wir aber im Voraus ersucht haben, daß sie bei nächster Ständeversammlung, auch ohne an sie gerichtete Petitionen, dahin wirken wollen, daß dieses barbarische Gesetz wieder aufgehoben, oder doch wenigstens dahin abgeändert werde, daß jeder Grundeigenthümer sich selbst für Wildschaden auf seinem Grund und Boden schützen dürfe, im allerschlimmsten Falle aber doch dahin zu wirken suchen wollen, daß uns ein gerechteres Wildschadenentschädigungsgesetz zu Theil werde, wobei alle Jagdliebhaber und Jagdverständige ausgeschlossen sein müssen, daß für die Zukunft nicht, wie erst diesen Sommer geschah, bei Einsicht von Wildschaden, wo Weitzen und Gerste 1—1½' über der Erde, vom Wild abgefressen war, ein eben so blinder, als tauber Jäger auftreten und sagen konnte, diesen Schaden habe das Wild nicht gethan, sondern die Mäuse hätten ihn verursacht.

Mehrere Grundbesitzer.

(Eingesandt.)

Wiederum ein Fortschritt!

„Jeder Hammelburger Lehrer hat die Pflicht, in Begleitung eines Polizeidieners (ob unter Aufsicht desselben, weiß man zur Zeit noch nicht) auf den Tanzböden herumzuspähen, und auf etwa anwesende Sonntagsschüler zu fahnden," so lautet ein Beschluß der Hammelburger Schulinspektion vom 17. Dez. l. Js. zu einer Zeit, wo jeder Wohldenkende, mit Ausnahme eines großen Theils der bedrängten schwarzen Legion, dahin strebt, dem Lehrerstande, die ihm gebührende Stellung zu verschaffen! Die Beurtheilung dieses Beschlusses überlassen wir dem Leser. —

Wir knüpfen daran die tröstende Gewißheit für alle verfolgte Spitzeln, daß sie in Hammelburg bei dem Kreuzträger auf Golgatha, der sich dem Vernehmen nach auch als Colporteur des „Würzburger Journals" geriren soll, eine Zuflucht finden. Gewiß gab er einen Beweis für diese edle Zunft dadurch, daß er seine lieben Johannes-Jünger in dieselbe aufnahm.

D'rum ihr Spitzel, nah' und fern,
Folgt dem neuen Hoffnungsstern,
Dort beim frommen Bäuerlein
Werdet ihr willkommen sein! —

Schrannenpreis zu Marktsteft vom 22. December 1848.

Getreid-Gattungen.	Höchster Preis.			Mittl. Preis.			Tiefster Preis.		
	Schäffel	fl.	kr.	Schäffel	fl.	kr.	Schäffel	fl.	kr.
Weitzen	270	12	15	—	—	—	—	—	—
Korn	95	7	30	—	—	—	—	—	—
Haber	140	4	30	—	—	—	—	—	—
Gerste	101	7	30	—	—	—	—	—	—

(Berichtigung.) In Nr. 4 der N. Fränk. Zeitung ist zu berichten: Zeile 25 v. o. statt Schamlosigkeit lies Rathlosigkeit. Zeile 43 v. o. statt Uebel lies Nebel. Seite 12 Zeile 3 v. u. statt nicht lies weit.

Ankündigungen.

Färberei-Verkauf.

In einem freundlichen Landstädtchen am Main gelegen, ist ein in guten Gang befindliches Färbereigeschäft mit vollständiger Einrichtung hierzu, Familienverhältnisse wegen, unter annehmbaren Bedingnissen durch unsre Vermittlung stündlich zu verkaufen. Das dabei befindliche Haus ist dreistöckig, sehr geräumig, und mit allen zur Betreibung des Geschäfts benöthigten Lokalitäten versehen. Hierauf Reflektirende belieben sich portofrei zu adressiren an **G. J. Michel.**

Würzburg, den 23. Dezemb. 1848.

Fremden-Anzeige.

Vom 27. Dezember 1848:

(Kleebaum) Frl. Wellner v. München. — (Kronprinz) v. Werden v. Prag. Vendix v. Wien. Renner, Student v. Heidelberg. Hartwig, Kaufm. v. Leipz. — (Schwan) Goldschmitt, Kaufm. v. Mainz. Lehrel, Kaufm. v. Aachen. Reiß, Oekonom v. Miltenberg. Hoffeß, Part. v. Frankfurt. — (Wittelsbacher Hof) Reiß, Kaufm. v. Steckendorf. Heppenfeld, Kaufm. v. Elberfeld. Schwarzmann, Kaufm. v. Schopfheim. Frl. Modschenbach v. Kronach. Eckert, Werkführer v. München. — (Würtemb. Hof) Baron v. Müller v. Saaburg. v. Paur, Part. v. Saaburg. Götze, Kaufm. v. Glochau. Probst und Hegwein, Kaufl. v. Kitzingen. Reiser, Kaufm. v. Koblenz.

Gestorben: A. D. Göbel, Müllermeisterstochter, 71 J. a.

Theater-Anzeige.

Freitag den 29. Dezember:

Robert der Teufel.

Große Oper in 5 Akten. Musik v. Meyerbeer.

Redaktion: A. Oestreicher. St. Gatschenberger. Druck von F. E. Thein.

Digitized by Google

Diese Zeitung erscheint täglich Nachmittags 2 Uhr, und kostet in ganz Bayern vierteljährig 1 fl. 30 kr. Bestellungen werden bei den kgl. Postämtern, sowie in der Expedition bei Hrn. Buchhändler K. Strecker in der Eichhorngasse gemacht.

Neue Fränkische Zeitung.

Inserate jeder Art werden zu 3 Kreuzer die dreispaltige Petitzeile berechnet, ausgenommen bei Abonnenten, deren Anzeigen bis zum Betrag der Hälfte des Blattpreises frei gehen. Briefe und Gelder werden portofrei erbeten.

Ein grundrechtliches Staatsbürgerblatt.

№ 6. Würzburg, Freitag den 29. Dezember 1848.

** Die Politik Bayerns.

Einen eigenthümlichen Eindruck muß es machen, wenn man in der Geschichte die Politik der deutschen Regentenhäuser verfolgt, und einen so consequenten Charakter in ihnen entdeckt, mag nun der fähigste oder der schwächste gerade den Thron einnehmen, daß man versucht wäre, zu glauben, die Politik pflanze sich mit dem Blute fort. In Oestreich immer die am Alten festklebende italienische Intriguensucht, mit einziger Ausnahme der nur zu kurzen Josephinischen Glanzepoche; in Preußen stets dasselbe Umsichgreifen, nur äußerlich mit freisinnigen Ideen aufgeschmückt; und so befolgt denn auch Bayern seit langem schon eine consequente aber immer dieselbe klägliche Politik, die stets die Großmacht spielen möchte, aber immer zu furchtsam, zu inconsequent ist, den rechten Augenblick zu erfassen. Seinem eigenen Vetter mußte es die Churwürde stehlen, als einziger Lohn für die Rettung des Kaiserhauses; fremden Waffen verdankte es ein bayrischer Kaiser, wenn er einmal einige Tage in seiner Residenz zubringen konnte; und im Rheinbund war es nicht das erste Mal, daß sich Bayern mit dem Erbfeinde Deutschlands verband, um durch Verrath am Vaterland einige Länderstrecken zu erhaschen. So huldigte es Napoleons steigendem Glücke und nahm dankbar den Abfall vom Tische des siegreichen Gebieters, um ihn ebenso schnell wieder zu verlassen, als das Glück ihm den Rücken wendete, einzig bemüht, das Erhaschte in Sicherheit zu bringen und vielleicht noch Einiges dazu zu acquiriren. Freilich der Judaslohn fiel schlecht aus unter den diplomatischen Kunststücken des Belagerers Würzburgs und Siegers bei Hanau. Aber ein Kleinod hatte es doch gerettet, seine Souveränetät. Mochte auch Deutschlands Einheit darüber in Stücken gehen, mochte auch die Fehlgeburt „der deutsche Bund" zum Kinderspott werden; mochte auch die Sehnsucht eines großen Volkes der Eitelkeit eines Monarchen zum Opfer gebracht werden; Alles Kleinigkeiten, Bayern war ja doch souverän. Als bald darauf Preußen auf einige Zeit für gut fand, die Maske des Liberalismus mit der der heiligen russischen Allianz zu vertauschen, nahm Bayern rasch das abgelegte Kleid auf; es wurde liberal und glaubte, die Völker müßten nun auch ihm zujauchzen, wie einst Preußen, als es der Repräsentant des Volksgeistes war. Aber das Gewand war für andere Glieder zugeschnitten, man sah den Fuchsschwanz darunter hervor. Und so bequemte es sich bald, nachdem eine Verfassung von ziemlich gutem Aussehen, mit Hinterthüren aber wohl versehen, das einzige Produkt der kurzen Regung war, auf die freundnachbarlichen Zusprüche Oesterreichs in dessen Gefolge sich auf Reaktion zu verlegen. Und siehe da, dies gelang besser; sogar die unpartheiischen Gerichtshöfe ließen sich zu politischen Senaten gebrauchen. Während der letzten 30 Friedensjahre ließ sich zwar wenig von äußerer Politik sagen, die Einnahme des griechischen Throns durch einen Wittelsbacher abgerechnet, desto mehr aber von der innern: der Schulden wurden immer mehr, die Kassen immer leerer, das Volk immer ärmer und unzufriedener; aber von allen Hügeln sah die Göttin Kunst in's Land, die Stände genirten nicht im mindesten, die Ersparnisse fanden herrliche Verwendung, die Wühler brachte Censur und Kerker zur Ruhe, damit sie nicht den gesetzmäßigen Sinn des loyalen Volkes störten. Welche bessere Politik will man verlangen? Freilich, hätte Bayern eine gute Constitution gehabt, wäre es wahrhaft konstitutionell regiert worden, hätte es die 30 Jahre Frieden benützt, um seine Schulden abzuzahlen, Eisenbahnen zu bauen, die Grundlasten abzulösen, wofür die nächsten 30 etwas unruhigeren Jahre bestimmt sind; hätte es sein Volk von Steuern befreit, sein Geld statt zur Hebung der Kunst auf Landbau, Handel und Gewerbe verwendet; hätte es seine Gerichte und Verwaltung, statt politische Senate zu errichten, zeitgemäß verbessert, was jetzt über Nacht geschehen soll; wäre das Alles geschehen, dann wären im März alle deutschen Herzen Bayern zugeflogen; es hätte besser in Deutschland aufgehen können, als Preußens König auf Bürgerleichen es versprach; es wäre für Deutschland ein fester Kern zu Einheit, Ruhe und Glück gewesen. Statt dessen schwankt es jetzt rechts und links, es fehlt ihm wie immer an einer festen Richtung. In den Tagen des März, als ganz Bayern über die Errungenschaften jubelte, hatte es nicht den Muth, Deutschland sich offen anzuschließen; nur dem noch starken Strome der Revolution ist es zuzuschreiben, daß Bayern in Frankfurt repräsentirt ist. Doch plötzlich, als durch den dänischen Waffenstillstand Preußens Aussicht auf die Hegemonie zu sinken schien, erwachten die Sympathien der bayerischen Regierung für die deutsche Einheit, ein Minister mußte die Ergebenheits-Adresse nach Frankfurt überbringen. Aber ebenso schnell verloren sich diese Sympathien wieder, als Preußen wieder in den Vordergrund trat. Nun wußte man nichts mehr von deutschen Reichsgesetzen, nun kämpften plötzlich die Organe der Regierung gegen die Autonomie der National-Versammlung, ja wir hören bereits wieder von Protesten zu Gunsten der Souveränetät Bayerns. Also immer noch die alte Calamität, noch kein Stern leuchtet für eine feste und gerade Politik Bayerns. Und die Begründung einer solchen liegt doch wahrlich nicht so sehr im Dunkeln. Was verliert Bayern am Gesandtschaftsrecht? Wurden Bayerns Gesandte vielleicht je bei den großen Weltereignissen gefragt? Und um den Schweif der diplomatischen Corps mit einigen Lückenbüßern zu vermehren, dafür kommt die Sache doch zu hoch, so schlecht auch Bayerns Gesandte bezahlt sind. Und das Kriegsrecht? Glaubte wirklich Jemand, bayerische Heere würden je allein einen Feind zu bekämpfen haben? Daß deutsche Gesandte und deutsche Heere mehr Gewicht haben, ist doch nicht schwer zu berechnen. Also opfere man in Gottes Namen diese rein illusorischen Rechte der Staatsgewalt und schließe sich offen an Deutschland an, wo beides in besserem Maße wieder zu finden ist. Eine hohe Aufgabe bleibt noch immer der Regierung übrig in der Begründung des Glücks ihrer Unterthanen. Aber wohin Bayern gehört? — An die Spitze der kleinern deutschen Staaten, deren größter es ist; diese mag es vor Uebergriffen bewahren, und von ihnen unterstützt, ist es wahrhaft ebenbürtig den beiden Großmächten, und mag die deutsche Verfassung ausfallen, wie sie will, in dieser Stellung wird es Bayern an Bedeutung nie fehlen. Und mag auch Oesterreich ausscheiden, mag selbst Preußen in seiner Eitelkeit als Großmacht Deutschland entbehren zu können glauben; um so höher steht dann die Aufgabe und die Bedeutung Bayerns, das dann erst wahrhaft frei und unabhängig ist, wenn es sich nicht in albe[r]ner Einbildung, wie schon öfter, von den Großmächten in's Schlepptau nehmen läßt. Aber die unabweislichen Bedingungen zu dieser Stellung sind, daß Bayern sich offen an die Reichsgewalt anschließt, und alle Prätensionen als souveräne Macht fahren läßt, daß es aber auch offen gegen das Volk auftritt, daß es zeigt, wie es die Bedürfnisse seiner Unterthanen erkennt und ihnen abzuhelfen weiß, und daß es so als Vorbild mit volksthümlicher Regierung vorleuchtet, Vertrauen einflößend nach innen und außen. Möge es endlich diese seine wahre Bestimmung erfassen, und in die Rolle eintreten, die ihm bestimmt ist. Leider gibt uns der neueste Ministerwechsel noch keine Hoffnung.

§* Was hat Deutschland im Jahre 1848 errungen? Was hat es noch zu erkämpfen? —

(Mit besonderer Rücksicht auf bayerische Zustände.)

(Schluß.)

3) Die Preßfreiheit, dieses Palladium der Volksfreiheit, ist den deutschen Völkern zwar gegeben und gewährleistet, gleichwohl ist dieselbe so lange noch nicht sehr hoch anzuschlagen, als der Belagerungszustand sie in jedem beliebigen Falle, wenn auch nur vorübergehend, gewaltsam unterdrucken, die Machthaber jede freie Aeußerung der Presse als Aufforderung zum Aufruhr, als Hochverrath und revolutionäre Tendenz auslegen, die Schriftsteller und Drucker verhaften und verfolgen, und der

Digitized by Google

deutschen Nationalversammlung und ihren Beschlüssen zum Hohne ausweisen können; so lange noch keine Schwurgerichte bestehen, vor denen die Preßvergehen einer gerechten und volksthümlichen Würdigung gewärtig sein können, so lange überhaupt noch keine feste und umsichtig entworfene Preßgesetzgebung besteht, sondern die sogenannten Preßvergehen lediglich der Willkür derjenigen anheimgestellt sind, in deren Interesse es liegt, die Presse in ihrer freien Bewegung möglichst zu beschränken.

4) So werthvoll und hoch anzuschlagen auch das den deutschen Völkern gewährte Versammlungsrecht ist, so leidet es doch noch an denselben Mängeln und Gebrechen, wie die freie Presse; es ist der Willkür der Gewalt und dem Belagerungszustande blosgestellt. Wenn man sieht, wie in einem Theile Deutschlands die demokratischen und die Arbeiter-Versammlungen verboten, die Klubbs aufgehoben und nur diejenigen geduldet werden, welche in reaktionärem Sinne wirken, so hat man in der That wenig Ursache, sich dieser Errungenschaft zu freuen, so lange sie nicht durch bestimmte und genau begrenzte Gesetze gewährleistet ist.

5) Die Volksvertretung und die Wählbarkeit zu derselben ohne Census, sohin die constitutionelle Verfassung auf (wie man sich auszudrücken beliebt) demokratischen Grundlagen, ist allerdings ein großer Gewinn. Allein, so lange die Volksvertretung nicht aus einer direkten Wahl hervorgeht, so lange die Fürsten das Recht ansprechen, ihnen mißliebige Volkskammern zu verlegen oder aufzulösen, und ihre Beschlüsse durch das absolute Veto zu paralysiren, — so lange bleibt die Volksvertretung eine zweideutige, eine illusorische Wohlthat.

6) Der beschränkteste Menschenverstand begreift, daß, so lange diese Schranken der Volksvertretung nicht beseitigt sind, die meisten und dringendsten Volksbedürfnisse, namentlich die Vereinfachung des Staatshaushaltes, eine weniger kostspielige Staatsverwaltung, die Verminderung der Civillisten, der Apanagen und hohen Gehalte und Pensionen, ein in jeder Beziehung gesicherter und geregelter Rechtszustand, die Abstellung der Polizeiwillkür, des burraukratischen Unwesens, des bis zum Unerträglichen gesteigerten Uebermaaßes der Steuern und Abgaben, ein einfaches, durchgreifendes, gerechtes und mildes Steuersystem, kurz fast alle Volkswünsche — nichts als fromme Wünsche, ihre Erfüllung eine Täuschung bleiben.

7) Die vollkommene Gewissensfreiheit oder, mit andern Worten, die gleiche Berechtigung aller Religionen, ist allerdings eine nicht gering anzuschlagende Errungenschaft, obgleich ihre praktische Durchführung noch in weiter Ferne stehen dürfte.

8) Die Schwurgerichte und das öffentliche Gerichtsverfahren sind uns vor der Hand zugesichert; sie sind hauptsächlich aus dem Grunde von unschätzbarem Werthe, weil sie die willkürliche Verfolgung der Meinung, der sogenannten politischen Verbrechen, fortan unmöglich machen und auch den politisch Geächteten einen durch bestimmte Gesetze geregelten Rechtszustand sichern.

9) Die Nothwendigkeit, die gänzliche Verarmung des Mittelstandes zu verhüten und der materiellen Noth der untern Schichten des Volkes abzuhelfen, demnach die Völker überhaupt auf einen höhern Grad des physischen Wohlstandes zu erheben, ist nun auch den Regierungen klar geworden, und es ist damit schon viel gewonnen, daß man sich endlich einmal ernstlich mit den Mitteln zu dieser Abhilfe beschäftigt. Diese Aufgabe ist eine der schwierigsten; ihre Lösung kann nur allmälig und nur durch ernstliches und redliches Zusammenwirken der Fürsten und der Völker erreicht werden. Gelingt sie, so wäre schon aus diesem Grunde allein die Märzrevolution eines der segenreichsten Ereignisse in der deutschen Geschichte, selbst wenn sie gar keine anderen wohlthätigen Folgen nach sich gezogen hätte.

Aus den vorstehenden Andeutungen dessen, was das deutsche Volk errungen hat, ergibt sich von selbst, was noch zu erringen und zu erkämpfen ist. Ich will dasselbe nicht noch einmal wiederholen, und zum Schluße nur noch Ein Volksrecht hervorheben, das auch gefordert und zugesagt, aber bisher noch gar nicht oder höchst unvollkommen befriedigt, selbst da, wo demselben theilweise genügt wurde, wieder zurückgenommen worden ist. Dieses aber enthält die Gewähr und Bürgschaft für alle sonstigen Errungenschaften in sich, ohne es sind diese alle nur problematisch, prekär und illusorisch. Das Volk muß sich im Besitze der Mittel befinden, seine von der Reaktion stets bedrohten und in Frage gestellten Errungenschaften selbst sicher zu stellen und gegen jeden Angriff zu schützen, und dieß ist nur möglich durch allgemeine

Volkswehr. Leider ist dieselbe bis jetzt ein Wunsch und eine Chimäre geblieben. Sie allein ist es aber, die das Volk zum reellen Bewußtseyn seiner Kraft erhebt, — sie allein, die ihm Zuversicht und Vertrauen in die Dauer und Wahrheit seiner Errungenschaften einflößt, — sie allein, die den Uebergang in den Zustand einer gesicherten Freiheit, in eine bessere Zukunft vorbereitet. Daß dieses geforderte und zugesagte Recht nicht länger vorenthalten, daß es eine Wahrheit werde, darauf zu dringen mit aller moralischen Kraft, das ist heilige Pflicht aller Vertreter des deutschen Volkes. Daß der fluchwürdige Belagerungszustand, den man nur in Zeiten der höchsten Gefahr und im Kriege gegen einen auswärtigen Feind anwenden sollte, den man aber mit auffallender Freigebigkeit benutzt, um die freie Presse und das Recht der freien Volksversammlung in allen Lebensknoten der deutschen Erhebung, in allen großen Städten, zu knechten und dadurch der jungen Freiheit in ihrem ersten Lebenskeime den Todesstoß zu versetzen, endlich einmal aufhöre, oder wenigstens durch gesetzliche Bestimmungen geregelt werde, — daß endlich auch einmal die Verantwortlichkeit der Minister in das praktische Leben trete und nicht mehr blos auf dem Papiere existire, — davon hängt Deine Zukunft und Deine Freiheit ab, deutsches Volk! So lange Du Dir diese Güter nicht zu erringen weißt, bist Du der Freiheit nicht werth, und ich rufe Dir mit den Worten des Dichters zu, die O'Connell so oft zu seinem unterdrückten Vaterlande sprach: „Erbliche Sklaven, wißt ihr es nicht? Wer frei sein will, muß zuerst führen den Schlag!"

Inland.

München, 27. Dez. Der Forstmeister P. J. Scheppler zu Dürkheim wurde in temporäre Quieszenz versetzt und an dessen Stelle der Professor der Forstwissenschaft an der Forstschule in Aschaffenburg, G. Kauschinger, ernannt; der Regierungs- und Kreisforstrath in Ansbach, Dr. Fr. Chr. Meyer, wurde in den Ruhestand versetzt und an dessen Stelle der Forstmeister des Forstamts Laurenzi zu Nürnberg, Fr. Winkler, ernannt; der Rentbeamte F. Luchesi zu Frankenthal für immer des Dienstes entlassen und an dessen Stelle der Rentbeamte Ch. Braun zu Obermoschel versetzt.

München, 26. Dez. Wie man sich mit größter Zuversicht erzählt, soll an die englischen Fräuleins, welche einen Theil des Schlosses in Nymphenburg bewohnten, die Weisung ergangen sein, sich bereit zu halten, dieses Gebäude zu räumen, um 1000 Mann Soldaten Platz zu machen. (?) Es wird dies als Folge eines dort verbreiteten Gerüchtes bezeichnet, wonach wegen Lerchenfelds Abtreten eine Demonstration befürchtet würde. Daß diese Furcht alles Grundes entbehrt, brauche ich nicht zu erwähnen. Niemand denkt daran, um so minder, als man zu gut weiß, daß gewisse Leute nichts sehnlicher wünschen, als solche Vorkommnisse, um darauf hin nach dem Muster von Olmütz und Potsdam „geeignete Maßregeln" ergreifen zu können. Das Nachahmungstalent wenigstens kann man unserer Kamarilla gewiß nicht absprechen.

München, 26. Dez. Das Kabinetssekretariat, dessen Aufhebung allenthalben schon günstigst besprochen und selbst im Regierungsblatte vom 20. November ausgeschrieben und ohne weiters freudigst begrüßt worden war, soll — in der That noch immer bestehen. — Der nun als Hrn. v. Lerchenfeld's Nachfolger bestimmt gewordene Hr. v. Beisler soll vor Uebernahme des Portefeuilles, abermalige Trennung des in letzterer Zeit mit dem Ministerium des Innern wieder vereint gewordenen Ministeriums für Kultus und Unterricht, zur Bedingung gestellt haben. Noch aber ist unsere Ministerkrisis unentschieden.

München, 26. Dez. Von dem Mißbrauch, der mit Sinekuren noch häufig bei uns getrieben wird, geben „die Neuesten Nachrichten" folgende Beispiele: „Als der Kanalbau anging, wurde der k. Baukondukteur Erdinger zum Vorstande der Bauinspektion Nürnberg ernannt, aber von dort bis heute bei der Kanal- und Eisenbahnkommission im Dienste gelassen; als die Eisenbahnbauten angingen, wurde der k. Baukondukteur Ruber zum Civilbauinspektor in Augsburg ernannt. Das Amt hat ihn aber nicht gesehen, weil er bei den Bahnhöfen im Dienste blieb; als der Regierungsbaurath Ott in Ansbach starb, wurde der k. Oberingenieur und Eisenbahndirektor Pauli dahin ernannt, alle Welt wußte aber gewiß, daß der Ernannte nie seine Stelle antreten könne; als vor $1\frac{1}{2}$ Jahr der k. Kreisingenieur Pfeyfer zu Augsburg in Quieszenz trat, wurde der k. Eisenbahn-Oberingenieur Ruland auf diesen Posten ernannt, aber kein Mensch dachte im Schlaf daran, daß man ihn in Augsburg sehen werde; als vor $\frac{1}{2}$ Jahr der k. Kreisingenieur Mailener in Augsburg in Quieszenz trat, wurde für ihn der k. Eisenbahningenieur Maier auf diesen Posten befördert, es fällt aber Niemanden ein, ihn zu erwarten!" — Wir fragen demnach, ob hier die Aemter Beamte, oder die Beamte Aemter erhalten haben, und wie es dabei mit der so wichtig geschildert werden wollenden Verantwortlichkeit aussehe?! —

Der Landbote schreibt: „Dem nächsten Landtage soll unter anderm auch ein Gesetzentwurf über Bildung der ersten Kammer vorgelegt werden, nach welchem statt der erblichen Reichsräthe in Zukunft von 160 Wahlmännern, 32 Höchstbesteuerte gewählt werden, aus denen dann vom Könige 17 in diese Kammer ernannt werden."

Kaiserslautern, 20. Dez. Wegen des nachstehenden Artikels wurde gestern Christian Zinn, Geschäftsmann dahier, Redakteur des dahier erscheinenden Wochenblattes, vor dem hiesigen Zuchtpolizeigerichte zu einer Gefängnißstrafe von einem Monat verurtheilt.

Kaiserslautern, 31. Okt. Die Speyerer Zeitung vom 28. d. M. enthält einen Correspondenzartikel von Frankenthal über Anstellungen als Gnadensache, worin das Zweibrücker Hofleben gerade nicht von der besten Seite beleuchtet wird. Die Veranlassung gab die Ernennung eines Friedensrichters, welcher mehreren würdigen Candidaten aus früheren Examen, und mit besseren Noten, auf eine unbegreifliche Weise vorgezogen wurde.

Es dürfte wahrlich einmal an der Zeit sein, diesem Unwesen, wodurch

Digitized by Google

so mancher tüchtige Mann schon Jahre lang zurückgesetzt wurde, ein Ende zu machen. Man gestatte jedem Bewerber Einsicht in die Conduitenlisten, welche man bisher in geheimes Dunkel hüllte, damit er sich nöthigenfalls vertheidigen kann. Sodann lasse man die betreffenden Gerichte entscheiden, wer am meisten Ansprüche hat, und nicht einseitige Behörden, welche letztere bei Vergebung von Stellen bisher mit einer grenzenlosen Eigenmächtigkeit, und an das Aschgraue grenzenden Ungerechtigkeit verfahren sind. Es ist heilige Pflicht der Regierung, diesem Unfug Einhalt zu thun.

Wien, 24. Dez. So eben (4 Uhr) erscheint beifolgender offizieller Bericht, aus welchem die Stellung der kaiserlichen Armee ersichtlich ist. Somit wäre auch Raab von seinen Vertheidigern im Stich gelassen worden. Die Armee befindet sich auf der Heerstraße nach Pesth, und wir wüßten nicht, was sie auf ihrem Marsche aufhalten sollte, wenn sie, was wahrscheinlich ist, es nicht scheute, Komorn bei Seite und im Rücken zu lassen. Pesther Briefe melden noch immer, daß man unten in vollkommener Sorglosigkeit lebt. Kossuths Placate sprechen von einer Hungersnoth in Wien, von einer totalen Auflösung der kaiserlichen Armee, von der Gefangenschaft des Kaisers in Olmütz; die Journale erzählen ihren Lesern auch nur angenehme Dinge, und so ist man in Pesth voll Hoffnung von Tag zu Tag, daß ein Wunder für Ungarn geschehen müsse. So war es im Oktober in Wien, und wie es bei uns jetzt ist, wird es im Januar in Pesth sein. Fürst Windisch-Grätz will Neujahr schon in Pesth sein Quartier aufschlagen.

Viertes Armee-Bulletin. Nach den so eben aus dem Hauptquartier Ungarisch-Altenburg eingetroffenen Nachrichten des Herrn Feldmarschalls Fürsten Windisch-Grätz ist das erste und zweite Armeecorps zwischen Hochstraß und Raab schlagfertig aufgestellt, und die Avantgarde bis über die Rabnitz vorgerückt, ohne auf einen Feind zu stoßen. Vor Leopoldstadt ist die Division des Feldmarschallieutenants Simunich, um Preßburg jene des Feldmarschallieutenants Kempen aufgestellt. Von Oedenburg ist das Corps des Obersten Horvath gegen Güns vorgerückt, um einer feindlichen Colonne unter dem Rebellen Perczel, die sich gedrängt von der untern Mur über Körmend, Steinamanger und Papa mit den Insurgenten bei Raab zu vereinigen suchte, in die Flanken zu fallen. Während des Verweilens der Armee in ihrer letzten Stellung ist in jener ganzen Strecke, welche die Truppen auf beiden Ufern der Donau besetzten, d. h. im Preßburger, Wieselburger und Oedenburger Comitat, die Entwaffnung des Landvolks bewirkt, die gesetzliche Ordnung hergestellt, und die Einsetzung der königlichen Regierungskommissäre geschehen. Wien, am 24. Dez. 1848. Vom Civil- und Militärgouverneur Welden, Feldmarschallieutenant. (A. Z.)

Wien, 23. Dez. Vae victis! So können wir jetzt ausrufen, wenn wir an die Lage denken. Das Preßburger Komitat ist bereits unter das Martialgesetz gestellt. Indessen halten sich die Magyaren unendlich tapfer. Jellachich soll aus Wieselburg wieder verdrängt worden sein, und die „Handlanger des militärischen Schinders", wie die Truppen von den Aufständischen genannt werden, dürften noch viel Blut lassen, ehe es zur Entscheidung kömmt. Dadurch will man den heutigen Kanonendonner erklärlich finden, der am Wienerberge vernommen wird. Die Karpathengegend ist von den Ungarn wieder besetzt, der Paß Jablonitz dem General Schlik genommen. — Fischhof verlangte seine Entlassung und Stadion gab sie ihm — nicht! Also ist der Liberalismus aus dem Schiffbruche der Zeiten noch zum Theil von der Regierung gerettet! Sonderbar ist es, daß jetzt die Regierung freisinniger auftritt, als das Volk! Tempora mutantur und General Welden leidet keinen lauten Liberalismus. — Der Reichstag hat seine Sitzungen über die Feiertage bis zum 3. Januar vertagt, und seine Mitglieder haben zum großen Theil bereits Kremsier verlassen, um sich in ihre Heimath zu begeben. (D. C. Z.)

Olmütz, 21. Dez. Löhner und Füster haben in Kremsier die Weisung erhalten, das Weichbild der Stadt nicht zu verlassen. Commissäre sind dort von Wien angelangt, um die beiden Deputirten über einige nähere Umstände beim Morde Latours zu vernehmen. — Während alle Zeitungen von Siegen der kaiserlichen Truppen melden, überschritten die Magyaren vorgestern die mährische Gränze zum großen Schrecken der Landbewohner bei Hochwaldau. Aus Ung. Hradisch haben sich mehrere Bürger nach Olmütz geflüchtet, die wirklich einen Ueberfall ihrer Stadt befürchteten. — Die Prager Deputation wurde vom Kaiser sehr freundlich empfangen: er erwähnte ausdrücklich, daß die Prager versichert sein können, daß er die Freiheit schirmen und entwickeln werde. Ein Theil — der größte der Deputation — fährt gleich nach Prag mit dem Mittagtrain. (C. B. a. B.)

Herrmannstadt, 19. Okt. Durch eine von gestern datirte Proklamation hat der hiesige kommandirende General Feldmarschallieut. v. Puchner ganz Siebenbürgen unter das Kriegsgesetz gestellt. Seit der heute um 11 Uhr erfolgten Publikation erschöpft sich die Einwohnerschaft in Loyalitätsbezeugungen und hat so eben durch einen solennen Fackelzug ihren Dank für das Geschenk des Belagerungszustandes dargebracht. (D. C. Z.)

Krakau, 16. Dec. Ein gestern geradewegs aus Pesth angekommener junger Mann bringt folgende sichere Daten vom Kriegsschauplatze: Die Ungarn zählen 100,000 Mann reguläres Militär, Görgei hat das Obercommando über die ganze ungarische Armee und steht gegenwärtig mit 40,000 Mann bei Preßburg, General Perczel mit 20,000 Mann an der steierischen Grenze, General Bem commandirt mit 20,000 Mann gegen Siebenbürgen, darunter befinden sich 200 Mann von den mit Roth Gefangenen. Dem Feldmarschallieutenant Schlik gegenüber steht Obrist Pulszky mit 20,000 Mann, theils regulären Militärs, theils Landsturm. Die polnische Legion zählt 850 Mann und steht unter dem Commando Wysocki's, eines Krakauers. — Die Ungarn zweifeln nicht an ihrem Siege. Die Pesther Gewehrfabrik liefert täglich 200 Gewehre, Kirchenglocken werden zu Kanonen umgegossen, Waffen haben sie in Unzahl und Leute mehr als sie bewaffnen können; nur an tüchtigen Compagniecommandanten gebricht es ihnen. — An den Verschanzungen Pesths muß wöchentlich 3 Tage die ganze Bevölkerung ohne Unterschied arbeiten.

CC Berlin, 26. Dez. (Pr.-C.) Der Weihnachtsabend hat auch unsern außerhalb ihrer Familien lebenden belagernden Soldaten manche angenehme Bescheerung gebracht. Nicht allein, daß die Königin dem Bataillon pommerscher Landwehr im Schlosse einen großen, herrlichen Baum, mit Aepfeln, Nüssen und Cigarren daran, für jeden angezündet hatte, auch die Bürger, deren Geschäfte seit der Anwesenheit der Soldaten einen merklichen Aufschwung genommen, schickten reichliche Gaben in die benachbarten Casernen.

Auch das geheime Ober-Tribunal soll nicht ohne Christgeschenk bleiben, eben so wenig wie Herr Waldeck. Für das erstere circulirt ein Mißtrauensvotum unter den hiesigen Juristen, für letztern eine Vertrauensadresse unter dem Publikum.

Berlin, 18. Dez. In Folge der Proklamation unserer oktroyirten Verfassung soll eine mehr als gewöhnliche Spannung zwischen dem Petersburger und dem hiesigen Kabinette eingetreten und als Ausfluß dieser Stimmung der russische Gesandte mit Uebergabe einer Note beauftragt sein, in der die Gefahren, welcher der König von Preußen sich und seine Dynastie durch die gegenwärtige Verfassung ausgesetzt habe, in greller Farbe geschildert und ziemlich unumwunden erklärt wird, daß man sich schwerlich in der Lage befinden werde, in späterer Zeit der Regierung Sr. Maj. zur Unterdrückung revolutionärer Uebergriffe Hülfe angedeihen zu lassen, nachdem der Bekundung derselben Seitens der Regierung selbst so großer Vorschub geleistet werde.

Berlin, 23. Dez. Mehr als vier Wochen Ruhe bedurfte es nicht, um in den deutschen Fürsten den kaum erstorbenen Bramarbas wieder zu erwecken. „So lag ich, und so führt' ich meine Klinge", sagt Friedrich Wilhelm. Ob er wohl glaubt, daß wir es vergessen haben, wie klassisch er vor dem Volke zitterte, wie er sein Haus in Sanssouci mit Bataillonen panzerte, wie ihn der Gedanke an eine rothe Feder schreckte und wie ihn der böse Feind selbst in der Gestalt seiner Brüder verfolgte? Nein, vergessen hat er sie nicht, die schlimmen sieben Monate der für Königthum magern Weide, er benennt sie nur anders, als wir, und führt sie in seinem Tagebuche unter dem Titel einer göttlichen Prüfung. Aber die Schreckensbilder sind gewichen vor dem Feldgeschrei der treuen Teltower und vor dem passiven Angriffe seines Heeres, die Zeit der Feste kehrt zurück, wo es sich ziemt, sich mit der fürstlichen Garderobe zu schmücken, mit Scepter, Krone und Purpur, ohne die das Königthum doch reizlos wäre.

Es ist heute nicht mehr das unbefleckte jungfräuliche Königthum, das zu uns spricht; es hat vom Baum der Revolution essen müssen und ist um die Erkenntniß reicher geworden, daß es nur bei den Bauern noch (?) populär ist. Noch ein Sturm, und es wird keine Pflege finden, als bei den frommen Köhlern. (N. D. Z.)

Kurhessen. Der Volksbote schreibt: „Es ist stark die Rede davon, daß zu Fulda die katholische deutsche Universität gegründet werden soll, von deren Errichtung die in Würzburg versammelten Bischöfe gesprochen haben. Fulda hat wirklich vor vielen andern Städten Anspruch darauf, wieder der Sitz einer Universität zu werden, nachdem dort seit den frühesten Zeiten die berühmteste Klosterschule Deutschlands gewesen ist, in welcher viele Fürsten, Bischöfe und Aebte Deutschlands und Frankreichs ihre Bildung erhalten haben. Der Fürstabt Adolph von Dalberg hat schon im Jahre 1733 dort eine katholische Universität gegründet, die mit päpstlichen und kaiserlichen Privilegien ausgestattet, im Jahre 1805 aufgehoben worden ist.

Kassel, 24. Dez. Das Urtheil über die Offiziere und Soldaten der Garde-du-Korps, welche vor längerer Zeit friedliche Bürger ohne Befehl meuchelmörderisch überfiel, ist nun gesprochen. Und wie ist es ausgefallen! Der am meisten gravirte Lieutenant v. Verschuer hat — einen Monat Festungsarrest bekommen; die anderen erhielten einige Tage oder Wochen Arrest. Man thut alles mögliche, um den Soldaten die Ueberzeugung beizubringen, daß die ritterliche Treue auch in ihrer Uebertreibung herzerwärmend ist. Und wie könnte sich diese Treue glänzender zeigen, als durch Angriffe auf unbewaffnete Bürger, die doch gar leicht Wühler sein können, und wie soll man diese Treue wahren, wenn man kleine Privatvergnügungen so strenge ahnden wollte? (N. D. Z.)

Darmstadt, den 23. Dez. In der Sitzung vom 20. Dez. erschöpfte die Opposition alle Macht der Beredsamkeit und der Logik, um

Digitized by Google

die Genehmigung des Zweikammersystems zu verhindern. Vergebens! Es wurde mit 28 gegen 16 Stimmen angenommen. Die Opposition machte später darauf aufmerksam, daß $^2/_3$ Stimmen nöthig wären, um einen solchen Beschluß, der eine Veränderung der Verfassungsurkunde enthalte, durchzusetzen. (N. Rh. Z.)

L **Frankfurt**, 28. Dez. (P.-C.) 144. Sitzung der deutschen konstituirenden Nat.-Vers. — Die kürzeste aller Sitzungen, so lange des deutschen Volkes Vertreter in Frankfurt tagen, war die heutige, auf welcher außerdem eine eigenthümliche Schläfrigkeit in der kalten, kaum oder gar nicht geheizten Kirche ruhte und die zwischen Weihnachten und dem neuen Jahre — was wird es uns bringen? — nur so hineingeschoben schien, um sich gleichsam nur einmal wieder zusammenzufinden, zum Zeichen, daß man noch nicht auseinandergestoben oder gar etwas unfreiwillig sich entfernt habe. Die Gegenstände der heutigen Sitzung waren ähnlicher gleichgültiger Art und paßten so in ihrer Erledigung zum Tone der ganzen Versammlung. — Nach Anzeige einiger ausgetretenen Mitglieder, Beiträgen zur deutschen Flotte und von reichspatriotischen Buchhändern beantwortete der Kriegsminister **Peucker** einige Interpellationen, zuerst die von **Hönninger** wegen militärischer Besetzung des Fürstenthums Schwarzburg-Rudolstadt. Wir hören, daß in Folge der Zustände in den sächsischen Herzogthümern die Absendung von Reichstruppen im Monat Oktober auch in genanntes Fürstenthum nöthig geworden, indeß seit Wiederherstellung der neu organisirten Bürgerwehr nur noch 3 Compagnien in dem gesammten schwarzburgischen Lande stünden, eine weitere Verringerung nicht mehr vorgenommen und eine Ueberbürdung der Einwohner jener Gegenden durch Einquartierung nicht für begründet erachtet werden könne. Die zweite Beantwortung galt der Interpellation **Würth's** von Sigmaringen gleichfalls wegen militärischer Besetzung. Dieselbe war bei den sogenannten anarchischen Zuständen, in deren Folge der Fürst sich hätte flüchten müssen, nothwendig; außerdem die Organisation daselbst so schlecht, daß seit 1846 kein Contingent gestellt wurde. Gegenwärtig seien nur noch 2 Compagnien dort, also kein Grund zu besonderer Beschwerde! Die Interpellanten sind indeß mit der Antwort des Hrn. Ministers doch nicht zufrieden, und behalten sich weitere Anträge vor. — Die **Tagesordnung** bringt eine Reihe Berichte, darunter einen über mehrere Petitionen in Betreff der Eisenbahnen. Hier allein sind von früher 2 Redner eingeschrieben; der eine indeß verzichtet, der andere hat unterdeß Urlaub genommen, was die Heiterkeit der Versammlung erregt! Die Anträge des Ausschusses, über die Petionen theils zur Tagesordnung überzugehen, theils sie an die Centralgewalt zu verweisen, werden angenommen; ebenso bei den folgenden Berichten über Petitionen einiger Schützengilden, bei denen Tagesordnung vorbehaltlich des bei Berathung des allgemeinen deutschen Wehrgesetzes zu fassenden Beschlusses auf Vischer's Antrag angenommen wird. Ein Antrag Pinckert's, die Präsidentenwahl betreffend, wird beseitigt, indem man durch Uebergang zur Tagesordnung die alte Weise beibehält. Der letzte Gegenstand ist ein Gesuch des Pfarrers Schellenberg zu Cleeberg im Nassauischen, Seelenverkäuferei betreffend. Es betrifft nämlich das Auswandern vieler Knaben und Mädchen aus dem Hessischen und Nassauischen, namentlich nach England, wo sie dann von niedrigen Speculanten zu den gemeinsten Diensten gemißbraucht werden, und in Noth und Schande enden. Es sind dieß besonders die sogenannten Fliegenwedler und die hessischen Besenmädchen (hessian broom-girls). — Die ganze Schilderung bietet einen traurigen Beleg zu unseren theilweise so trostlosen socialen Zuständen. Der Antrag des völkerrechtlichen Ausschusses: „Das gedachte Gesuch nebst mehren Anlagen dem Reichsministerium zu geeigneter Verfügung mitzutheilen," wird angenommen. Hiemit war um $^1/_2$ 11 Uhr die Tagesordnung bereits erschöpft. Nachdem noch der volkswirthschaftliche Ausschuß wegen Vorlage der Gewerbsordnung von Maltzahn interpellirt worden, und die nächste Sitzung Mittwoch den 3. Januar zur Wahl der drei Vorsitzenden anberaumt war, wurde die heutige geschlossen. —

Frankfurt, 27. Dez. Wir erhalten so eben die zuverlässige Nachricht, daß Hr. v. **Schmerling** auf seiner Reise nach Olmütz in Leipzig einem nach Frankfurt gehenden österreichischen Courier begegnete, der ihm die Botschaft überbrachte, daß ihn das kaiserliche Ministerium zum österreichischen Bevollmächtigten bei der Centralgewalt ernannt habe. Wir glauben hierin einen deutlichen Beweis zu finden, wie sehr die österreichische Regierung von der Wichtigkeit der deutschen Frage durchdrungen ist. Zugleich erscheint uns dies als ein Fingerzeig in Betreff der Ansicht, welche das österreichische Ministerium von dem Gagern'schen Programme hegt. (F. J.)

Ausland.

Bern, 21. Dez. Es bereitet sich ein ernster Kampf zwischen der Staatsgewalt und der katholischen Kirche vor. Die in der letzten Zeit der Hierarchie immer mehr drohende Gefahr hat der ultramontanen Partei neues Leben gegeben. Zunächst zeigt sich dies in der Gründung mehrerer neuer Zeitungen, welche dem römischen Interesse dienen sollen und von Neujahr an erscheinen. Von der Entscheidung des Kampfes in Italien wird es abhängen, in wie weit durch die wiedererwachte Regsamkeit der hierarchischen Partei der Friede der jungen Eidgenossenschaft bedroht ist. — Der Zwiespalt zwischen Deutschland und der Schweiz kann als beendigt angesehen werden. Von einer weiteren Beschränkung des Personenverkehrs an der Gränze verlautet nichts. (F. J.)

***Paris**, 26. Dez. (Pr. C.) Die einzige Neuigkeit von Bedeutung ist die von den toskanischen Blättern gegebene Nachricht, daß der Pabst sich entschlossen habe, das neapolitanische Gebiet zu verlassen und wieder in den Kirchenstaat zurückzukehren, wo er unter dem Schutze einer englisch-französischen Flotte in Civita-vechia residiren und die Wiederherstellung seiner Autorität in Rom abwarten will. Dieser Entschluß soll auf Andringen der Gesandten Frankreichs und Englands gefaßt worden sein. Zugleich hat der Pabst ein neues Ministerium gebildet, bestehend aus dem Cardinal Antonetti, dem Abbe Rosmini, den Herrn Bevilacqua, Montanari und Ricci und dem General Zuchi. Von Livorno aus wird zugleich gemeldet, daß das römische Ministerium Mammiani seine Entlassung gegeben habe. Die Journale der römischen Bewegung sind entmuthigt und eine Krisis scheint heranzunahen. — Man versichert, daß die Regierung in ihrem Programme die Schließung aller Clubbs beantragen und zugleich die Amnestie verkündigen werde. Albert, Raspail, Barbes, Louis Blanc und Caussidiere sollen, wie der Corsaire sagt, von der Amnestie ausgeschlossen sein.

Paris, 25. Dez. Es wird als gewiß mitgetheilt, daß Hieronymus Napoleon Bonaparte, Mitglied der Nationalversammlung, von der neuen Regierung der franz. Republik mit einer außerordentlichen Sendung nach England und Rußland beauftragt werden wird. — Louis Napoleon hat 26 Wagen und den Ankauf von 50 Pferden für seinen Stall bestellt. — Bei dem Bronzehändler Deniere sind die Spielzeuge, welche den Kindern der Herzogin von Orleans gehörten, zum Verkaufe ausgestellt worden. — Durch ein von Hrn. Odilon-Barrot im Namen des Ministerraths unterzeichnetes Dekret ist General Hieronymus Bonaparte zum Gouverneur des Hotels der Invaliden ernannt, an die Stelle des Marschalls Molitor, welcher durch dasselbe Dekret zur Würde eines Großkanzlers der Ehrenlegion berufen wird. (Fr. J.)

Paris, 21. Dez. Das Ministerium beabsichtigt die Mobilgarde aufzulösen und daraus ein neues Corps zu bilden, daß den Namen „**Constitutionsgarde**" (garde de la Constitution) erhalten soll. Die Soldaten dieser umgetauften Garde werden jedoch keine größere Löhnung als die Soldaten der Linie erhalten. Erinnert man sich, daß die Mobilgarde für ein Jahr zu 1 Fr. 50 Cent. der gemeine Mann vertragsmäßig geworben wurde, so kann diese Reform entweder erst künftigen März ausgeführt werden, oder die Regierung müßte allen jenen, die in die neue Garde unter gewöhnlicher Löhnung einzutreten sich weigerten, entlassen, und ihnen bis zum März täglich 30 Sous fortbezahlen. (A. Z.)

Kopenhagen, 21. Dez. Die Berlingsche Ztg. theilt aus Fyens Avis mit, daß „die Lumpen von Schleswig-Holsteinern nun ganz den Muth verloren hätten, nachdem sie sich auf ihre große Armee nicht mehr verlassen könnten. Die Verräther hätten bei dem Freischaarenführer v. d. Tann angefragt, ob er ihnen nicht Truppen gegen ihre innern und äußern Feinde verschaffen könne. Tann wolle 30,000 Mann zusammenbringen, aber nur gegen Vorausbezahlung von 3 Monat Sold, worauf die Schleswig-Holsteiner sich aber nicht einlassen könnten, da ihre Kassen leer seien, indem nicht nur in Nordschleswig, sondern auch in Holstein sich Steuerverweigerung zeige. Die am meisten Prostituirten unter den Offizieren wollten in Oesterr. Dienste treten." (F. J.)

Färberei-Verkauf.

In einem freundlichen Landstädtchen am Main gelegen, ist ein in guten Gang befindliches Färbereigeschäft mit vollständiger Einrichtung hierzu, Familienverhältnisse wegen, unter annehmbaren Bedingnissen durch unsre Vermittlung stündlich zu verkaufen. Das dabei befindliche Haus ist dreistöckig, sehr geräumig, und mit allen zur Betreibung des Geschäfts benöthigten Lokalitäten versehen. Hierauf Reflektirende belieben sich portofrei zu adressiren an **G. J. Michel.**

Bei der 444. Ziehung zu Nurnberg kamen folgende Nummern zum Vorschein:

36. 3 1. 80. 66.

Fremden-Anzeige.

Vom 27. Dezember 1848:

(Adler) Hartlaub, Kfm. v. Schweinfurt. Röß, Kfm. v. Dusseldorf. (Ruff. Hof) Hopp, k. Reg.-Director v. Würzburg. Schneider, k. Landrichter m. Fam. v. Kronach. (Wittelsb. Hof) Eberhard, Buchdrucker v. Stuttgart. Feldkirchner, prakt. Arzt v. Bayersdorf. Gerber, Kfm. v. Heidelberg. Hautsch, Kfm. v. Bamberg. Mad. Philippi m. Tochter v. Offenbach. (Würtemb. Hof) Graf Turnaf m. Bed. v. Lemberg. Dr. Kamm Volkach. v. Haffold, Apotheker v. Schöllkrippen. Leonhard, Kfm. v. Basel. Stein, Kfm. v. Lübeck.

Theater-Anzeige.

Freitag den 29. Dezember:

Wegen Unpäßlichkeit der Fräulein **Achilles** und des Herrn **Lehmann** findet heute keine Vorstellung statt.

Sonntag den 31. Dezember:

Das Urbild des Tartüffe.

Lustspiel in 5 Akten von Dr. Karl Gutzkow.

Hr. **Frey**, v. Theater in Köln, „Molière" zum Debüt.

Der Neujahrsbälle wegen ist der Anfang um 5 Uhr.

Redaktion: A. Oestreicher. St. Gätschenberger. Druck von F. E. Thein.

Digitized by Google

Diese Zeitung erscheint täglich Nachmittags 2 Uhr, und kostet in ganz Bayern vierteljährig 1 fl. 30 kr. Bestellungen werden bei den kgl. Postämtern, sowie in der Expedition bei Hrn. Buchhändler K. Strecker in der Eichhorngasse gemacht.

Neue Fränkische Zeitung.

Ein grundrechtliches Staatsbürgerblatt.

Inserate jeder Art werden zu 3 Kreuzer die dreispaltige Petitzeile berechnet, ausgenommen bei Abonnenten, deren Anzeigen bis zum Betrag der Hälfte des Blattpreises frei gehen. Briefe und Gelder werden portofrei erbeten.

№ 7. Würzburg, Samstag den 30. Dezember 1848.

+ Die Octroyirung einer Verfassung für Preußen.

(Schluß von Nr. 5, Seite 16.)

Es werden ferner, sagt man — in Zukunft nur solche Männer Minister werden, welche das Vertrauen der Mehrheit der Volksvertretung haben; allein die reelle und praktische Gewähr hiefür gibt die Verfassung nicht, indem sie den Kammern ein wirkliches Steuerbewilligungs- und folglich auch Steuerverweigerungsrecht nicht einräumt. Wohl wird nach Art. 98. der Staatshaushalt jährlich durch ein Gesetz festgestellt, wohl dürfen nach Art. 99. Steuern und Abgaben für die Staatskasse nur, so weit sie in den Staatshaushalts-Etat aufgenommen oder durch besondere Gesetze angeordnet sind, erhoben werden; aber die bestehenden Steuern und Abgaben werden nach Art. 108. forterhoben, bis sie durch ein Gesetz abgeändert werden, also, da zum zu Stande kommen eines Gesetzes die Einwilligung der Regierung erforderlich ist, bis ein der Regierung genehmer Beschluß von den beiden Kammern gefaßt worden ist. Niemals wird es den künftigen Kammern Preußens gelingen, dem Ministerium Brandenburg die Fortführung der Regierung unmöglich zu machen. Genehmigen dieselben auch das von diesem Ministerium vorzulegende Budget nicht, so wird es Kraft der ihm verfassungsmäßig eingeräumten Befugniß die bisherigen Steuern und Abgaben, bei welchen die Regierung ganz wohl bestehen kann, fortbeziehen und die Unzufriedenheit der machtlosen Kammern verlachen. In einem Staate, wo die constitutionelle Monarchie eine Wahrheit ist, muß den Ständen das Steuerbewilligungs- und Verweigerungsrecht zukommen, damit dieselben durch Verweigerung der zu Fortführung der Regierung erforderlichen Mittel ein ihr Vertrauen nicht besitzendes Ministerium zum Rücktritte nöthigen können. Je größere Gewalt die octroyirte Verfassung der Regierung einräumt, um so unerläßlicher ist, als Gegengewicht, das Steuerverweigerungsrecht der Stände.

Die octroyirte Verfassung setzt zwei Kammern ein, die Wahlen in beide sind mittelbare. Bei der Wahl in die zweite Kammer dürfen nur selbstständige Preußen wählen, wodurch beinahe der ganze Arbeiterstand von dem Wahlrechte ausgeschlossen werden kann. Die erste Kammer wird durch Census gewählt; zu ihr dürfen die kleineren Handwerker, die Arbeiter, Subalternoffiziere, Unteroffiziere, Soldaten, Subalternbeamte, ein großer Theil der Geistlichkeit und der Lehrer nicht mitwählen; in sie sollen nur solche Leute gewählt werden, die sechs Jahre hinter einander jährlich auf eigene Kosten ein halbes Jahr in Berlin leben und außerdem zu Hause für Familie, Geschäft und Gewerbe sorgen können. Durch diese erste Kammer, welche hiernach vorzugsweise durch die Geld-, Adels- und Beamten-Aristokratie besetzt werden wird, wird voraussichtlich jeder Fortschritt, selbst wo die Regierung solchen will, gehemmt werden. Wird eine solche Kammer geneigt sein,

in die Einführung des allgemeinen Wahlrechts ohne Census in die Gemeinden, Kreis-, Bezirks- und Provinzial-Verwalung,

in eine Revision der octroyirten Verfassung im wahrhaft konstitutionellen und demokratischen Sinne,

in unentgeldliche Aufhebung derjenigen Feudallasten, deren Aufhebung ohne Entschädigung die Nationalversammlung schon beschlossen hatte, deren Genehmigung Seitens der Krone mit Grund zu erwarten war, da der betreffende Gesetzentwurf durch k. Botschaft eingebracht worden, in Aufhebung der Grundsteuerfreiheiten und der Klassensteuerbefreiungen, worüber ebenfalls durch k. Botschaften Gesetzentwürfe in die Nationalversammlung gebracht waren,

in Einführung einer Einkommensteuer — man erinnere sich des Schicksals des Einkommensteuergesetzentwurfes in der Kurie der drei Stände des ersten vereinigten Landtags,

in Einführung für die Verpflichteten wesentlich erleichternder Ablösungsgrundsätze,

in Herstellung einer wahrhaft, nicht blos scheinbar volksthümlichen und constitutionellen Regierung,

einzuwilligen?

Willigt die erste Kammer nicht darein, so wird aus alle dem Nichts, es bleibt dann bei der octroyirten Verfassung, wie sie ist, bei den Magistraten, Landräthen und Regierungen, wie sie sind, bei dem Unterschied zwischen Bürger und Schutzverwandten, bei der Befreiung der Rittergüter von der Grundsteuer, bei den bisherigen für die Berechtigten zu vortheilhaften, für die Verpflichteten zu nachtheiligen Ablösungsgrundsätzen, bei dem bisherigen Steuersystem, bei der bisherigen Schulverfassung, bei den dermaligen Strafgesetzen.

Es bleibt überhaupt so wie es ist, es kommen nicht einmal die durch königliche Botschaften bereits bei der Nationalversammlung eingebrachten Maßregeln zu Stande, deren Annahme Seitens der National-Versammlung bereits gewiß war.

Wir enthalten uns, auf weitere Mängel und Lücken der Verfassung einzugehen. Jeder begreift, daß eine Verfassung nicht freisinnig ist, welche die zeitweise Entziehung der Grundrechte des Volkes der Willkür der Regierung anheimgibt, welche durch Versagung der Steuerverweigerungsrechtes der Volksvertretung unmöglich macht, ein ihr Vertrauen nicht besitzendes Ministerium auf gesetzlichem Wege zu entfernen, welche durch das der Krone und einer voraussichtlich stets durch die Geld-, Adels- und Beamten-Aristokratie besetzten ersten Kammer eingeräumte absolute Veto jeder zeitgemäßen Verbesserung der Verfassung und Gesetzgebung ein schwer zu überwindendes Hinderniß entgegensetzt.

Wir müssen es zu unserem lebhaften Bedauern aussprechen:

die in der Octroyirung der Verfassung liegende Rechtsverletzung der preußischen Regierung wird durch den Inhalt dieser Verfassung nicht gemindert, sonder vergrößert. Nicht um dem preußischen Volke so schnell als möglich eine freisinnige Verfassung zu geben, hat die Krone octroyirt; sie hat es gethan, damit kein anderer Wille Gesetz werde, als der ihrige; sie hat das in rechtsgültiger Weise zu Stande gekommene Patent über Vereinbarung einer Verfassung gebrochen, um thatsächlich an den Tag zu legen, daß sie nur eine Souverainetät der Krone, nicht des Volkes anerkenne.

Das, Preussisches Volk! ist für Dich die Errungenschaft der Märztage!

Der März-Verein.

Das Programm des Herrn v. Gagern.

I. Wir stehen nicht auf der Seite des Gagern'schen Programms. Was wir auch von Heinrich v. Gagern als Staatsmann und Deutschen erwartet haben mochten, — Das wenigstens hatten wir nicht erwartet, daß er seine so lange hinausgeschobene, und wie man glauben mußte, für einen entscheidenden Moment aufbewahrte ministerielle Thätigkeit damit beginnen werde — eine durch die unseligsten Verhältnisse eingeleitete Trennung und Theilung Deutschlands sanctioniren lassen zu wollen. Wie bewußt und begründet auch der Drang nach Einheit gewesen sein mochte, von dem mitgeleitet sich im März das deutsche Volk erhob, er war doch zugegen im Bewußtsein oder im Instinkte eines Volkes, das nach langer geduldiger Ertragung aller Uebel, welche nur auf ein Volk gehäuft werden können, endlich die Hauptquelle derselben in einer an sich heillosen, außerdem aber noch heilloser gemißbrauchten Zerrissenheit entdeckt hatte. Dieses Gefühl erzeugte das Gelöbniß, daß man auch nicht Einen Fuß deutscher Erde sich entreißen lassen wolle, und führte jenen Krieg, der in seinem unehrenvollen Ende, wie er uns bereits während seiner Dauer manchfach bedenklich machte, der Anfang endloser Verwicklungen und unsäglichen Unheils werden sollte.

Digitized by Google

Freilich ist es auch mit uns am Ende des Jahres ganz anders geworden, als es im frischen Wehen des Frühlings gewesen. Wer hätte damals mit einem Plane kommen dürfen, der nicht Einen Fuß Landes, sondern Millionen von Deutschland trennen soll! Dahin hat uns eine schmähliche Politik gebracht, was wie noch vor Kurzem mit Entrüstung als die schnödeste Zumuthung zurückgewiesen hätten, jetzt als eine Nothwendigkeit betrachten zu sollen. Und doch sträuben wir uns gegen eine solche Ansicht der Dinge, und werden es immer thun, mag die sogenannte „gute Presse", meistens nur eine feile Buhldirne der Gewalt, dahinter wittern, was sie will. Ein Ministerium, wie das jetzige österreichische, halten wir für das allerletzte, das maßgebend die Politik des jungen Deutschlands leiten sollte. Abgesehen von Allem, was ihm vorhergegangen und es noch begleitet, sind wir geneigt, es nach dem Beweise seiner Gesinnung, den es mit jenem Dekrete, das sämmtlichen Staatsdienern unbedingt das Recht zur Theilnahme an politischen Klubbs nimmt, darlegt, für gefähelicher und schlechter zu halten, als selbst weiland Herrn Metternichs Kabinet. Was weiter von ihm zu erwarten, sagen uns ziemlich unumwunden seine Organe, wenn sie von den „Rechten der Krone" gegenüber der „kläglichen Phantasmagorie der schrankenlosen Volkssouveränität" (d. h. in vernünftiges Deutsch übersetzt: von der usurpirten Gewalt von Gottes Gnaden gegenüber dem heiligen Rechte und freier Selbstbestimmung) phantasirend, in Aussicht stellen, daß die Regierung vielleicht versucht werden könnte, dem Reichstage (in Kremsir) eine kleine Lehre in der Politik zu geben, nämlich rascher zu denken und rascher zu handeln, als er selbst — wenn er durch die vielen Lockungen des öffentlichen Lebens, wie sie in der Gestalt von Interpellationen, Formfragen und andern erscheinen, sich von seiner Bahn abwenden lassen sollte. Wahrhaftig deutliche Fingerzeige! Auf das Programm eines solchen Ministeriums seine Politik zu gründen, in ihm eine Bestätigung einer früher ausgesprochenen staatsmännischen Ansicht, welche damals so wenig Anklang fand, gleichsam mit Freuden zu begrüßen, ist mindestens etwas übereilt. Leider hatte Herr v. Gagern Recht, als er jenesmal meinte, in einigen Wochen vielleicht werde durch die Ereignisse seine Ansicht gerechtfertigt sein; aber der augenblickliche Sieg seiner Ansicht stützte sich in trauriger Weise auf einen Sieg der Gewalt, welche das deutsche Element mit Füßen, die deutschen Farben in den Koth trat, — auf den Triumph einer Kamarilla, welche ihren scheinbar vergessenen Namen aufs Neue mit blutigen Zügen in das Gedächtniß der Völker schrieb. Wir kennen eine höhere Politik, als die Klugheit; und wer bürgt Herrn v. Gagern dafür, daß, was heute dem österreichischen Ministerium zu prographieen beliebte, nicht morgen ganz anders gedeutet wird?

Gerade wenn wir den oft zu hörenden Vorwurf, Schwebler und Nebler zu sein, verdienen würden, müßten wir uns von den Fluctuationen der Ereignisse, dem Einflusse der Macht hin- und herbewegen lassen, uns heute dieser, morgen jener Politik hingeben; wir anerkennen aber eine andere, von der wir die feste Ueberzeugung haben, daß sie die einzig richtige, daß sie die aller wahren großen Staatsmänner, und am Ende zur vollen Gültigkeit gelangen wird. Im März kam sie zur Sprache und Bezeichnung, und sie wird — das mögen die Ketzer und Renegaten einstweilen glauben — das letzte Wort führen. Wer schweift wohl mehr im Idealismus — freilich von sehr materieller Beimischung — und im Phantastischen herum: der, welcher die ewigen Grundsätze des Rechts gewahrt wissen will, oder wer sich von den Ereignissen hin- und herwerfen läßt?

Wir wollen die Freiheit und die Einheit; aber wir wollen beide in ihrem wahren, vollen Umfange, nicht letztere mit jener oder dem Verluste eines wesentlichen Gliedes erkauft. Die Verwirklichung einer verrotteten Idee ist mit einer Theilung Deutschlands zu theuer erkauft. Vor Allem aber ist es nöthig, über unsere Stellung ins Klare zu kommen. Entweder war Alles, was wir im März dieses Jahres gefühlt, gedacht und errungen zu haben glaubten, wirklich nichts anderes, als ein schöner Traum oder höchstens die geringfügige Abschlagszahlung für eine ungeheure Schuld, und noch dazu in verschlagenem, außer Cours gesetztem Gelde; oder es war Etwas — dann wollen wir uns darüber klar werden, daß uns das Wesen unter den Händen wegeskamotirt worden ist durch schlechte Taschenspielerkünste. Verkennen wir dann nicht, daß wir vor der Hand das Schlachtfeld verloren haben. Diese Erkenntniß einer verlorenen Schlacht wird weniger verderblich sein, als die gefährliche Selbsttäuschung und eine halbe Vermittlung. Aber auch von diesem Standpunkte aus sagen wir mit doppelter Bestimmtheit: Wir stehen nicht auf der Seite des Gagern'schen Programms! —

Inland.

München, 28. Dez. Der Landb. schreibt: Sollte es wirklich begründet sein, daß durch die Einkommen- und Kapitalsteuer der Hr. Rentbeamte von München eine reine Tantieme von 13,000 fl. bezieht? Man bittet um gefälligen Aufschluß. (N. K.)

München, 28. Dez. Bei dem Kassationshofe der Pfalz wurde ein eigener Anwalt aufgestellt und hiezu der Rechtspraktikant J. Simmeel in München ernannt, der Kreis- und Stadtgerichtsassessor Chr. Otto zu Nürnberg von den Funktionen eines zweiten Staatsanwaltes am königl. Kreis- und Stadtgerichte enthoben und statt dessen der k. Kreis- und Stadtgerichtsassessor J. Schumann als zweiter Staatsanwalt ernannt. (N. M. Z.)

„Dem Reg. Tagbl. schreibt man amusant genug aus München: Es ist hier schon Vielen aufgefallen, daß Abel, der sonst vor jeder Kirche das Zeichen des Kreuzes machte und den Hut abzog, jetzt selbst an offenen Kirchen vorübergeht, ohne nur den Hut zu berühren." — In München wird dem abgetretenen Minister Lerchenfeld ein großartiger Fackelzug vorbereitet.

Aus München, 27. Dez. schreibt man der A. Abendz.: Ueber unsere noch immer nicht gelöste Ministerkrisis zirkulirt heute folgende Kombination: Die Kirchen- und Schulangelegenheiten sollen abermals vom Ministerium des Innern getrennt und ein eigenes Ministerium für dieselben wieder hergestellt werden und der Reichstag-Abgeordnete Professor Edel aus Würzburg dasselbe erhalten, vorausgesetzt, daß er es annehme. Dagegen soll das erst neugebildete Ministerium des Handels und der öffentlichen Arbeiten wieder aufgehoben, resp. abermals mit dem Ministerium des Innern vereinigt und dieses Ministerium Herrn v. Beisler übertragen werden. Daß solche Vorschläge bestehen, ist wohl kaum zu bezweifeln, ob sie aber zur Ausführung kommen, steht dahin. Da Professor Edel schon vor mehreren Tagen hierher berufen wurde, so dürfte derselbe heute oder morgen hier eintreffen. Vor Ende der Woche wird demnach die Ministerkrisis jedenfalls nicht beendet sein. — Unter J. Riedel's Präsidium hat sich hier ein „Märzverein" gebildet, welcher morgen seine erste Generalversammlung hält. (N. K.)

München, 26. Dez. Der zur Budget-Vorlage von der Verfassung anberaumte Termin geht in wenigen, in so wenigen Tagen zu Ende, daß die Constituirung der Kammer vor seinem Abflusse nicht mehr möglich ist. Wir begreifen es, daß man, ermuthigt durch die Vorgänge in den Nachbarländern, nun kein Bedenken mehr trägt, die unwillkommene Maske fallen zu lassen, und — wie bei früheren Anlässen den Geist — nun auch die Formen des verfassungsmäßigen Staatslebens bei Seite setzt. Wer aber in Erwägung zieht, daß außer dem moralischen Einflusse der sieggekrönten Gewaltmaßregeln in Wien und Berlin hauptsächlich die verdreifachte Anzahl der Bayonnette zu solchem Beginnen ermuthigt, den muß befremden, daß nicht die Rücksicht auf eben diesen letztern Umstand zu einer endlichen Einberufung des Landtags drängt. Nicht in selbem Maße, wie die Ausgaben, sind die ordentlichen Einnahmen gestiegen und die „Einbringungen" aus den Vorjahren „freistaatlichen" Haushaltes hat unseres Wissens noch keine Wünschelruthe zu Tage gefördert. Die Ablösungen — einmal bezahlte Capitalien für nicht mehr wiederkehrende Einnahmsbeträge — sind verzehrt; verzehrt ist die freiwillige Anleihe, und schon zu wiederholtenmalen haben in einer nahen Stadt Banquierskassen klingenden Regen auf die dürstende Staatskasse niederträufeln müssen! Viel vermag die Reaktion — doch nicht Alles! In's eiserne Zeitalter hat sie uns versetzt: das goldene vermag sie nicht heraufzuzaubern. Schwer wiegt das Eisen in der Wagschale der Staatengeschichte: doch kauft es sich nur um Gold. Wie dieses schaffen, bieten nicht die Abgeordneten die Hand? Ist's der Zweifel an ihrer Bereitwilligkeit, hiezu mitzuwirken, der die Ausfertigung der Einberufungsschreiben hemmt? Dann möge man bedenken, daß hier von „keiner zweifelhaften Wahl" — nein — von einem „verhaßten Muß" die Rede ist, und daß der Biß in diesen Apfel, sei er noch so sauer, der Regierung weder erspart werden kann, noch an Herbe verliert, wenn er später geschieht. (D. C. Z.)

München, 22. Dez. Der Erzbischof von München-Freising liefert so eben einen passenden Kommentar zu den Grundrechten. Er erklärt in einem Hirtenbriefe, die Deutschkatholiken seien keine Christen und verfielen als Irrlehrer der Strafe des Kirchenbannes. Bis zu besseren Zeiten empfiehlt er jedoch nur, für die Verirrten zu beten.

Wien. Der von der Reichsversammlung angenommene Beschluß über den Credit von 80 Millionen lautet wörtlich: 1. Das Ministerium wird ermächtigt, im Laufe des Verwaltungsjahres 1849 durch Benützung des Staats-Credits unter den für die Finanzen günstigsten Bedingungen Geldmittel bis zur Höhe von 80 Millionen Gulden aufzubringen. 2) Das Ministerium wird ermächtigt, zur Deckung dieser 80 Millionen verzinsliche Staatsscheine mit oder ohne Zwangs-Cours auszugeben, und eine Staatsanleihe, jedoch beide ohne Hypothek, aufzunehmen. 3. Wird eine Staatsanleihe aufgenommen, so hat solches im Wege der öffentlichen Ausbietung an den Bestbietenden, oder der für Jedermann bei Erfüllung der vorgezeichneten Bedingungen offenstehenden Subskription zu erfolgen. 4. Die einfließenden Beträge sind zur Bestreitung des durch die laufenden Einnahmen nicht bedeckten, unaufschieblichen Staatsaufwandes zu verwenden. 5. Ueber die Art der Vollführung dieser Ermächtigung und die Ergebnisse der dazu ergriffenen Maßregeln sind vom Ministerium dem Reichstage die erschöpfenden Nachweisungen in kürzester Frist nach der Vollführung vorzulegen.

Wien, 24. Dez. Dem Vernehmen nach sind die durch die Oktobertage schwer beschuldigten Bezirkschefs der Nationalgarde und ehemaligen kaiserlichen Offiziers Braun und Plattensteiner, ferner der bekannte radikale

Digitized by Google

Doktor Sattner von dem Kriegsgericht zum Tod verurtheilt worden. Das Urtheil ist dem Fürsten Windischgrätz zur Milderung in's Hauptquartier geschickt worden. — Die magyarische Armee hielt bis jetzt nirgends Stich und ihr ganzer Plan, sich unter die Mauern von Comorn zurückzuziehen, ist dadurch gänzlich vereitelt, daß sich vorgestern der dortige Commandant Maitheng weigerte, magyarische Truppen in diese Festung einzulassen und sogar erklärte, auf sie zu schießen. Der Marschall eilt jetzt mit Truppen Comorn zu, und es steht jetzt kein Hinderniß im Weg, nach Pesth ohne Schwertstreich vorzurücken. Ueber Kossuths Stellung in Pesth meldet ein soeben eingetroffener Flüchtling, welcher Pesth am Mittwoch den 20. d. verließ und der vollen Glauben verdient, Nachstehendes: Nachdem die Bürger von Pesth und Ofen die Waffen abgegeben, erklärten sie einstimmig, daß sie nicht gesonnen wären, ihre Städte so wie Wien bombardiren zu lassen. Kossuth erwiderte hierauf, daß er bereit sei, Pesth zu verlassen und mit seinen Schaaren an die Theiß zu ziehen, um dort einen Guerillaskrieg gegen Oesterreich fortzuführen. Allein in dieser Erklärung liegt schon sein Todesurtheil. Einen Guerillaskrieg kann man nur in Gebirgsgegenden führen, und in ganz Ungarn sind die Gebirgsgegenden in den Händen der slavischen Bevölkerung, die Magyaren aber sind nur Herren der Pusten oder Ebenen. Uebrigens seufzen die gutgesinnten Bewohner von Pesth und Ofen nach baldiger Erlösung durch Einrücken kaiserlicher Truppen.

Wien, 21. Dez. Der heutige „Lloyd" muß eingestehen, daß die Magyaren das Aliburner Lager erobert haben, und im Begriffe sind, die Serben gänzlich zu vernichten. Der aus Olmütz nach Pancsowa zurückgekehrte General Sublikaz scheint daselbst für die Kamarilla keine guten Geschäfte machen zu können; man nimmt deshalb ohne Scheu Türken herbei. Es heißt nämlich in demselben Lloyd: „Heute sind 500 Reiter, größtentheils Bulgaren aus Serbien, herübergekommen (also aus der Türkei!) um sich bei Thomasovacz mit Knieszanin zu verbinden, gegen welches die Hauptangriffe der Magyaren gerichtet sind." (N. Rhein. Z.)

C Berlin, 27. Dez. (B.-C.) Unmittelbar nach Beginn des neuen Jahres werden die Arbeiten im Zeughause in Angriff genommen werden, um dasselbe in den Stand zu setzen, die zweite Kammer in seinen weiten Räumen aufnehmen zu können. Durch anderthalb Jahrhunderte bewahrte dies stolze Gebäude die Trophäen, die Siegesdenkmale preußischer Tapferkeit; vor wenig Jahren entfaltete sich in ihm vor dem erstaunten Europa der Glanz und die Gediegenheit der deutschen Fabrik- und Gewerbe-Thätigkeit; werden die Frühlings- und die Sommermonate des kommenden Jahres in denselben Räumen uns preußische Staatsweisheit und Vaterlandsliebe bewundern lehren?

Berlin, 27. Dez. Obwohl das durch mehrere Zeitungen verbreitete Gerücht, daß die gegenwärtigen Mitglieder unserer Regierung noch vor dem Wahltermine zurückzutreten beabsichtigen, und Hr. v. Bodelschwingh mit Unterstützung des Hrn. v. Vincke ein neues Kabinet zu bilden berufen sei, hier immer mehr Glauben findet, so sind wir doch nach einer uns aus sehr guter Hand zugehenden Mittheilung zu versichern im Stande, daß bis jetzt wenigstens an eine Rehabilitation des Hrn. v. Bodelschwingh im Sinne jenes Gerüchts noch nicht gedacht worden ist. In Betreff des Rücktritts der Minister und einer Betheiligung des Hrn. v. Vincke an einer neuen Cabinetsbildung dagegen entbehrt jenes Gerücht nicht ganz der Begründung. Auch der Gedanke an eine Berufung des zum General-adjutanten des Königs ernannten General-Lieutenants Frhrn. von Canitz ist höheren Orts angeregt worden und seine Verwirklichung nicht ganz unwahrscheinlich. (F. J.)

Berlin, 25. Dez. Die allgemeine politische Inquisition, welche der Justizminister Rintelen anbefohlen hat, die infamen Erklärungen und Denunziationen der bekannten Gerichtshöfe, welche die Unabhängigkeit des Richterstandes vollständig vernichten, die Gewaltthätigkeiten Wrangel's, welcher eben wieder den „blauen Montag" verboten hat, macht Manchen böses Blut. Selbst die „Wohlgesinnten" schütteln die Köpfe, und sind sehr besorgt über die beabsichtigte Untersuchung gegen die steuerverweigernden Deputirten. Es beruhigt sie nicht, daß die Verfolgung nur gegen diejenigen Abgeordneten gerichtet werden soll, welche dem Beschluß der Nationalversammlung durch Ansprachen an das Volk, durch Reisen in die Provinz u. dgl. Geltung zu verschaffen suchten, d. h. gegen die bei den Wahlen zu fürchtenden Deputirten; es beruhigt sie nicht die Versicherung der Tante Voß, daß diese Anklage ja rein Sache des Staatsanwalts sei und ganz ohne Zuthun des Ministeriums der „Ehrenmänner" erfolge. Sie haben ihre Bedenken — und die Regierung theilt sie. Sie sucht auch den Geringsten für den Wahlkampf zu gewinnen. An die Bataillone der Landwehr hat sie Zettel amtlich vertheilen lassen, auf denen steht: „Zu Wahlmännern sind nur die zu wählen, die Alles wollen, was der König will." Und diesen willigen Wahlmännern wird dann Wrangel als Kandidat für die erste und der Flügeladjutant Hiller von Gärtringen für die zweite Kammer empfohlen. Aber trotz dieses Eifers, trotz oder wegen der polit. Verfolgungen wird allem Anschein nach die Opposition die Mehrheit in der Kammer haben. Aber ob dann ein Staatsstreich einen eben so glücklichen Erfolg haben werde, das ist eben die Frage! —

Berlin, 25. Dez. Den Soldaten der hiesigen Garnison ist der Befehl zugegangen, alle ihnen vorkommenden Karrikaturen auf den General Wrangel sofort zu confisciren und die Eigenthümer derselben zur Haft zu bringen. Es wird ihnen für jede confiscirte Karrikatur eine Belohnung versprochen, während im Unterlassungsfalle ihnen Strafe angedroht ist. Diese Verfügung des gestrengen Oberbefehlshabers der Mark zeigt abermals, welchen Werth unsere Verfassung hat, denn nicht allein macht Wrangel darin von der Suspension der Habeas-Corpus-Akte den unverschämtesten Gebrauch, den ihm der Art. 110 der Verfassung zugestehen kann, sondern er erfrecht sich auch auf eigene Faust, den Art. 9. der Verf. außer Kraft zu setzen. — Als einen Beitrag zu den Wühlereien der reactionären Partei theilen wir folgenden von einem Landwehrmann der Pommerschen Gardelandwehr uns zugesandten lithographirten Zettel mit, welcher an dieses und an andere Bataillone der Landwehr vor ihrem Abmarsch aus Berlin amtlich vertheilt worden war. Er lautet: „Zu Wahlmännern sind nur die zu wählen, die Alles das wollen, was der König will." — „Die Wahlmänner wählen zur ersten Kammer den General der Infanterie v. Wrangel." — „Zur zweiten Kammer den Flügel-Adjutanten Sr. Maj. des Königs Major Hiller v. Gärtringen." Dies Manöver bedarf keines Commentars.

Münster, 26. Dez. Der famose Brief des hiesigen Oberlandesgerichts ist nicht einstimmig verfaßt; wir hören wenigstens von dem Oberlandesgerichtsrath Stahlknecht, daß dieser ein ebenso würdevolles als energisches Separatvotum eingereicht hat. Hr. Stahlknecht ist so ziemlich der einzige Rath des O.-L.Gerichts, der den lichten Himmel außer den Wallhecken des Münsterlandes gesehen; er stand früher in Magdeburg. Die übrigen Mitglieder sind meist Münstersche Kinder aus den Patrizierfamilien. Der Präsident von Olfers ist ein Bruder des bekannten Stadtraths v. Olfers und — des Intendanten v. Olfers in Berlin. — Wir bedauern die politischen Gefangenen, die vor dem hiesigen Gerichtshofe Recht nehmen müssen. — Besser hätte die alte Bureaukratie sich nicht einführen können. Daß die Sehnsucht nach Geschwornen immer lebhafter wird, begreift Jedermann. — Abermals sind Rescripte des Justizministers Rintelen an das hiesige Oberlandesgericht gelangt, welche in den politischen Untersuchungen eine besondere Strenge, namentlich gegen die Referentarien zur Pflicht machen. — Man sollte glauben, daß ein solches Verfahren nur dazu dienen würde, die richterliche Unabhängigkeit, (wo dieselbe durch Hetzen und Treiben von Oben in Verbindung mit religiösem und politischem Fanatismus auf kurze Zeit erstickt worden) wieder zu erwecken. Anderwärts könnte dieser Glaube vielleicht Grund haben? aber hier in Münster?! (N. Rh. Z.)

Von der Mosel, 24. Dez. Die Befestiger der gelockerten Zustände und Wiederhersteller der gesetzlichen Ordnung, welche jüngst das Dorf Wehlen ganz nach allen Regeln der Strategie belagerten, haben sich doch in einer Familie des harmlosen Ortes ein unauslöschliches Andenken zu bereiten gewußt. Die Ehefrau des Winzers Franz Görgen, welcher man, Waffen fordernd, ein blankes Damoklesschwert auf den Nacken hielt und, wie es bei einer Bauersfrau wahrlich nicht zu verwundern, ob dieser Brutalität so sehr erschrack, daß sie sogleich gefährlich erkrankte und mehrere Tage der Sprache verlustig war, ist heute gestorben und hinterläßt eine trostlose Familie. Sie würden aber sehr irren, wenn Sie glaubten, dem wegen jenes Attentats von der Civilbehörde in der nämlichen Stunde aufgenommenen Protokolle, in welcher die Ehefrau Görgen mit den Sterbesakramenten versehen wurde, würde von Seite der Militärbehörde irgendwelche strafende Folge gegeben. Solches ist nach unserm beschränkten Verstande zwar weder gesetzlich noch gerecht; aber es ist heuer militärisch erlaubt, obgleich an eingefleischte Teufelei grenzend. Doch wir wollen uns nicht ärgern: denn was ist an einer einfältigen Bauersfrau gelegen? Schließlich laden wir das zweite Bataillon des 37. Inf.-Reg. zur Begräbnißfeier der rc. Görgen, welche, wie man hört, solenn werden soll, ein. (Rh.- u. M.-Z.)

(Im März und im Dezember.) Zu der Dezemberdeputation aus Breslau, welche in Potsdam mit so angenehmem Kitzel empfangen worden ist, sagte Friedrich Wilhelm unter Anderm: „Ich muß es Ihnen frei heraussagen, ich bin überzeugt, daß die Behandlung welche mir durch die Breslauer Deputation im März geworden, das Verletzendste war, was einem König in dieser Beziehung je geboten wurde." Unglücklicher Weise aber gibt es Leute, die ein gutes Gedächtniß haben und sich noch der königlichen Worte an die Märzdeputation erinnern. Zu dieser, welche freilich nicht von Adeligen, Geldaristokraten und Heulern um das liebe Brod abgesendet wurde, sagte der König damals: „Ich danke Ihnen, meine Herren, daß Sie gekommen sind; ich sehe mit Freuden Männer mit den populärsten Namen vor mir; wirken Sie fort für Erhaltung der Monarchie, wie Sie bisher gewirkt haben, so werden Ihre Namen in der Geschichte gesegnet sein." Man vergleiche die beiden Aeußerungen und urtheile darnach, was aus der aufgedrungenen Verfassung zu verschiedenen Jahreszeiten werden kann, wenn ein großer Sprachkünstler sie auszulegen hat. (St. B.)

Braunschweig, 23. Dez. Der Landtag hat vorgestern eine Adresse an den Herzog beschlossen, welche unmittelbar nach den Märztagen sehr erklärlich gewesen wäre, jetzt aber schwerlich gnädig aufgenommen werden wird. Sie fordert ihn ziemlich unverblümt auf, „im In-

Digitized by Google

teresse eines einigen, freien und mächtigen Deutschlands" auf seinen Thron zu verzichten und „mißverstandenen Sonderbestrebungen" kräftig entgegen zu wirken; sie hofft, der Herzog werde kein Bedenken tragen, „in einer Zeit, die für große Verheißungen auch große Opfer fordere, mit großmüthigem Beispiele voranzugehen." Der Landtag könnte sich irren; die schönen Tage von Aranjuez sind nun vorüber.

Heute hat der Landtag den Antrag des Abg. Schmidt, ein erbliches Oberhaupt an die Spitze Deutschlands zu stellen und die preußische Krone, als die mächtigste, zur deutschen Krone zu erweitern, ohne Diskussion fast einstimmig angenommen. (N. D. Z.)

Oldenburg, 24. Dez. Die Regierung hat folgende Bekanntmachung erlassen: „Die Centralbehörde für die deutsche Marine ist im Begriff, mit dem Bau einer Anzahl Kanonenböte und anderer Kriegsschiffe vorzugehen und beabsichtigt vorzugsweise die Werften solcher Orte zu berücksichtigen, welche nahmhafte Summen für die deutsche Flotte gezeichnet und gesammelt haben. (D. Z.)

Aus Schleswig-Holstein, 26. Dez. Der durch den Reichskommissär Stedmann mit dem dänischen Postdelegirten Wedel-Heinen abgeschlossenen Postkonvention, nach welcher eine tägliche Briefpostenverbindung mit Dänemark über Rendsburg und Colding stattfinden solle, verweigert unser Finanzminister Jenssen, zur Freude aller Schleswig-Holsteiner, die Gegenzeichnung, weil Dänemarks bisheriges Treiben aller Garantie baar sei, den Waffenstillstand treulich zu erfüllen; die widerrechtliche Besetzthaltung Alsens und Arröes beweise dies schon zur Genüge. Wenn das wahr ist, was die neuesten Nachrichten bringen, nämlich, daß der Eintritt des Grafen von Reventlow-Preetz ins Reichsministerium als Reichsminister des Innern in naher Aussicht stehe, wie auch, daß dem dänischen Cabinet eine energische Note vom englischen Hofe zugestellt sein soll, des Inhalts: „Die Inseln Alsen und Arröe, der Malmöer Convention gemäß, bis zum 1. Januar 1849 zu räumen," so könnten wir uns auch der freudigen Hoffnung hingeben, daß, wenn ja die Friedensunterhandlungen in London zum Ziele führen sollten, der Friede sich nur günstig für uns gestalten könnte. (F. J.)

Aus der Wetterau, 21. Dec. Der Volksverein der obern Wetterau zu Hungen hat in Folge der vom nationalen Vereine zu Kassel an alle mitverbundenen Vereine ergangene Aufforderung, sich in der Frage über das zu wählende Reichsoberhaupt auszusprechen, bei dem Centralausschuß der constitutionellen Vereine Hessen's und Nassau's die Erklärung abgegeben, daß nach seiner Ansicht, für die Gewinnung der deutschen Einheit und zur Sicherung aller deutschen Interessen gegen das Ausland Preußen, und zwar erblich, an die Spitze Deutschlands zu rufen sei. (F. J.)

Die Deutsche Reform schreibt von Frankfurt: „Wie man aus bester Quelle erfährt, besteht bereits ein Bündniß zwischen Oesterreich, **Bayern und Würtemberg gegen die preußische Hegemonie. Nur zu einer** Trias will man sich bereit finden, zwei Armeecorps sollen stets unter dem Oberbefehl eines bayerischen Prinzen, zunächst unter dem des Prinzen Karl von Bayern, vereinigt bleiben. Würtemberg dagegen reservirt sich das Commando über ein drittes Corps, ohne jedoch dem bayerischen Oberbefehl Eintrag zu thun. Die Vertragsurkunde ist hier in verschienen Händen gewesen, und deren Inhalt hat nicht verfehlt mehr als bloßes Aufsehen zu erregen." (A. Z.)

Ausland.

Rom, 20. Dez. Die Giunta hat angenommen und ist proklamirt worden. Da der Senator von Bologna, Zuchini, sich in dieselbe einzutreten geweigert hatte, so ist an seiner Statt Galletti gewählt worden. Das Triumphirat Corsini-Camerata-Galletti erklärt nun sich der Staatsleitung so lange annehmen zu wollen, bis eine Constituante des Kirchenstaats berufen sein werde, welche dann über das weitere zu verfügen habe. Von dem Pabst ist keine Rede mehr. — Gestern Nachmittag sollte zur Ausrufung der Republik geschritten werden. Wirklich setzte sich eine Bande mit Fahne und Trommel in Bewegung, wurde aber sowohl von der auf Piazza di Venezia aufgestellten Linie wie vor Palazzo Sciarra, wo die Studentenlegion aufgestellt war, mit angeschlagenen Gewehren empfangen. Sie sollen sich hierauf bald zerstreut haben. Auch wurde die Ausweisung der Republikaner beschlossen, und über 300 sollen bereits in vergangener Nacht abgegangen sein, darunter auch Garibaldi. Sobald die Gefahr vorüber, die Constituante verkündet und die Entfernung der Unruhestifter beschlossen war, machte die ernstere Stimmung einer fröhlicheren Platz, und der Abend schloß mit einer Cagnara.

Turin, 24. Dez. Die Deputirtenkammer hat mit 117 gegen 24 Stimmen den Vorschlag General Antonini's angenommen: die Stadt Venedig mit einem monatlichen Darlehen von 600,000 Fr. zu unterstützen.

* Paris, 26. Dez. (Pr. C.) Sonntag während der Revue hat sich eine Deputation der polytechnischen Schule zum General Cavaignac begeben, um ihm im Auftrage sämmtlicher Zöglinge die Sympathien und die Achtung derselben auszudrücken. — An der Börse circulirt das Gerücht, daß die Regierung eine Anleihe von 500 Millionen zu negociren im Begriffe stehe.

Madrid, 19. Dez. Der Kampf mit den Karlisten behält seinen stationären Charakter. So oft eine Bande auch geschlagen wird, so oft sammelt sie sich wieder. Abwechselnd Karlisten und Anhänger der Königin plündern die unglücklichen katalonischen Städte. Der Heraldo rühmt die Entschiedenheit, mit der die ehemaligen Karlisten-Chefs, welche die Königin anerkannt haben, gegen ihre alten Kameraden verfahren, und hofft daraus auf eine baldige Beruhigung Kataloniens. Aber wie lange hofft er nicht schon darauf! Seit einigen Tagen hieß es sogar hier, General Manuel de la Concha sei von den Insurgenten geschlagen und verwundet worden; seine Briefe widerlegen das Gerücht. (D. Z.)

Ankündigungen.

Bekanntmachung.

Im Wege der Hilfsvollstreckung werden nachstehende Realitäten der Michael Lauck, Eheleute von Etwashausen, als

a) Ein Wohnhaus und 1¹/₄ Morgen Acker, Pl.-Nr. 5722 am Mainbernheimer Thor,

b) 1¹/₄ Morgen Acker am Schacher, Pl.-Nr. 5875, am Donnerstag den 11. Januar l. Js. Nachmittags 3 Uhr

nach Maßgabe des Gesetzes vom 17. Novbr. 1837 §. 78 mit 108 und des Hypothekengesetzes §. 64 unter den beim Verstriche bekannt zu gebenden näheren Bedingnissen auf dem Rathhause dahier öffentlich versteigert, was Strichsliebhabern bekannt gemacht wird.

Kitzingen den 14 Dezember 1848.

Königliches Landgericht.
Ploner, Landrichter.

Volksversammlung.

Am Neujahrstag (1. Januar 1849) Nachmittag um 3 Uhr findet im Saale des Fränkischen Hofes dahier eine Volksversammlung statt, wozu sämmtliche hiesige Bürger sowohl, als auch die der umliegenden Ortschaften eingeladen werden.

Kitzingen, 29. Dez. 1848.

Das Comite.

In der Köpplinger'schen Buchhandlung zu Kitzingen ist so eben angekommen:

Neues Traum-Lexicon, oder das vollständige Traumbuch. Enthält über 2000 Träume mit ihrer Bedeutung und den glücklichen Nummern der Zahlen- und Classen-Lotterie in alphabetischer Ordnung. Nach schwedischen und egyptischen Handschriften bearbeitet, geheftet 18 kr.

Adelungs allgemeiner deutscher Briefsteller für alle Fälle des menschlichen Lebens. Enthaltend mehr als 400 Briefe und andere Aufsätze über die vornehmsten Vorfälle des Lebens, nebst voraus geschickten Bemerkungen über die schickliche Abfassung und Einrichtung der Briefe, der Titulaturen und Ueberschriften; auch einen dreifachen Anhang von Handlungsbriefen, Schuldverschreibungen, Kauf- und Miethverträgen, Geburts und Todes-Anzeigen, Erklärung der Fremdwörter u. s. w. gebunden 48 kr.

Fremden-Anzeige.

Vom 29. Dezember 1848:

(Adler) Fräul. Förster v. Gerolzhofen. Bernhard, Kfm. v. Glochau. Harle, Kfm. v. Heilbronn. — (Kronprinz) Frhr. v. Rottenhan, Deputirter v. Rentweinsdorf. Jacobi, Rheder v. Stettin. Herrlof, Dr. d. Med. v. Churland. Jean Mayer v. Frankfurt. Brokner, Kfm. v. Berlin. — (Wittelsb. Hof) Stettner, Kfm. v. Leipzig. Zäbelein, Kfm. v. Köln, Dreifuß, Kfm. v. Düsseldorf.

Gestorben: Magdalena Reiner, Drehersknd, 10 M. a.

Anzeige.

Wir ersuchen unsere verehrlichen Leser um baldige Erneuerung des Abonnements durch Einzeichnung bei Herrn Buchhändler Strecker oder bei den nächstgelegenen Postämtern, um die Stärke der Auflage bestimmen zu können.

Das Unterhaltungsblatt wird vom nächsten Sonntag an ausgegeben.

Vom neuen Jahre an werden wir nebst den Schrannenpreisen, den Gestorbenenlisten, Theateranzeigen, Lottoziehungen, Fremdenlisten ꝛc. auch die Wechselcourse, Schifffahrtsanzeigen und Mainzer Viktualienpreise regelmäßig liefern.

Die Zeitung erscheint präcis um zwei Uhr und muß nach den getroffenen Einrichtungen binnen einer Stunde durch die ganze Stadt vertheilt sein. **Die Redaktion der neuen Fränk. Ztg.**

Theater-Anzeige.

Sonntag den 31. Dezember:

Das Urbild des Tartüffe.

Lustspiel in 5 Akten von Dr. Karl Gutzkow.
Hr. Frey, v. Theater in Köln, „Moliere" zum Debüt.

Der Neujahrsbälle wegen ist der Anfang um 5 Uhr.

Montag den 1. Januar 1849:

Zampa.

Oper in 3 Akten, Musik von Herold.

Verantwortlicher Redakteur: St. Gätschenberger. Druck von F. E. Thein.

Digitized by Google